

G 5361 F

KATRIN FUCHS • PETER VON OERTZEN
• JÖRG GOLDBERG

POLITIKENTWICKLUNG IN DEN 90ERN

NEUES BEDÜRFNIS NACH
DEMOKRATIE?

SOZ

ISSN 0170-4613



ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 6/90 • HEFT 56 • November/Dezember • DM 7,-

DEMOKRATIE

ENDE DES BOOMS?

Seite 12

JÖRG GOLDBERG analysiert die ökonomischen Entwicklungstrends für Erste, Zweite und Dritte Welt.

REGIERUNGSSITZ BERLIN?

Seite 23

PETER VON OERTZEN unternimmt einen Streifzug durch die Geschichte Preußens, des deutschen Reiches und der europäischen Staatenbildung. Er plädiert in seinem Essay für Berlin als Regierungssitz.

DAS ERBE VON 1968

Seite 27 - 34

UWE KREMER unternimmt - nach dem endgültigen Ende der 1917 mit der Oktoberrevolution eingeleiteten Epoche - den Versuch, Konturen eines neuen politischen Zyklus, von neuen Konfliktlinien, Bewegungen und sozialen Kämpfen in den 90er Jahren, aus den Ereignissen und Folgen von 1968 zu entwickeln.

VOM MARXISMUS- LENINISMUS ZUM MARKT- LIBERALISMUS?

Seite 35

Den bruchlosen Übergang der marxistisch-leninistisch „geprägten“ Persönlichkeit zur marktliberalen sieht LUTZ MARZ durchaus als möglich und wahrscheinlich an. Die Gründe dafür deckt er unter Rückgriff auf das Habitus-Konzept auf.

NEUES BEDÜRFNIS NACH DEMOKRATIE?

Seite 35 - 57

Den Themenschwerpunkt dieser spw bilden eine Reihe von Beiträgen, deren Ausgangspunkte - für sich genommen - nur wenig miteinander zu tun zu haben scheinen: DIETER SCHOLZ und REGINA KATERNDAHL zur Unternehmensstrategie des „Human Integrated Manufacturing“, HARALD WERNER über neue Bedürfnisse an und in der Arbeit sowie Andreas Fisahn zu Demokratietheorie und Parteireform. BIRGIT ZOERNER entwickelt Thesen zur Feminisierung und Demokratisierung. MATTHIAS MACHNIG fordert in seinem Beitrag einen grundlegenden Paradigmenwechsel der marxistischen Theorie ein.

DIES MAL



IMPRESSUM**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Delev Albers (Bremen),
 Heinz Albrecht (Berlin-West),
 Jürgen Egert (Berlin-West),
 Karin Fuchs (Verl),
 Josef Hindels 1 (Wien),
 Klaus Peter Koker (Berlin-West),
 Heinrich Lienker (Bielefeld),
 Susi Möbbeck (Bremen),
 Ursula Pausch-Graber (Karlsruhe),
 Kurt Wond (Hamburg),
 Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/W.),
 Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion:

Ingo Arold,
 Oliver Brosch,
 Florence Guenet,
 Uwe Kremer,
 Matthias Machnig,
 Birgit Zoerner
 Redaktionssekretär:
 Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Kieler Str. 13
 5000 Köln 80
 Telefon [0221] 623271
 Telefax [0221] 612015

Verlag:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80
 Geschäftsführung:
 Andreas Bach,
 Ulla Schä

Konto des Verlages:

Postgarnant Dortmund,
 Kto. Nr. 324 434 68
 BIZ 440 100 46
 Abzahlungen ausschließlich
 auf dieses Konto

- Die spw erscheint 1990 in 6 Hefen mit ca. 60 Seiten pro Heft
- Jahresabonnement DM 51,-, ermäßigtes Jahresabonnement für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose DM 42,-
- Auslandsabonnement DM 54,-
- Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinerschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden (MS DOS, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll, MS WORD oder reiner ASCII-Text).

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/
 Redaktion GmbH 1990.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Satz und Gestaltung:
 Birgit Cierson & Michael Meik, Hemer

Druck:
 Note-Druck, Schwerte

1.-3. Tausend Dezember 1990

K O M M E N T A R

Oliver Brosch/Susi Möbbeck:
 Bundestagswahl 1990

6

Katrin Fuchs: Rüstungsmilliarden trotz gigantischer Schuldenlast

8

■ ■ ■ B E R I C H T E

9 bis 11

W I R T S C H A F T S R E P O R T

Jörg Goldberg: Globalisierung des Weltmarktes

12

Thomas Rausch:
 Filmbesprechung zu „Longtime Companion“

16

Rainer Bäcker: Filmbesprechung zu „Der Himmel über der Wüste“

18

R E Z E N S I O N

Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative?

20

Reinhard Kühnl: Gefahr von rechts? -

21

E S S A Y

Peter von Oertzen: Braucht Deutschland eine Hauptstadt?

23

spw special

Uwe Kremer: Das Ende von '17 - das Erbe von '68

27

D E M O K R A T I E ● ●

Lutz Marz: Die Katakomben des Habitus

35

Matthias Machnig: Die Demokratische Frage

40

Harald Werner: Gibt es ein Bedürfnis nach Demokratie?

42

Regina Katerndahl/Dieter Scholz:
 CIM - Demokratisierung von Arbeit und Technik?

46

Birgit Zoerner: Feminisierung und Demokratisierung

48

Andrea Hilgers/Betram Sauer: Totgesagte leben länger

52

Andreas Fisahn: Zwischen Zeitgeist, Jakobinerherrschaft u. Parteibürokratie ..

53

SPENDENABO

Ich möchte **spw**-Interessierten, die z.Z. nicht über genügend Einkommen verfügen, das Abonnement vergünstigen und spende daher DM,- (pro Abo DM 20,-)

Das Geld lege ich in bar
 als Scheck direkt bei.
Bitte sorgt dafür, daß es entsprechend eingesetzt wird.

Name

Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

SPW-ZEITSCHRIFTENSCHUBER

Ich möchte einen spw - Zeitschriftenschuber für DM 3,- (inkl. Versand) bestellen. Der **spw** - Verlag wird nur liefern, wenn genügend Bestellungen eingegangen sind. Ich zahle dann auf die Rechnung.

Name

Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Ich wünsche den bequemen Bankeinzug!

Name, Vorname (müssen mit dem Adressenaufkleber übereinstimmen)

Straße, Wohnort

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

Schicken an: spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

MITTEILUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Liebe Leserinnen und Leser,
wir können Euch mit **spw 56** die letzte Ausgabe für 1990 präsentieren. Zum Ende des Jahres haben wir eine Neuigkeit. Durch Vereinbarungen mit anderen Verlagen sind wir nun in der Lage, unseren Neuabonnentinnen und Abonnenten bzw. deren Werberinnen und Werbern eine interessante Buchprämie für jede neues Abo zu schenken. Auf den letzten Seiten dieser Ausgabe befindet sich eine umfassende Erläuterung sowie die ersten Prämienangebote. Diese Angebote werden in unregelmäßigen Abständen wechseln und sind jeweils nur für die aktuelle Nummer gültig. Wir hoffen, mit diesem Angebot die Zahl der neuen Abos auch 1991 wieder deutlich steigern zu können.

Als Angebot an unsere AbonnentInnen möchten wir gerne einen **spw**-Zeitschriftenschuber produzieren, in dem jeweils zwei Jahrgänge **spw** geordnet abgestellt werden können. Da wir jedoch nicht abschätzen können wie stark das Interesse hieran ist, möchten wir alle, die einen solchen Schuber für DM 3,- (inkl. Versand) haben möchten, bitten, nebenstehenden Coupon bzw. eine Postkarte auszufüllen und uns zuzuschicken. Wenn entsprechender Bedarf angemeldet wird, werden wir die Produktion des Schubers in Auftrag geben. Mit der letzten Ausgabe hatten wir eine durch Belichtung verbesserte Druckqualität versprochen. Die erzielte Verbesserung wurde bei **spw 55** jedoch aufgrund eines drucktechnischen Fehlers teilweise wieder aufgehoben. Es soll nicht wieder vorkommen!
Wir wünschen allen ein schönes neues Jahr 1991, wieder mit **spw**!

AKTION: JETZT STELLE ICH AUF BANKEINZUG UM!

Der **spw** - Verlag möchte alle Abonnentinnen und Abonnenten bitten, soweit dies nicht schon geschehen ist, auf das einfache und günstige Bankeinzugsverfahren umzusteigen. **spw** spart dadurch viel Porto und Arbeitseinsatz, der durch die Versendung von Rechnungen und Zahlungserinnerungen entsteht. Bitte daher die notwendigen Daten eintragen und als Briefdrucksache (mit 0,80 DM frankiert) an den **spw Verlag, Kieler Str. 13, 5000 Köln 80** absenden.

WENN DER SCHWARZE MANN KOMMT

GANSELS
DOPPELBESCHLUSS
UND DAS NEUDEUTSCHE
LIVE AND LET DIE

Aber natürlich sind wir gegen den Krieg. Wir kennen die kriminellen Profiteure unserer Rüstungsexporteure, wir sind für eine gerechte Weltordnung, und wir sind für den Frieden. Und wir wissen ganz genau, daß Bush, Kohl und Stoltenberg Panikmache betreiben. So einfach machen wir da nicht mit, beim Bundeswehr-unterstützten Krieg gegen den Schwarzen Mann, am Golf und anderswo.

Ja, wenn er aber kommt? Wenn Saddam nicht der einzige bleiben sollte? Wenn unsympathische Staatsführer außerhalb des nördlichen Industriestaatenclubs in den nächsten Jahren sich Militärmaschinen zusammenkaufen und militärische Aktionen durchführen, um als neue Vormacht ihrer Region ein Wörtchen mitreden zu können - im globalen Poker um Rohstoffe, Preise und Schulden? Ja, dann. Dann sind wir natürlich auch gegen den Krieg. Und für den Frieden. Und dann müssen sich Sozialdemokraten schon jetzt mal überlegen, wie die BRD den sichert. Den Frieden. Blaubehelmt, versteht sich, UNO. Wieviel ertragen wir noch von dieser Pose. Schlaue handeln wir der Bundesregierung für die Zustimmung zum Stoltenberg-Konzept flexibler Einsatzgruppen das Verbot der Rüstungsexporte ab. Ausgenommen an die NATO natürlich. Denn das wichtige ist ja, die Geschmacklosigkeit zu vermeiden, daß deutsche Soldaten mit deutschen Waffen beschossen werden.

Und so steht er denn da, der Artikel von Norbert Gansel in der spw 5/90. Unkommentiert. Catenhusen kommt dagegen

nicht an, obwohl ihn ein ungutes Gefühl beschleicht. Warum ist das so? Ich meine, weil beide in denselben politischen Zwangsvorstellungen und Ausblendungen verhaftet sind, deren Anerkennung auf eine Zustimmung zum Truppeneinsatz hinauslaufen muß.

Da ist zuerst die Vorstellung einer globalen Kriegsvermeidung durch den „Weltpolizisten“ UNO. Der Golfkonflikt straft diese Vorstellung Lügen. Am Golf steht kein einziger Blauhelm. Sondern reguläre Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die sich selbst zum Vollstreckeremann haben. Ob in UNO verpackt oder nicht.

Der Weltpolizist als bewaffnetes Über-Ich der „Staatsgemeinschaft“ (als ob die keine globale Unterdrückungsgemeinschaft der einen durch die anderen wäre) - dahinter steht eine weitere Zwangsvorstellung. Nämlich, daß es der Welt etwas besonderes nützen könnte, daß Deutschland eine Weltmacht ist. Könnte ja so schön sein: wir gehören zum Club der Reichen und Mächtigen, baden weder die sozialen noch die ökologischen Probleme der Welt an erster Stelle aus - aber trotzdem, ja gerade deshalb, spielen wir eine moralisch positive Rolle, weil wir diese Machtstellung überlegt, besonnen und für den Frieden einsetzen. Weltmacht, aber gut.

Daß wir selbst zu den eigentlichen Kriegsverursachern gehören, soll beharrlich verdrängt werden. Deshalb besagt die dritte Zwangsvorstellung, daß es bei Konflikten wie z.B. am Golf „eigentlich um nichts geht“. Die Staaten seien bloß hochgerüstet und aufeinandergehetzt im Interesse der Rüstungsexporteure. Der von Norbert Gansel anvisierte Doppelbeschuß „Interventionsrecht plus Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der NATO“ drückt diese Idee genau aus. Im Grunde, so steht unausgesprochen dahinter, sind eben bloß Länder der Ersten Welt bzw. innerhalb der NATO in der Lage, vernünftig mit High-Tech-Waffen umzugehen; sie sind nichts für die irrationalen Ausbrüche, wie sie andere Länder kennzeichnen. Das klingt nicht bloß rassistisch, das ist es auch.

Falls es überlesen worden sein sollte: Die Hauptverursachung für Krieg am Golf und anderswo liegt bei uns. Bei den USA, Großbritannien, und der Bundesrepublik im gleichen Atemzug. Ich meine damit nicht vorrangig die koloniale Vergangenheit und die Stützung autoritär-terroristischer Regimes. Es geht um zwei andere Punkte.

Erstens verfolgen die westlichen Großmächte seit Anfang der 80er Jahre eine

offensive Militärdoktrin, die jetzt am Golf verwirklicht wird: den globalen Erstschatz gegen Länder der Dritten Welt, „um Interessen in Übersee und den ununterbrochenen Zustrom von strategischen Rohstoffen zu sichern“ (so das US-Oberkommando 1986) und als Reaktion auf „die Verknappung von Energie und anderen kritischen Rohstoffen sowie den damit einhergehenden Aufstieg anderer potentieller Weltmächte aus der Dritten Welt“ (so die US-„Perspektive 2000“). Nach den USA, Großbritannien und Frankreich rüstet jetzt auch die Bundesrepublik auf sogenannte „schnelle Eingreiftruppen“ um, die - spezialisiert und hochtechnisiert - überall auf der Welt eingesetzt werden können. So stellte auch Stoltenberg unlängst als „die Hauptbedrohung der nördlichen Hemisphäre ... die 'globale Intifada' und den arabischen Fundamentalismus“ dar.

Zweitens halten wir und einige wenige andere Staaten eine Weltordnung aufrecht, die Kriege in der Dritten Welt - sei es der iranisch-irakische Krieg oder der Einmarsch in Kuwait - produziert. In dieser Weltordnung kann der Club der Wohlhabenden nicht anders als mit blutigen Stiefeln betreten werden. Der irakische Staat, mit einer Ölquote von 98% des nationalen Exporterlöses, walzte Kuwait nieder, das aus den Förderquoten ausscherte und den Weltmarktpreis drückte. Wer das berechtigterweise verbrecherisch findet, muß darüber reden, daß es eine andere Entwicklungsfinanzierung als die Ausbeutung strategischer Rohstoffe für Länder wie den Irak nicht gibt - ein Blick auf die zementierte nördliche Privilegiensicherung bei den derzeitigen GATT-Verhandlungen zeigt es. Umgekehrt ist der Aufstieg zu einer Vormachtstellung in der Region - sei es als fundamentalistische Führungsnation (die Vision des Iran), sei es als expansive Militärmacht und Rohstoffkontrolleur (die Vision des Irak) -, die schmutzige einzige Alternative zu einer vollständigen direkten Abhängigkeit der nationalen Politik von den „Weltmächten“ und ihren Interessenskartellen IWF, Weltbank etc.

Saddam liefert eine böse Karikatur europäisch-westlicher Geschichte. Wenn wir nicht die wesentlichen Kriegsursachen ins Visier nehmen bleibt unsere „Friedenspolitik“ demgegenüber eine rassistische Privilegiensicherung, wenn wir nur den militärischen Deckel draufwerfen wollen. Stattdessen sitzen wir da und sehen winterlich zu. Wie unser Krieg beginnt.

Christoph Spehr, Augsburg

OLIVER BROSCH / SUSI MÖBBECK

BUNDESTAGSWAHL 1990

Vorbei ist vorbei. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist - wenn man vom dramatischen Scheitern der West-GRÜNEN einmal absieht - so ausgefallen, wie es die Meinungsforschung und die kleinmütigen Linken unisono geweissagt hatten. Sarkastisch kann man hinzufügen: zum Glück für eine Linke, die sich im Wahlkampf überwiegend mit der Vorsorge für ein weiteres vierjähriges Überwintern beschäftigt hat: mal resigniert, mal teilnahmslos, mal mit von allen Inhalten freier Oppositionspose, und immer mit dem sattsam bekannten innerlinken Kaspertheater, von dem jedeR weiß, daß es nie ernst wird. Die Wahl manifestiert die Marginalisierung der Linken im neuen Deutschland: kaum vorstellbar, daß es noch schlimmer wird.

Die modische Distanzierung der Feuilletons vom SPD-Kanzlerkandidaten war sachlich nur durch seine verheerend schwammige Position zum Asylrecht gerechtfertigt. Denn ansonsten konnten Spitzenkandidat und Partei recht glaubwürdig auf Polarisierung von Personen und Positionen setzen. Lafontaine und seinem Fortschritt 90 gelang das Kunststück, den „Sozialpatriotismus“ der eigenen Partei in der ersten Jahreshälfte zu konterkarieren. Nur das machte die SPD wieder interessant - und für viele, besonders für Jugendliche, wählbar. Der schwierige Weg zwischen einem bloß versöhnlichen Buhlen um die Mitte und den gesamtdeutschen „Grenzlinken“ und dem Verharren in der nichts bewegenden und zu nichts verpflichtenden Fundamentalopposition ist immerhin betreten worden.

Mehr ging wohl auch angesichts der bekannten Rahmenbedingungen nicht. Neben das ungebrochene und noch

gesteigerte Vertrauen in die Marktwirtschaftsparteien als Garanten von ökonomischer Kompetenz und Wohlstand ist abermals ein überaus erfolgreicher Wertediskurs (Freiheit - Glück; Heimat - Sicherheit; Erfolg - Nation) getreten. „Wir Deutschen haben keine Feinde mehr“ - so der autosuggestive Slogan für das Wahlvolk als stillem Teilhaber an der europäischen Führungsmacht. Wirkte das „Weiter so Deutschland“ 1987 noch gekünstelt - wie einst das SPD-„Modell Deutschland“ -, so entspricht es heute voll dem Zeitgeist.

Die Linke verfügt(e) dagegen weder über eine konsistente Alternative zu dem neuen konservativen Diskurs noch ist es ihr bei einem einzigen relevanten Thema gelungen, dieses inhaltlich für sich zu reklamieren. Es wurde einmal mehr viel gewarnt und entlarvt. Selbst der zentrale Angriffspunkt der SPD, die Steuer- und Schuldendiskussion, blieb angesichts der Schwierigkeit, in einem Diskurs über Sparen noch eigene strukturpolitische Alternativen zu vertreten, letztendlich inkonsequent. Bemerkenswert auch, daß in keinem Wahlkampf seit den 60er Jahren außer- und vorparlamentarische Aktivitäten und Bewegungen eine so geringe Rolle gespielt haben wie 1990. Die Gewerkschaften sind aus der Tagespolitik abgemeldet und mit innerorganisatorischen Problemen befaßt. Statt Zukunftsdiskussionen prägen - freilich notwendige - Abwehrstreiks ihr Bild in der Öffentlichkeit. Die Straße und die Schlagzeilen beherrschten die vopolitische autonome Hausbesetzerzene und als Gegenpol paramilitärische Ersatzbewegungen von rechts wie die Hooligans. Wahl und Wahlkampf ließen (mitbedingt auch durch die problemlose Übernahme des westlichen Politik- und Parteiensystems im Osten) kaum Ansatzpunkte er-

kennen, um aus der „Krise der Politik“ und der Glaubwürdigkeitskrise des Parteiensystems herauszukommen. Der Vormarsch der „Maoam-Partei“ (Leggewie) desinteressierter und ausgegrenzter Nichtwähler ist nicht nur Ausdruck von Entpolitisierung, sondern von einer mehr und mehr antipolitischen Stimmung, die die Sinnfrage an das gesamte politische System richtet. Umsodringender stellt sich für die Linke insgesamt das Problem, wie soziale Bewegungen in den 90er Jahren gestaltet und organisierbar werden können, und besteht, zumal für die „Volkspartei“ SPD, die Notwendigkeit eines Bruchs mit traditioneller Verfassung und Organisationsstruktur von Politik.

Konturen parlamentarischer Opposition

Das Scheitern der GRÜNEN, zum größten Teil selbstverschuldet, zum Teil auch Resultat der Anziehungskraft Lafontaines und einer möglichen modernen SPD, bedeutet für die SPD „demokratischen und ökologischen Verantwortungszuwachs (Horst Peter)“. Denn es wäre enttäuschend, wenn die SPD als Reaktion auf die PDS weiter in die nur staatstragende und kooperierende Opposition der Vorwahlkampfzeit hineinrücken würde. Auch wenn Oskar an der Saar bleibt: die Bundestagsfraktion muß mehr darstellen als ein Mitläuferensemble mit bürokratischer Intendanz.

Mit Blick auf PDS und GRÜNE läßt sich ein gewachsener Spielraum für möglichen Profilerfolg der SPD nach links ausmachen. Mehr denn je ist davon auszugehen, daß die PDS eine „Fußnote der Vereinigungsgeschichte“ bleiben wird: Trotz der relativen Stabilisierung im Osten, die ihrer „DDR-Identität“ geschuldet ist, die jedoch ihre auch in dieser Zeitschrift angemahnte zweite Transformation eher verhindern

Oliver Brosch, Wuppertal, Redakteur der spw, Susi Möbbeck, Bremen, JUSO-Bundesvorsitzende



wird. Die Belastung durch die Vergangenheit ist enorm, der Finanzskandal

macht sie in der Öffentlichkeit zur ältesten Alt-partei. Das Ergebnis im Westen ist denn auch katastrophal, kann nicht einmal an Ergebnisse der DKP oder Friedensliste anknüpfen: von gesellschaftlicher Verankerung keine Spur. Gysis vollmundige Ankündigungen für die Wahlen 1994 werden sich als Seifenblasen erweisen.

Den GRÜNEN ist es nicht gelungen, sich gesamtdeutsch zu etablieren. Nach dem Wahldebakel im Westen blasen Realos und Aufbruch erneut zur Hatz gegen links; die Linke wird weiter an Bedeutung verlieren, gerade auch weil die GRÜNEN parlamentarisch nur durch die Ost-GRÜNEN vertreten werden. Damit dürften sie noch stärker eine Ökopax- und Bürgerrechtspartei werden. Die parlamentarische Linke täte also gut daran, die wesentlichen Botschaften von Oskars Wahlkampf nun in den Oppositionsalltag einzubringen - und weder den alten Trott noch den neudeutschen Parforceritt im Bundestag länger mitzumachen.

Ob „Rot-Grün“ in Parlamenten und Regierungen als Projekt nur vertagt oder an den Widersprüchen seiner jeweiligen Realisierung in Ländern und Kommunen endgültig gescheitert ist, läßt sich derzeit nicht sagen. Für Berlin jedenfalls steht letzteres fest, im Berliner Ergebnis schlägt sich das (wiederholte) Scheitern von ROT-GRÜN noch einmal in besonderer Weise nieder. Die große Koalition wird trotzdem von kurzer Lebensdauer sein, denn die eskalierenden sozialen Probleme der Hauptstadt werden ihr übriges tun, nach der Entscheidung über den Regierungssitz das grob gezimmerte Koalitionsgebäude wieder ins Wanken zu bringen.

Bewegungen, Brüche und Bündnisse

Die politischen Konflikte und sozialen Kämpfe der kommenden Jahre sind schon beschreibbar, während die Gestalt der sie austragenden Bewegungen und politischen Formationen noch unklar ist. Der Umbruch in der Linken wird andauern. Dies gilt für die sozialen Bewegungen, die an die glücklichen Zeiten von Friedens- und Anti-AkW-Demos kaum noch anknüpfen können, und ebenso für die Parteien. In den nächsten Jahren dürfte sich z.B. entscheiden, ob die SPD von einer „fordistischen“ Massenpartei zu einer modernen politischen Formation in der Risikogesellschaft veränderbar ist. Politik- und Oppositionsverständnis, Organisationsweise und zentrale Themen wie Bürgerrechte/Demokratie/Plebizit, neuer Sozialstaat/Mindestsicherung, ökologischer Umbau, Einwanderung/Asyl etc. werden Kristallisationspunkte der Auseinandersetzung - mit durchaus wechselnden Koalitionen und unter weiterer Auflösung festgefügt Lager und Strömungen.

Genau diese inhaltlichen Fragen dürften auch die übertünchten Risse im „neuen Kanzlerwahlverein“ (Leggewie) der Union wieder zum Vorschein kommen lassen. Die Fortsetzung eines Einstiegs in „Reagonomics“ à la BRD und ein mögliches Einknicken der Konjunktur werden dies noch beschleunigen. Man darf wohl keinen schnellen Kanzlersturz, aber sicher neue Titanenkämpfe und Erschütterungen bis an die politische Basis des ideologischen Flickenteppichs „gesamtdeutsche CDU“ erwarten. Soziale Verteilungskämpfe, für die man nur auf ein Comeback der Gewerkschaften hoffen

kann, werden solche Differenzierungen im herrschenden Block begleiten und vorantreiben.

Die sozialistische Linke hat hier indes nur mit einer durchgängig modernen Position die Chance mitzumischen. Ihre Erneuerung und daher auch die radikale Kritik der Vergangenheit muß fortgesetzt werden. Was die Sozialdemokratie betrifft, muß die Linke nach der Wahl deutlich machen, daß mit der arbeiteraristokratischen Traditionspartei, der provinziellen Trägheit vor Ort, der staatstragenden Arroganz, der Bürokratie und Entdemokratisierung kein Blumentopf mehr zu gewinnen war. Die SPD muß zukünftig das „andere Deutschland“ programmatisch und symbolisch repräsentieren und ihre Strukturen für die „anderen Deutschen“ öffnen. Über eine personelle Erneuerung hinaus ist eine grundlegende Parteireform überfällig. Ein politisches und auch personelles Rollback der Parteirechten hat dagegen keine erkennbare Grundlage. Schlimm genug wäre schon die weitere Verlängerung des status quo ante. Höchste Zeit also für die Parteilinke, sich wieder als innerparteilicher Faktor zu reorganisieren. Ihr Profil wird von der Bereitschaft abhängen, in den programmatischen Diskursen den Konflikt mit gesellschaftlichen und ökonomischen Machtstrukturen zu suchen und deren Demokratisierung einzufordern. Die Linke muß damit auch einen neuen „Brückenschlag“ anstreben. Ihr eigener Zustand läßt es undenkbar erscheinen, innerparteiliche Erfolge ohne strategische Kooperation mit dem sozialliberalen Mainstream und den Enkeln zu erzielen. Der nach der Wahl zumindest in Umrissen erkennbare Kurs auf eine profilierte und populäre Alternative zum rechten Lager muß fortgesetzt werden.

KATRIN FUCHS

RÜSTUNGSMILLIARDEN TROTZ GIGANTISCHER SCHULDENLAST

ZUR NOTWENDIGKEIT, DIE ABRÜSTUNG MIT DER POLITISCHEN DYNAMIK IN ÜBEREINSTIMMUNG ZU BRINGEN

Nicht nur der Kalte Krieg ist vorbei, sondern die gesamte Ost-West-Konfrontation. Aus erbitterten Feinden werden Partner, ja Freunde. Sicherheitspolitische Analysen und Konzepte sind über Nacht veraltet, alles muß neu konzipiert werden. Die Abrüstung hat mit dieser rapiden politischen Dynamik nicht Schritt halten können, weder bei Verhandlungen, noch durch eigenständige Schritte. Noch immer gilt weiterhin das Motto: Weiter so. Die Bundesregierung rühmt sich gerne ihrer Vorreiterrolle in der europäischen Abrüstung. Tatsache ist aber auch: Seit dem Beginn der friedlichen Revolution in Osteuropa hat die Bundesregierung kein einziges größeres Waffensystem gestrichen. Es wird weiter gerüstet nach einer Planung, die noch in der Zeit der Ost-West-Konfrontation entstanden ist. Diese Doppelbödigkeit schwächt die Glaubwürdigkeit deutscher Abrüstungspolitik.

Alle Anträge der SPD, den Jäger 90 und den Panzerabwehrhubschrauber 2 zu streichen, wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Kein einziger der ehemaligen Volkskammerabgeordneten der CDU und FDP, die sich vormalig so viel auf ihre Abrüstungseifer zugute hielten, wagte es dageganzuhalten; die Anpassung ist perfekt. Allein im September und Oktober diesen Jahres hat die Koalition ein Dutzend neuer Beschaffungs- und Entwicklungsprojekte durch das Parlament gebracht. Kostenpunkt: Über drei Milliarden.

Was wollen wir eigentlich mit fast 10.000 „Panzerabwehrminen-Raketen“ für mehr als eine halbe Milliarde DM,

Katrin Fuchs, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses, Herausgeberin der spw

jetzt, wo die sowjetischen Panzer Deutschland freiwillig verlassen werden? Mit 50.000 „Panzerabwehrminen“, mit der „Umrüstung“ und „Kampfwertsteigerung“ von Jagdpanzern und Hubschraubern?

Insbesondere die großen Entwicklungsprojekte legen Milliarden und Abermilliarden bis weit in das kommende Jahrhundert hinein fest. Allein die Großprojekte, die in diesem Herbst eingeleitet wurden, der NATO-Hubschrauber 90 und die Panzerabwehrhaubitze 2000, werden weit über zehn Milliarden DM an Kosten nur für die Beschaffung nach sich ziehen. Deshalb fordere ich einen sofortigen Stopp aller größeren Beschaffungs- und Entwicklungsprojekte, bis eine neue NATO-Strategie und ein neuer Bundeswehrauftrag festgelegt sind.

Nun hat dieser Wahnsinn durchaus Methode: Das neue Ziel heißt Flexibilität und Mobilität. Quantität soll durch Qualität ersetzt werden. Die Hardthöhe möchte kleine, feine High-Tech-Streitkräfte, eine hochbewegliche Eingreiftruppe mit hoher Feuerkraft.

Auch ein neues Aufgabengebiet ist bereits gefunden. So erklärte Verteidigungsminister Stoltenberg am 12. November: „Einsatz für den Fall regionaler Konflikte in Europa sowie als deutscher Beitrag zu multinationalen Einsätzen des Bündnisses und - nach Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen - Verwendung im Rahmen internationaler militärischer Missionen der UNO.“ Das stellt den bisherigen Auftrag der Bundeswehr vollkommen auf den Kopf, widerspricht dem Grundgesetz und ist genau jenes Auftreten als „Weltmacht Deutschland“, das wir tunlichst vermeiden

sollten. Deutsche Soldaten gehören nicht an den Golf und genauso wenig zur „Streitschlichtung“ auf den Balkan! Auch die Frage des Bundeswehrumfangs ist mit dem Kohl/Gorbatschow-Kompromiß keineswegs zufriedenstellend gelöst. 370.000 Mann sind immer noch zu viel. Gegen wen brauchen wir eine derart große Armee? 1994 wird die Sowjetarmee aus Deutschland abgezogen sein, Polen wird auf 130.000, die CSFR auf circa 60.000 Mann reduzieren. Aber in Deutschland stehen dann noch 370.000 Soldaten plus vermutlich rund 100.000 unserer Verbündeten. Die Bundeswehr wird dann wie ein überdimensionierter Koloß wirken inmitten unserer relativ schwach gerüsteten Nachbarn. Deshalb muß klar sein: Die deutschen Streitkräfte sind mit 370.000 Mann zu groß, sie können und sollen unter 250.000 sinken. Das sind wir nicht nur dem Geldbeutel der Bürger und Bürgerinnen schuldig, sondern vor allem unseren Nachbarn, die sich fragen werden, wozu Deutschland so viele Soldaten braucht.

Die Bundesregierung hat es fertiggebracht, daß der Verteidigungshaushalt heute sogar noch über dem Ansatz von 1989 liegt. Die SPD wollte schon den 1990er Haushalt um vier Milliarden senken. Aber die Regierung bestand darauf, Milliarden für völlig unsinnige Waffen zum Fenster rauszuwerfen, während sie gleichzeitig gigantische Schulden aufnehmen muß.

Es bleibt dabei: Die Verteidigungsausgaben müssen drastisch gesenkt werden, im ersten gesamtdeutschen Haushalt um mindestens neun Milliarden, mittelfristig um die Hälfte.

spw.

Bild: Johanna Fiedmann



siebzig Jahren stammen und entsprechend veraltet und zerfleddert sind. Wenn Hamburgs SchülerInnen aktuelle Bücher lesen wollen, müssen sie diese selber bezahlen. Die latente Raumnot in Hamburger Schulen wird verschärft durch die Asbestbelastung vieler Klassenzimmer, für Hamburgs SchülerInnen stehen zu wenig und zu kleine Räume zur Verfügung. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Bildungsmisere formierte sich bereits vor den Sommerferien ein breites Bündnis. Verschiedene Elternorganisationen, die GEW und die LandeschülerInnenvertretung/SchülerInnenkammer Hamburg schlossen sich zusammen, schrieben Briefe an den Senat und führten Gespräche mit der zuständigen Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung. Doch die Behörde und an ihrer Spitze Schulsenatorin Raab stellte sich taub. Die beteiligten Organisationen planten daraufhin den Aktionstag gegen den Bildungsnotstand für den 4. Oktober. Während der Unterrichtszeit, am späten Vormittag, sollten erstmals in der Geschichte Hamburgs SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gemeinsam für ihre Interessen demonstrieren.

Auch die Unterstützung des Aktionstages außerhalb der direkten OrganisatorInnen war einmalig. So berichteten in Hamburg alle großen Tageszeitungen und Rundfunksender bereits im Vorfeld über die Problematik. Alle politischen Organisationen, von der CDU über die Junge Union bis hin zur Grün-Alternativen Liste (GAL) stellten sich hinter die Forderungen. Gerade Mitglieder der Jusos und des Sozialistischen SchülerInnenbundes Hamburg (SSB/H) waren maßgeblich an der Vorbereitung des 4. Oktober beteiligt.

Vor dieser Situation bewirkten die angekündigten Repressalien genau das Gegenteil der beabsichtigten Einschüchterung. Der konservative Deutsche Lehrerverband (DL) und die GEW forderten in einem gemeinsamen Brief an die LehrerInnen, am 4. Oktober keine Klausuren schreiben zu lassen. Im DGB-Kreisvorstand Hamburg wurde

AKTIONSTAG
ZUM BILDUNGSNOTSTAND
IN HAMBURG

WIR SCHLAGEN
KRACH-

„In Hamburg gibt es keinen Bildungsnotstand. Den wollen nur einige Schülerfunktionäre herbeireden, um ihre persönliche Karriere vorzubereiten“ - das sagte Hamburgs Schulsenatorin Rosemarie Raab (SPD) noch wenige Tage vor dem 4. Oktober dieses Jahres. Am 4. Oktober standen 40.000 SchülerInnen vor der Schulbehörde.

Der Bildungsnotstand brauchte Hamburgs SchülerInnen nicht erst eingeredet zu werden, in ihren Schulen ist er für sie täglich erfahrbar. Hauptforderung der DemonstrantInnen war die sofortige Einstellung von 430 LehrerInnen, die nach Berechnung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) seit dem 1. August dieses Jahres an Hamburgs Schulen fehlen. Woche für Woche fallen dadurch etwa 10.000 Unterrichtsstunden aus. Als Notmaßnahmen werden Klassen zusammengelegt, Förder- und Teilstunden gestrichen, die SchülerInnenfrequenzen erhöht, um Klassen einzusparen. Die Lehr- und Lernmittelknappheit ist so gravierend, daß die in den Schulen vorhandenen Bücher bestenfalls aus den

der Aktionstag einstimmig unterstützt. In einer beispiellosen gemeinsamen Aktion wandten sich die Gewerkschaften IGM, HBV, ÖTV, GHK, NGG, die IG Medien und die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden an alle Auszubildenden. Obwohl Rosemarie Raab auch vor Pressemitteilungen mit der Überschrift „Die Berechnungen der GEW - Milchmädchen rechnen besser“ nicht zurückschreckte, standen am 4. Oktober 40.000 Menschen auf der Straße. Vom Treffpunkt vor der Schulbehörde bewegte sich ein kilometerlanger Demonstrationzug bis hin zum Rathausmarkt. Sie machten dem Motto der Demonstration „Wir schlagen Krach“ alle Ehre.

Die Reaktion der Schulsenatorin auf diese Bildungsdemonstration sagt fast schon alles über den Stellenwert, der der Bildungspolitik durch den Senat beigemessen wird. „Es gibt keine Bildungsmisere ... Sie wissen, daß das Hauptproblem für die Hamburger Schulen und Schwierigkeiten der Lehrversorgung die Zuzüge von Aus- und Übersiedlern sind, die in unser Land strömen. Und diese kommen ja nicht nur, weil es hier so schön ist, sondern weil sie unter den Regimes im Osten so gelitten haben, daß sie keinen anderen sahen. Und diejenigen, die zur Demonstration aufgerufen haben, an der Spitze die GEW, sind Personen, die bis vor kurzer Zeit diese Regimes ja durchaus verherrlicht haben, durch ihre Parteizugehörigkeit auch dokumentiert.“, so Rosemarie Raab direkt nach der Demonstration im Fernsehen.

Für die Mehrheit der Hamburger SPD gibt es wichtigere Dinge als die Bildungspolitik. „Boomtown“-Stadtentwicklung, Hamburg als das „Hoch im Norden“ und Wirtschaftsstandort - hier liegt die Prioritätensetzung des Hamburger Senats. Die unerwarteten Mehreinnahmen von 517 Millionen DM für das Jahr 1989 und geschätzte 855 Millionen DM für das Jahr 1990 werden nur zu einem Bruchteil für Jugendliche (u.a. im Bereich Bildung oder Wohnungsbau) verwendet. Doch hat der 4.10. gezeigt, daß gerade die Bildungspolitik für Hamburgs WählerIn-

nen zu einem entscheidenden Wahlprüfstein geworden ist. Wenn es dem Hamburger Senat nicht gelingt, seine Prioritätensetzung schnell zu ändern, wird die Hamburger SPD kaum in der Lage sein, die Hamburger Bürgerschaftswahlen im nächsten Frühjahr zu gewinnen.

Petra Frantziach, Hamburg

TREFFEN DER ASTEN UND STUDENTINNENRÄTE IN BREMEN

DACHVERBAND - ADE?

Der Termin war gut gewählt: Am Volkstrauertag endete in Bremen das vorerst letzte Trauerspiel in Sachen bundesweiter Dachverband der StudentInnenvertretungen. Der Versuch, durch intensive Diskussionen den Weg zu einer einheitlichen Interessenvertretung aufzuzeigen, war nur teilweise von Erfolg gekrönt. Rund 150 VertreterInnen von Asten hatten sich nach Bremen begeben, um die seit langem geforderte inhaltliche und strukturelle Debatte für einen Asten-Dachverband zu führen. Nach dem de facto Ende der Vereinigten Deutschen StudentInnenenschaft (VDS), die auf ihrer letzten Mitgliederversammlung noch nicht einmal genügend Stimmberechtigte zur Selbstauflösung versammeln konnte, sollten in Bremen die Möglichkeiten zum Weitermachen ausgelotet werden. Noch vor wenigen Jahren wäre studentische Interessenvertretung ohne die VDS undenkbar gewesen: Vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) Ende der 60er Jahre zum „Sozialistischen Kampfverband“ deklariert, fungierte die VDS in den Auseinandersetzungen der folgenden Jahre als

Sprachrohr der StudentInnen in dieser Republik - und das nicht nur in bildungspolitischen Fragen. Mehr und mehr wurde die politische Arbeit der VDS aber durch Flügelkämpfe und Fraktions-Hickhack gelähmt: das Ende des Verbandes war nur eine Zeitfrage. Mehrere Initiativen waren im Vorfeld des Bremer Treffens gestartet worden, um Wege aus der Misere aufzuzeigen: der (Ex-DDR)-Republik-Sprecherrat hatte Anfang November in Leipzig beschlossen, sich den West-Asten zu öffnen, um so - in Umkehrung des Artikel 23 GG - den Anschluß der BRD an die DDR im Bereich der StudentInnenvertretung zu ermöglichen. Die Asten, die aus dem Rechtsruck bei den letzten Studentenparlamentswahlen hervorgegangen waren, hatten zusammen mit Unabhängigen in Düsseldorf das „Büro der Asten und StudentInnenräte“ (BAS) ausgerufen; und auch der ehemalige VDS-Projektbereich Fachhochschulen blieb nicht untätig und gründete die „Freie Konferenz der StudentInnenvertretungen an Fachhochschulen“ (FKS).

Alle drei Initiativen sind aber nicht unbedingt darauf angelegt, zu einem VDS-Ersatz zu werden. „Uns geht es um die Aufrechterhaltung eines Informations-Netzes“, charakterisiert Thorsten Lühke (Asta Bonn) die BAS-Absichten. Es sei dringend notwendig, eine informelle Anlaufstelle zu errichten. Und auch Rainer Gehnen von der FKS stellt klar: „Wir wollen die FH-Arbeit nicht aus einem bundesweiten Dachverband ausgliedern. Sobald der gegründet ist, wird über die Zusammenarbeit geredet.“

Diese Linie scheint sich mittlerweile durchzusetzen: über die punktuelle Zusammenarbeit und projektbezogene Strukturen soll von unten ein neuer Dachverband zusammenwachsen - bis hin zur „Wiedervereinigung der Einzelteile zum Dachverband“, wie es eine Teilnehmerin aus Magdeburg formulierte. Gerade den StudentInnen aus der ehemaligen DDR stehen jetzt ganz andere Auseinandersetzungen ins Haus: in den fünf neuen Bundesländern gibt es bisher keine Verfaßte StudentIn-

nenschaft. Die soll jetzt, gemeinsam mit den KommilitonInnen aus Baden-Württemberg und Bayern, durchgesetzt werden. Ein erstes Treffen findet noch in diesem Jahr statt.

Eine ganz andere Konfliktlinie beherrschte in weiten Teilen das Bremer Treffen: der Versuch, feministische Inhalte und Kritik in relativ großem Umfang in den Diskussionsverlauf einfließen zu lassen, wurde von einem Teil der Anwesenden in diesem Ausmaß zurückgewiesen. Teilweise lähmten diese Auseinandersetzungen die inhaltliche Arbeit; einige StudentInnen aus der ehemaligen DDR reisten sogar entnervt schon einen Tag früher nach Hause, enttäuscht vom „Rumgelaber“. Beschlossen wurde schließlich die Bildung eines deutschlandweiten Frauenrates, der der Vernetzung und dem Informationsaustausch der Studentinnen dienen soll.

Ob sich innerhalb des nächsten Jahres auch wieder ein einheitlicher Dachverband gründen lassen wird, weiß derzeit niemand. Nur eines ist klar: es weiß zwar keineR wie, aber alle wollen ihn.

Armin Himmelrath, Wuppertal

DEUTSCHLANDPOLITISCHE
FACHTAGUNG DER JUSOS
IM WESTLICHEN WESTFALEN

MITTENDRIN UND VOLL DANE BEN?

Landauf, landab wird es - auch in dieser Zeitschrift, kolportiert: die Linke ist (mehr oder weniger) fassungs- und orientierungslos angesichts des rasanten Tempos der Vereinigung beider Deutschländer - besser: der Einverlei-

bung der DDR. Um aus der quengelnden und sauertöpfischen Ecke der Selbstlähmung herauszukommen, lud deshalb der JUSO-Bezirk Westliches Westfalen gemeinsam mit dem JUSO-UB Dortmund zu einer deutschlandpolitischen Fachtagung am 20. Oktober nach Dortmund ein: Mittendrin und voll daneben?, so der provozierende Titel.

Begonnen wurde die Tagung, zu der (leider) nur im JUSO-Bereich selbst eingeladen wurde, mit einer von Andreas Hoppe (JUSO-Vorsitzender UB Dortmund) geleiteten Gesprächsrunde zwischen dem Neu-Bundesvorstandsmitglied Dagmar Kirsche (Leipzig, Ex-JuSo-Republikvorstand DDR) und dem JUSO-Bezirksvorsitzenden in WW, Karsten Rudolph, nach dem Motto: Was uns vereint, was uns (noch) trennt. Was mehr als Versuch gedacht war, die unterschiedlichen Programmatiken von „West-JUSOS“ und „Ost-JuSos“ mit den neuen Anforderungen aufgrund der überstürzten Vereinigung - sowohl was die staatliche, aber auch die verbandliche Seite angeht - auszutauschen und kontrovers zu diskutieren, entwickelte sich nun zu einer Debatte über den „Vereinigungsprozeß“ der DDR-Jungen Sozialdemokraten mit den BRD-JUSOS. Offensichtlich war hier den anwesenden JUSOS das Hemd näher als der Rock, will heißen: ihre Nichtbeteiligung am Prozeß der verbandlichen Vereinigung verärgerte sie zumeist noch mehr als ihre Nichtbeteiligung an der staatlichen Vereinigung (die „JUSO“ sowieso nicht allein hätte/hat verhindern können). Der Zorn darüber saß tief, auf der einen (West) wie auf der anderen (Ost) Seite.

Dagmar Kirsche beklagte sich über die in den DDR-Verband getragenen Fraktionsauseinandersetzungen (v. a. der JUSO-Rechten aus dem Duisburger Kreis) und räumte durchaus Fehler der DDR-JUSOS im Vereinigungsprozeß ein, betonte aber, daß kaum ein anderes Handeln möglich gewesen sei, um ihre Identität als DDR-Verband nicht zu verlieren. Dietmar Motzer, vor einiger Zeit selbst noch im Republikvorstand, sprach sogar von stalinisti-

schen Methoden, die im Vereinigungsprozeß angewandt worden wären.

Einig waren sich alle DiskutantInnen, daß spätestens auf dem Bundeskongreß 1991 eine deutliche Aussprache über den Vereinigungsprozeß der JUSOS notwendig sei.

Inhaltlich und zum Teil dann auch programmatisch wurde in den anschließenden Foren zu Themen wie Jugend- und Frauenpolitik, Wirtschafts- und Währungsunion und Öko-Katastrophe gearbeitet. Jörg Schledorn, stellv. JUSO-Bezirksvorsitzender, referierte im Plenum zur Frage Demokratie und Zivilgesellschaft, wobei er einforderte, die Impulse aus der BürgerInnenbewegung der ehemaligen DDR in die Verbände, aber auch Bewegungskultur aufzunehmen.

Abschließend wurde ein Manifest „Für ein anderes Deutschland“ vorgestellt, das in seinen zentralen Punkten eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft im Zusammenhang mit einer breiten Verfassungsdebatte, eine europäische und internationale Friedensordnung sowie ein großangelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm für die gesamte BRD (bei einem Schwerpunkt auf Infrastrukturmaßnahmen in der ehemaligen DDR) fordert.

Quintessenz der Veranstaltung: Die JUSOS - als Teil der Linken - sind zwar noch immer nicht völlig aus der Defensive, doch der (berechtigten!) Quengeleien vergangener Monate folgen jetzt mehr und mehr mobilisierungsfähige Konzepte. Außerdem: das Problem der Vereinigung von BRD-JUSOS und DDR-JuSos wurde endlich breiter diskutiert als nur im kleinen FunktionärInnen-Kreis.

Reinhold Rünker, Oelde

JÖRG GOLDBERG

GLOBALISIERUNG DES WELT- MARKTES UND WACHSENDE ENTWICKLUNGS- UNTERSCHIEDE

In den achtziger Jahren hat die rasante Entwicklung der Kommunikationstechnologien zu einer engen wirtschaftlichen Integration der Welt geführt. Der Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftsblocks hat letzte politische Schranken beseitigt. Der Weltmarkt wächst zu einem einheitlichen Mechanismus zusammen, der die ökonomischen Prozesse im entlegensten Winkel der Erde zunehmend direkter bestimmt. Der in dieser Richtung wohl am weitesten entwickelte Sektor der Ökonomie sind die Finanzmärkte, die als weitgehend globalisiert gelten können. Hier zeigen sich aber auch am deutlichsten die Probleme dieses Prozesses, der in einer durch scharfe wirtschaftliche und politische Interessengegensätze bestimmten Welt verläuft. Hohe Zinsen bei abschwächender Konjunktur, die Fehllenkung von Ressourcen, ein überschuldetes Bankensystem, spekulativ motivierte Unruhen an den Geld-, Waren- und Devisenbörsen machen die Finanzmärkte zu einem Sorgenkind der internationalen Wirtschaftspolitik.

Acht Jahre Aufschwung in der Ersten Welt

Trotz dieser chronischen Labilität der Finanzmärkte können die entwickelten kapitalistischen Ökonomien, die Erste Welt, auf ein Jahrzehnt zurückblicken, das sich entgegen allen Erwartungen als wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich erwiesen hat.

Wirtschaftswachstum der Ersten Welt¹

| | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 ² | 1990 ² | 1991 ² |
|---------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Alle | 1,4 | 1,5 | -0,2 | 2,5 | 4,6 | 3,3 | 2,7 | 3,2 | 4,3 | 3,4 | 2,8 | 2,0 |
| USA | -0,2 | 1,9 | -2,6 | 3,6 | 6,6 | 3,5 | 2,9 | 3,4 | 4,6 | 2,5 | 1,0 | 1,0 |
| Japan | 4,3 | 3,7 | 3,1 | 3,2 | 5,1 | 4,7 | 2,7 | 4,5 | 5,9 | 4,9 | 6,0 | 4,0 |
| BRD | 1,5 | 0 | -1,0 | 1,9 | 3,3 | 2,0 | 2,3 | 1,7 | 3,7 | 3,9 | 4,0 | 2,5 |
| Großbr. | -1,9 | -1,1 | 1,3 | 3,7 | 1,8 | 3,8 | 3,5 | 4,4 | 3,9 | 2,2 | 2,0 | 1,0 |
| Frankr. | 1,6 | 1,2 | 2,6 | 0,7 | 1,3 | 1,9 | 2,3 | 1,9 | 3,5 | 3,6 | 2,5 | 2,0 |
| EG | 1,3 | 0,1 | 0,7 | 1,4 | 2,7 | 2,5 | 2,6 | 2,7 | 3,7 | 3,4 | 2,9 | 2,0 |

¹ Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (Japan: Bruttosozialprodukt) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
² Schätzung bzw. Prognose des Herbstgutachtens der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute

Quelle: United Nations, World Economic Survey 1990, S. 227; DIW - Wochenbericht Nr. 43-44/1990

1983 setzte in der kapitalistischen Welt ein konjunktureller Aufschwung ein, der 1986/87 zu erlahmender Drohe. Damals war es unter anderem der Verfall der Ölpreise, der eine Fortführung des Aufschwungs ermöglichte. Über die ganze Periode hinweg wies Japan und mit ihm ein großer Teil des asiatischen Raums überdurchschnittlich hohe und stabile Wachstumsraten auf. Gegen Ende der 80er Jahre kam es zu einer zunehmenden Differenzierung der Konjunktur in der Ersten Welt. Während sich in Japan und Westeuropa (mit der Ausnahme von Großbritannien) der Aufschwung unvermindert fortsetzte, zeigten sich in den USA deutliche Erlahmungserscheinungen, ohne daß es aber bis Herbst 1990 zur erwarteten Rezession gekommen ist.

Mit dem Anstieg der Ölpreise im August 1990 ist die Stimmung umgeschlagen. Nun rücken wieder die Risikofaktoren in den Mittelpunkt der Diskussion, die im Zuge des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs der 80er Jahre überdeckt waren. Dabei geht es vor allem um die ausgeprägten Ungleichgewichte innerhalb der Ersten Welt:

- Die Arbeitslosenquoten, die - im Durchschnitt des OECD-Raums - 1983 bei 8,5 Prozent gelegen hatten, sind bis Ende der achtziger Jahre nur langsam auf etwa 6,5 Prozent gesunken. Inzwischen ist die Tendenz wieder leicht aufwärts gerichtet.
- Das seit 1983 bestehende Leistungsbilanzdefizit der USA hat sich

1988/89 vermindert. Die Ölpreiserhöhung hat diesen Prozeß aber gestoppt. Es bleibt ein zentrales Problem der Weltökonomie, daß die wirtschaftlich bedeutendste Macht auf Ressourcenzustrom von außen angewiesen ist.

- Dafür ist es innerhalb von Westeuropa zu steigenden Leistungsbilanzungleichgewichten gekommen. Vor allem Großbritannien, aber auch Italien und Spanien weisen hohe Defizite auf, während die BRD steigende Überschüsse erwirtschaftet. Die Einbeziehung der DDR führt allerdings zu einem Überschubabbau.
- Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind mit einer hohen Beanspruchung der Kapitalmärkte verbunden. Dies und eine entsprechende Geldpolitik der Notenbanken hat zu hohen Zinsen geführt, die zuletzt nochmals gestiegen sind.

Zum Jahresende 1990 hat sich die Konjunktur deutlich abgekühlt. In den USA besteht weiterhin Unklarheit darüber, ob die befürchtete Rezession zu vermeiden ist. Die Wirtschaftspolitik versucht mit hohen Haushaltsdefiziten und einer gegen Zinserhöhungen gerichteten Geldpolitik rezessiven Tendenzen entgegenzuwirken. Es wird befürchtet, daß es bei einer Rezession zu schweren Störungen im US-Bankensystem kommt, das generell als überschuldet gilt. Kernproblem bleibt die Angewiesenheit auf den Zustrom von Auslandskapital. Dies beschränkt die Möglichkeiten einer antizyklischen

Geldpolitik, da attraktive Zinsen geboten werden müssen. Neben Wertpapiieranlagen sind aber in den letzten Jahren internationale (vor allem japanische) Direktinvestitionen zu einer der wichtigsten Quellen des Kapitalzustroms geworden. Es ist daher erklärlich, daß sich in den USA eine z.T. nationalistisch gefärbte Angst vor der Übernahme durch japanisches Kapital ausbreitet. Tatsächlich scheint aber diese Form des Kapitaltransfer - die durch den niedrigen Dollarkurs gefördert wird - derzeit die einzige Chance zu sein, die auf Rezessionsvermeidung gerichtete Wirtschaftspolitik der US-Administration weiterzuführen. Allerdings scheint die bis zuletzt glänzende, durch hohe Investitionen getragene Konjunktur Japans nun auch zu erlahmen. Die japanische Notenbank hat - u.a. als Reaktion auf steigende Inflationsraten - die Zinsen auf für japanische Verhältnisse ungewohnte Höhen getrieben. Dies hat zu einer Korrektur der Investitionspläne der Unternehmen nach unten geführt. Die Börsenkurse haben sich fast halbiert, wodurch die Banken und großen Unternehmen in Finanzierungsschwierigkeiten gestürzt wurden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß dies zu einer weltweiten Kreditklemme führt, durch die vor allem das wackelige Gebäude der US-Konjunktur zum Einsturz gebracht würde. Dies würde sicherlich Rückwirkungen auf die Weltkonjunktur haben, nicht aber eine Weltwirtschaftskrise auslösen.

In Westeuropa hat sich die Situation im Verlauf von 1990 stark verändert. Während noch in der ersten Jahreshälfte die Schwäche Großbritanniens als Ausnahme gelten konnte, wird nun von der Bundesrepublik Deutschland als „Wachstumsinsel“ gesprochen. In der Tat hat sich die Konjunktur inzwischen in allen westeuropäischen Ländern deutlich abgekühlt, u.a. als Folge der hohen Zinsen, die vor allem die Baukonjunktur gebremst haben. Alle Hoffnungen ruhen auf der neuen Bundesrepublik, die nach wie vor eine kaum geminderte Expansion verzeichnet. Hier wirkt die Nachfrage aus der ehe-

migen DDR wie ein Konjunkturprogramm. Entgegen allem marktradikalem Getöse hat dort eine Entkopplung von Produktion/Produktivität einerseits und Einkommen/Konsum andererseits stattgefunden. Die Produktion sinkt zweistellig, während die verfügbaren Einkommen steigen - dank kreditfinanzierter Einkommenstransfers aus der alten BRD. Davon profitiert die Konjunktur in den westlichen Bundesländern. Aber auch die anderen westeuropäischen Staaten verspüren die Nachfrageimpulse. Die Nachteile dieser Art von Konjunkturankurbelung aber liegen auf der Hand. Die Bundesrepublik, die bislang mit hohen Überschüssen die Kapitalmärkte speiste, beansprucht diese nun selber. Die Folge sind anhaltend hohe Zinsen mit den bekannten Rückwirkungen auf die Konjunktur.

Auch darf nicht vergessen werden, daß die gute Konjunktur der BRD bislang zu einem großen Teil den Exportüberschüssen im EG-Handel zu verdanken war. Mit der Abschwächung der Konjunktur in den europäischen Nachbarländern werden die Ausfuhren schrumpfen. Bei sich abschwächendem Welthandel und anhaltendem Aufwertungsdruck gegenüber dem Dollar entfällt der Export als Konjunkturstütze. Da die Bundesrepublik vor allem auf

Ausfuhren vor allem von Konsumgütern in die ehemalige DDR schaffen hier keinen ausreichenden Ausgleich. Einiges dürfte davon abhängen, wie lange die Anpassungskrise in der DDR anhält. Denn dies bestimmt das Ausmaß, in dem die Kapitalmärkte beansprucht werden ebenso wie die Nachfrage nach Investitionsgütern. Eine Abschätzung der überwiegenden Entwicklungstendenzen im OECD-Raum fällt gegenwärtig besonders schwer. Einerseits sind konjunkturelle Abschwächungserscheinungen unübersehbar, andererseits aber ist eine schwere internationale Rezession derzeit nicht in Sicht. Eine trotz der gestiegenen Ölpreise relativ niedrige Inflation beinhaltet Spielräume für eine wirksame antizyklische Konjunkturpolitik. Die Unternehmen weisen noch immer - auch in den USA - überwiegend hohe und steigende Gewinne aus, die Gewinnquoten sind in den achtziger Jahren generell angestiegen. Trotz einiger Ausnahmen vor allem in den USA sind die Unternehmen derzeit gut gerüstet, um auch Absatzrückgänge ohne scharfe Einschnitte im Investitionsetat überstehen zu können.

Anpassungskrisen in der Zweiten Welt

Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion und Osteuropa¹

| | 1981-86 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 ² | 1991 ² |
|-------------|---------|------|------|------|-------------------|-------------------|
| Insgesamt | 3,4 | 2,1 | 4,0 | 1,2 | -1,2 | 0,2 |
| Sowjetunion | 3,0 | 1,6 | 4,4 | 2,4 | -1 | |
| Bulgarien | 4,0 | 5,0 | 2,4 | -0,4 | -11 | |
| CSPR | 1,9 | 2,1 | 2,4 | 1,3 | | |
| DDR | 4,5 | 3,3 | 2,8 | 1,9 | -14,5 | -5 |
| Ungarn | 1,3 | 4,1 | 0,3 | -2,0 | -5 | -5 |
| Polen | 0,4 | 1,9 | 4,9 | 0,0 | -20 | +4 |
| Rumänien | 4,9 | 4,8 | 3,2 | -9,9 | | |

¹Veränderung der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in Prozent

²Verschiedene Prognosen, z.T. vor den Ölpreiserhöhungen

Quelle: UN, World Economic Survey 1990, S. 229; Preisberichte

die Ausfuhren von Investitionsgütern spezialisiert ist, wirkt die Abkühlung des westeuropäischen Investitionsklimas besonders negativ. Die steigenden

Während die Gesamtsituation in der Ersten Welt trotz der erwähnten Probleme als relativ stabil gelten kann, breiten sich in der Zweiten Welt

Krisenerscheinungen aus. Der Zusammenbruch der bestehenden ökonomischen und politischen Strukturen - eine Folge ihrer Inflexibilität - löst überall Anpassungskrisen aus. Die Erwartungen haben sich in den letzten Monaten deutlich verschlechtert, nachdem die anfängliche Begeisterung über die Reformbereitschaft der osteuropäischen Ländern verfliegen ist. Besonders pessimistisch gestalten sich die Erwartungen für Polen, die UdSSR und Rumänien. (Tabelle s. S. 13)

Die überall begonnenen und z.T. (Ungarn, Polen) schon relativ weit gediehenen Reformen sehen sich - neben inneren Hemmnissen - einigen gemeinsamen Problemen gegenüber:

- Die arbeitsteiligen Strukturen und Handelsbeziehungen innerhalb des RGW sind weitgehend zusammengebrochen; die Einführung der DM in der DDR, dem wichtigsten Investitionsgüterlieferanten, hat dieses Problem noch verschärft.
- Große Teile des Produktionsapparates sind somit obsolet geworden. Die Exporte sinken, viele der dringend benötigten Güter können nur gegen Hartwährung auf den Weltmärkten beschafft werden.
- Da die meisten Produkte außerhalb des RGW nicht konkurrenzfähig sind (die Ölförderung der Sowjetunion ist in einer Krise, so daß sie an den höheren Ölpreisen nicht voll partizipieren kann), müssen die steigenden Leistungsbilanzdefizite durch Kapitalimport finanziert werden;
- Kapitalimport in Form von privaten Direktinvestitionen kommt nur sehr zögernd in Gang, da die Inlandsmärkte schrumpfen. Direktinvestitionen aber sind überwiegend absatzorientiert.
- Sie bleiben also auf die internationalen Kapitalmärkte angewiesen. Dort aber finden die ohnehin (mit Ausnahme von Rumänien) schon recht hoch verschuldeten Länder neben hohen Zinsen weitere ungünstige Bedingungen vor, ihre Bonität ist 1990 trotz Reformbereitschaft gesunken.
- Die im Rahmen der Reformen durch-

geführte Lockerung der Kontrollen über die Wirtschaft, verschiedentlich verbunden mit der Freigabe der Preise, führt überall zum Aufflammen von Inflation. Dem soll mit einer klassischen monetären Restriktionspolitik und mit Lohnkontrollen entgegengewirkt werden. Die damit verbundene Beschränkung der Kaufkraft verschlechtert die Absatzmöglichkeiten der Wirtschaft weiter und produziert Arbeitslosigkeit. Vielfach fehlen die Instrumente, um dieses bislang unbekannte Phänomen sozial aufzufangen.

Im Kern sieht sich also der gesamte RGW-Raum mit Problemen konfrontiert, die denen der ehemaligen DDR sehr ähnlich sind: Die bisherigen Strukturen brechen zusammen, die Wirtschaft erweist sich als dem Druck der Weltmarktkonkurrenz nicht gewachsen. Notwendig sind einmal in großem Umfang Mittel zur sozialen Absicherung des Umstrukturierungsprozesses; zum anderen muß Investitionskapital zum Aufbau der neuen Strukturen beschafft werden. Voraussetzung ist der Zustrom von öffentlichem und privatem Auslandskapital, wobei öffentliche Mittel entscheidend sind für das Ingangkommen von privaten Auslandsinvestitionen. Während die ehemalige DDR sich in der glücklichen Lage befindet, daß die BRD als international potentes Überschußland diese Aufgabe übernommen hat, fehlen bei den übrigen RGW-Staaten solche Garanten fast völlig. Zwar bemüht sich die internationale Gebergemeinschaft um die Mobilisierung öffentlicher Mittel, die Dimension der Zusagen bleibt aber bislang niedrig.

Die Dritte Welt am Rande der Weltwirtschaft

In der Dritten Welt (Abgrenzung der Weltbank: Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen) hat sich die ökonomische Situation am Ende der achtziger Jahre etwas stabilisiert. Dabei bleiben aber große Unterschiede bestimmend. (Tab. s. S. 15)

In Rechnung zu stellen ist das Bevölkerungswachstum, dessen Rate bei 2,4 Prozent jährlich liegt, zwischen 1,4 Prozent in China (Ostasien) und 3,1 Prozent in Afrika. Rückläufig war das Pro-Kopf-Einkommen in den achtziger Jahren in Afrika, in Lateinamerika hat es stagniert. In Asien, insbesondere in China, hatte es zunächst hohe Zuwachsraten gegeben, die strukturelle Probleme hervorgerufen haben. Sie fanden ihren Ausdruck u.a. in hohen Inflationsraten, auf die mit einer restriktiven Wirtschaftspolitik reagiert wird. Inzwischen wächst die Wirtschaft Chinas kaum noch, das ausländische Kapital kommt nur noch zögernd, die Importe gehen zurück. Dagegen verzeichnen die Staaten der ASEAN (darunter Indonesien, Philippinen, Thailand) hohe Zuwachsraten.

Kernprobleme der internationalen Stellung der Dritten Welt sind die Rohstoffpreise und die Verschuldung. Letztere ist zwar seit 1989 nicht weiter angestiegen, die im Rahmen der Brady-Initiative angestrebte „Verstaatlichung“ von Schulden und ihre Reduzierung hat verschiedentlich Schuldenabbau mit sich gebracht. Dies hat aber die Schuldenlast nicht erleichtert, da gleichzeitig die Zinsen angestiegen sind. Die Verteuerung des Erdöls hat zwar einer Minderheit von Entwicklungsländern zusätzliche Einnahmen beschert, gleichzeitig aber wurden alle Rohstoffexporteure vom Verfall des Dollars negativ betroffen. Die Rohstoffpreise (ohne Öl), insbesondere die für agrarische Rohstoffe, die sich seit 1986 etwas erholt hatten, gehen tendenziell wieder zurück. Die Wachstumsverlangsamung in den Verbrauchsländern spricht für ein Fortsetzung dieses Trends.

Es ist nicht absehbar, wie unter den skizzierten äußeren Bedingungen die Stagnationstendenz der dritten Entwicklungsdekade überwunden werden soll. Selbst die eher optimistischen Weltbankprognosen (vor der Ölpreiserhöhung) für die neunziger Jahre beinhalten nur minimale Zuwachsraten für die Pro-Kopf-Einkommen zumindest in Afrika und Lateinamerika.

Wirtschaftswachstum der Dritten Welt¹

| | 1981-86 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 ² | 1991 ² | 1989-2000 ³ |
|----------------|---------|------|------|------|-------------------|-------------------|------------------------|
| Insgesamt | 4,1 | 4,5 | 5,4 | 3,3 | 3,1 | 4,5 | 5,1 |
| Afrika | 4 | 0,6 | -1,1 | 2,5 | 3,5 | 3,0 | 3,0 |
| Ostasien | 8,5 | 9,6 | 10,0 | 5,1 | 5,5 | 6,0 | 6,6 |
| Südostasien | 5,5 | 3,2 | 8,7 | 4,8 | 5,1 | | |
| Mittelmeerraum | 5 | 3,4 | 1,4 | 2,5 | 1,7 | 0,0 | 4,0 |
| Lateinamerika | 1,3 | 3,0 | 1,2 | 1,5 | -1,0 | 4,0 | 4,2 |

¹Veränderung des Inlandsprodukts bzw. des Sozialprodukts in Prozent gegenüber dem Vorjahr
²Prognose der Vereinten Nationen, Abgrenzung der Regionen z.T. abweichend von der Weltbank-systematik

³Prognose der Weltbank. ⁴Südlich der Sahara. ⁵Europa, Naher Osten, Nordafrika

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1990, S. 16; dies., Jahresbericht 1990, S. 28; United Nations, World Economic Survey 1990, S. 13

Globalisierung der Weltmärkte und Entwicklungsgegensätze als Konflikttherd der neunziger Jahre

Anknüpfend an die eingangs angesprochene Erscheinung der wirtschaftlichen Globalisierung erscheint die Situation der Weltwirtschaft am Jahresende 1990 äußerst konfliktträchtig. Denn während die Länder und Regionen der Welt wirtschaftlich immer enger zusammenrücken, wachsen die ökonomischen und sozialen Unterschiede. Hauptproblem erscheint die Tatsache, daß der einheitliche Weltmarktmechanismus offensichtlich nicht geeignet ist, die Kapital- und Warenströme dorthin zu lenken, wo die Bedürfnisse am dringendsten sind. Es kommt zu einer anhaltenden Fehllenkung von Ressourcen. Das immer noch reichste Land der Welt, die USA, sind gleichzeitig der größte Nettokapital- und Warenimporteur. Die verschuldeten Länder der Dritten Welt dagegen sind Nettokapital- und Warenexporteure. Ihre Bedeutung für den Weltmarkt geht tendenziell zurück, verschiedentlich wird - bezogen auf Afrika und Lateinamerika - sogar von einer unfreiwilligen „Weltmarkt-Abkoppelung“ gesprochen.

Die Zweite Welt sieht sich zunehmend ähnlichen Problemen gegenüber. Die schockartige Weltmarktintegration zieht einen hohen Anpassungsbedarf für die Wirtschaftsstrukturen nach sich, viele Industrien erweisen sich unter

Weltmarktgesichtspunkten als nicht überlebensfähig. Das für eine an sich mögliche Rekonstruktion der Wirtschaft erforderliche Kapital (im Gegensatz zur Dritten Welt entspricht der Qualifikations- und Bildungsstand den Erfordernissen entwickelter Industrieländer) aber kann aus eigener Kraft nicht mobilisiert werden. Es droht ähnlich wie bei vielen Entwicklungsländern eine weitere Abkoppelung vom Weltmarkt: Die Importfähigkeit geht zurück, der ohnehin niedrige Welt-handelsanteil schrumpft. Dies beeinträchtigt zwar auch die Absatzmöglichkeiten der Industrieländer - da aber 80 Prozent der Exporte der Ersten Welt dortselbst abgewickelt werden, erscheint eine solche Marginalisierung von zwei Dritteln der Menschheit ökonomisch ohne schwere Rückwirkungen möglich.

Die Aufrechterhaltung und Vertiefung der ökonomischen Entwicklungsunterschiede bedroht die Welt aber viel grundlegender:

- Einmal machen die Erfahrungen mit Umweltproblemen sowohl in der Zweiten wie in der Dritten Welt deutlich, daß niedriger Entwicklungsstand keineswegs identisch ist mit geringer Umweltbeanspruchung. Es ist im Gegenteil so, daß die Weltmarkt-konkurrenz die schwächsten Anbieter dazu zwingt, auf Kosten der Umwelt zu wirtschaften, um überhaupt anbieten zu können. Armut führt nicht weniger zur Umweltzerstörung als Reichtum.

- Zum anderen hat die Entwicklung der Kommunikationstechnologien zur Verbreitung des amerikanischen Lebensstils als Wohlstandsmaßstab geführt. Eine „ursprüngliche Akkumulation“ bei anhaltend niedrigem Massenkonsum ist für die Zweite und Dritte Welt unter auch nur einigermaßen demokratischen Verhältnissen als Entwicklungsweg nicht mehr gangbar. Jede Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse muß verbunden sein mit einer entsprechenden Erhöhung des Konsumniveaus. Die erforderlichen Investitionsmittel und zum Teil auch Konsumwaren müssen außenfinanziert werden.

- Die Kommunikationstechnologien haben außerdem zu einer Steigerung der Mobilität des Faktors Arbeit geführt. Nur um den Preis von harten politischen Beschränkungen kann verhindert werden, daß sich die mobilsten Menschen des Südens und Ostens dorthin bewegen, wo ihnen der durch die Medien propagierte und täglich vorgeführte Lebensstil erreichbar erscheint, nämlich in den Ländern der Ersten Welt. Die damit verbundenen internationalen Migrationsprozesse dürften erst am Anfang stehen.

In dieser Situation müssen politische Mechanismen entwickelt werden, in deren Rahmen Kapital und Waren dorthin strömen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Offensichtlich führt der Markt - sich selbst überlassen - zur Konzentration der Ressourcen in den reichsten Regionen. Während die ökonomischen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge immer enger werden, wird der Aufbau wirksamer supranationaler Instanzen aber durch die existierenden Interessengegensätze behindert.

spw.

THOMAS RAUSCH
**BOURGEOISE
SCHWULE,
STROMLINIEN-
FÖRMIG**

„LONGTIME
COMPANION“

EIN FILM
ÜBER SCHWULE
UND AIDS

An einem sommerlich-belebten Strand wandelt ein junger Typ vorüber - Bodybuilder, sehr knappe Badehose. Die Kamera folgt ihm, und mit ihr die Augen der Strandbesucher: Die im Sand versammelten Mittelschichtschwulen New Yorks verhalten sich, als begegnete ihnen das achte Weltwunder.

Ruft diese Szene zu Beginn von Norman Renés Film „Longtime Companion“ beim Publikum vielleicht noch Verwunderung hervor, so wundert sich am Ende wohl kaum noch jemand: andert-halb Stunden Film zur Problematik Schwule und Aids, in dem auch die harmloseste Bettszene fehlt, in dem vereinzelt gezeigte Mann-zu-Mann-Küsse geringer bis mittlerer Intensität offenbar an der äußersten Toleranzgrenze liegen. Trifft die Kamera tatsächlich einmal auf zwei sich liebende Männer in ihrem gemeinsamen Bett, präsentieren diese sich ordnungsgemäß verhüllt; ihre weiten Shorts und T-Shirts erinnern peinlich an Vatis und Muttis ehelichen Pflicht- und Schuldigkeits-Sex. Bürgerliche Wohlanständigkeit großgeschrieben. Auf der Leinwand zwei Cliques von Schwulen, die allesamt prächtige Schwiegersöhne abgeben könnten. Kein Hauch von Flippigkeit, keinerlei provokantes Anderssein, die Protagonisten leben fast alle mit festem Partner - Promiskuität, Tunten, Ledermänner

bleiben außen vor. Selbst ein schwuler Arbeiter war Regisseur Norman René offenbar zu exotisch, statt dessen ein Schauspieler, ein Manager, ein Drehbuchautor, Mittelschichtenangehörige, Künstler. Die Moral: Wer so gutbürgerlich-wohlanständig ist, darf sogar ein Homo sein. Auch in dem Begriff „Longtime companion“, der als Filmtitel gewählt wurde, drückt sich eine fragwürdige Anpassung an die Norm aus; wer im Amerikanischen einen schwulen Freund nicht als „Lover“ bezeichnen will, bedient sich dieser verschämt-verschleiernenden Formel.

Die Aidsproblematik rollt „Longtime Companion“ historisch auf: neun Jahre, von der ersten Tageszeitungsmeldung über eine „neue Krebsart bei Homosexuellen“ bis heute. Dazu acht, neun schwule Männer, verschiedene Patterns des Umgehens mit der Bedrohung, mit der Krankheit; reagiert der Autor Gordon panisch auf jede vermeintliche Veränderung eines Muttermals, tut sein Freund David so, als gäbe es gar keine Gefahr. David ist nicht einmal aus der Ruhe zu bringen, als Gordon schließlich tatsächlich an Aids erkrankt; er ist Anhänger einer platten „Positiv-denken“-Ideologie, möchte diese Einstellung auch an den todkranken Freund vermitteln. Gordon stirbt schließlich, doch David hat keinen Moment der Niedergeschlagenheit, Ratlosigkeit, Verzweiflung; er pflegt den Freund, der völlig hilflos ist, kaum mehr sprechen kann - und doch keine Träne, keine Anklage, kein Ausbruch. Eine halbwegs rationale Ausein-

andersetzung mit der Krankheit Aids führt Norman René nicht vor; scheinbar der Vollständigkeit halber sind am Schluß des Films ein paar Einstellungen angehängt, aus denen hervorgeht, daß es eine schwule Selbsthilfe- und Solidaritätsarbeit in Sachen Aids gibt. Die Freunde auf der Leinwand hingegen kreisen im wesentlichen um die Pole übersteigerte Angst einerseits, Seelenruhe andererseits. Das ist so platt und konstruiert, daß durch den Film - trotz mehrerer Aids-Todesopfer - kaum Betroffenheit erzeugt wird. Statt Betroffenheit nur Peinlichkeit.

Außerordentlich peinlich ist, wie unglaublich die Schauspieler in ihren grobgeschnitzten, schablonenhaften Rollen wirken, so daß sich sogar ein Vergleich mit Fernsehserien-Niveau aufdrängt. Die Protagonisten bleiben in hohem Maße Typen, Repräsentanten bestimmter Verhaltensweisen; Persönlichkeiten werden nicht erlebbar - den Charakteren fehlt individuelle Emotionalität, menschliche Widersprüchlichkeit, biographischer Hintergrund. Die Konversationen bleiben oberflächlich, reproduzieren immer die gleichen Mittelschichtstereotypen; Hoffnungslosigkeit, Niedergeschlagenheit, nichttendenzwillende Trauer: Fehlanzeige. So auch bei einer Szene in der Kirche: Trauerfeier, Gordon wird beerdigt. Seine Freunde sind gefaßt, harmoniestiftende Reden, aalglatt.

Ganz massiv kommt bei dieser Szene die Frage hoch, ob schwule Männer auch Eltern und Geschwister haben. Die Kirchengemeinde bei Gordons Beerdigung scheint sich wenig

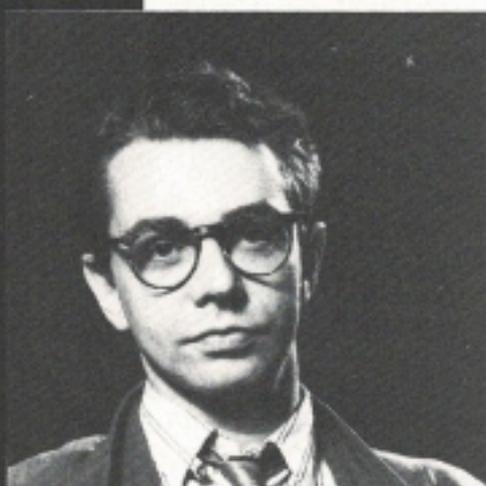
anders zusammensetzen als bei einem früh verstorbenen Familienvater- viele Frauen in den Bänken, offenbar ist die Verwandtschaft in großer Zahl erschienen. Nicht auszumachen aber ist, ob sich auch die trauernden Eltern eingefunden haben. In eineinhalb Stunden Kino kein Satz über die Familie der sterbenden Männer: Wußten die Eltern, daß ihre Söhne schwul sind, bevor diese an Aids erkrankten? Haben sie sich von den Todkranken abgewendet oder sie unterstützt?

Schwule auf einer Insel. Jeder gesellschaftliche Kontext ausgeklammert. Dazu Norman René: „Um Klassenunterschiede ging es uns hier eben nicht. Ich denke, die Gefühle unserer Figuren sind so universell, daß sie Klassenunterschiede überwinden.“ Das Schicki-Micki-Milieu sei ganz zufällig gewählt, Drehbuchautor Lucas Craig kenne sich dort zufällig am besten aus. Und es habe einmal ein Film über Aids entstehen sollen, der sich ganz auf Gefühl konzentriere.

Daß dies auf eine ganz vordergründige Message zielt, offenbart René in einem Interview der Zeitschrift „magnus“ („Das schwule Magazin“): „Mir ging es darum, den Menschen die Angst zu nehmen. ... Das ist unser eigentliches Anliegen: wenn du nur willst, kannst du mit Aids leben!“ - Du mußt es nur wollen! Eben „positiv denken“. Wie David das im Angesicht seines sterbenden Freundes vormacht. Die René'sche, aidszeitaltergemäß gestylte Paraphrase des Slogans „Jeder ist seines Glückes Schmied“ paßt gut zu dem Film, in dem sich unterderhand ganz

gewöhnliche amerikanische Ideologieversatzstücke finden - z.B. in einer Szene, in der Schauspieler Howard seinem Freund, dem Manager Paul, glücklich erzählt, daß er soeben einen hochdotierten Vertrag beim Fernsehen und somit den „Durchbruch“ geschafft hat; Pauls Antwort lautet wie in hundert anderen Rollen in hundert anderen Filmen: „Ich bin stolz auf dich“.

„Longtime Companion“ wird von einem großen Verleih mit großem Werbeaufwand gemagt wie kaum zuvor ein Film über Schwules. Einem weniger stromlinienförmig angepaßten Streifen hätte das wohl kaum passieren können. Immerhin: Daß es eine große Publicity gibt für ein noch so harmloses schwules Thema, spricht für eine gewisse Veränderung des gesellschaftlichen Klima. Da arbeitet in der Behörde der West-Berliner Senatorin Klein ein „Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“; da macht sich die ÖTV-Vorsitzende für die Streichung des Paragraphen 175 stark und fordert zugleich für mehrere Gesetze Antidiskriminierungsregelungen zugunsten von Lesben und Schwulen; da formuliert auf Initiative der PDS die Volkskammer in ihren letzten Tagen eine „Beschlußempfehlung“ an den gesamtdeutschen Bundestag, die die ersatzlose Streichung des Paragraphen 175 fordert - ein Beschluß mit nur wenig Gegenstimmen: Wo solcherlei Dinge geschehen, darf auch - mit einiger Aussicht auf ökonomischen Erfolg - ein Massenpublikum mit ein paar zahmen Leinwand-Schwulen konfrontiert werden.



Wer in den letzten Monaten das zweifelhafte Glück besaß, die historischen Stunden des Teutschen miterleben zu dürfen, der weiß, welche Wirkmächtigkeit von dem Bild „des Fremden“ ausgeht.

Anlaß dafür, sich anhand des neuen Bertolucci Films „Der Himmel über der Wüste“ einige Gedanken zu diesem Phänomen zu machen.

„Learn to live as friends“ - fröhliche junge Menschen lächeln uns von Reklamewänden und Zeitungsseiten an und transportieren ebenso wie die „united colours“ die Botschaft von der großen Weltfamilie, um die Umsatzzahlen für Zigaretten und Edel-Tshirts zu steigern. Doch keine Idee ist in der letzten Zeit so destruiert worden wie die der Einheit der Völker (sprich altdeutsch: „des Internationalismus“). Die Abgrenzung gegen die „fremde Gruppe“, sei sie nun ethnisch, religiös oder rassistisch begründet, bestimmt die politische Landkarte und verschont keine Ideologie. So wie die „Rechten“ ihre Türken, Araber oder was weiß ich haben, stabilisiert sich die „linke“ Gruppenidentität im gemeinsamen Spott über die Polen, Rumänen und die konsumgeilen Osis. Ein beträchtliches Maß an Aggressionsneigung findet in diesem „Narzißmus der kleinen Differenz“ (S. Freud) seinen Ausdruck.

Die Wissenschaft, in den überwiegenden Fällen selbst Partei und Argumentationslieferer in diesem

Diskurs, steht in ihrem seriösen und gutmeinendem Teil dem ganzen recht hilflos gegenüber. Anstelle von ernsthafter Erforschung des Themas stehen nicht selten hilflose Appelle an die Werte der Aufklärung und des Humanismus, die den Charme des Pfeifers im dunklen Wald haben, der sich selber Mut machen will. Neben so umwerfenden Erkenntnissen, daß alles durch Wohnungsnot, Angst um den Arbeitsplatz und soziale Verunsicherung bedingt ist, kann daher vielleicht die Mutmaßung hilfreich sein, daß der Diskurs, in dem sich eine Gemeinschaft gegen ihre Umwelt aggressiv abgrenzt, an eine psychische Struktur appelliert, die darauf vorbereitet (worden) ist, vor „dem Fremden“ zurückzuschrecken. Somit käme den einzelnen „ideologischen“ Diskursen nur die Aufgabe zu, die Differenz zwischen „dem Eigenen“ und „dem Fremden“ an bestimmten Orten festzulegen, um die - dann bedauerten - Wirkungen freizusetzen. Um diese etwas dunkel bleibenden Überlegungen weiter zu verundeutlichen und zu versubjektivieren, will ich einige Assoziationen zu dem neuen Bertolucci Film „Der Himmel über der Wüste“ anfügen, in der Überzeugung, daß der Film mehr über die Angst vor und die Faszination an „dem Fremden“ aussagt, als etliche gelehrte Bücher zu dem Thema. Bertolucci erzählt mit dem Film eine Geschichte, die nichts erklärt und eine scheinbar unbekannte Welt beschreibt. Der Anfang des Films ist ebenso unklar wie das Ende, und was dazwischen passiert, ist auch nicht sonderlich erwähnenswert, wie in einer Filmkritik zu lesen war. Dabei ist der Film als rassistisch, wenig

DIE ANGST VOR DEM FREMDEN

RAINER BÄCKER

stens als ethnozentristisch zu bezeichnen, führt man sich vor Augen, daß „die Weißen“ als handelnde Figuren, als Träger von Individualität, Kultur und Emotionalität gezeichnet werden, während „die Schwarzen“ ohne individuelles Gesicht sind und sich durch Lärm, Verschlagenheit und Animalität auszeichnen (womit wir vice versa eine erste Bestimmung des „Fremden“ und des „Eigenen“ gewonnen hätten). Doch fernab von solch kritischen Gedanken soll der Film hier als Art von „Traumsequenz“ über die Bedrohung des Fremden gelesen werden, um ihm so einige Erkenntnisse über unser Thema abzurufen.

Bertolucci erzählt von der Reise in ein unbekanntes Land, von den Verlockungen des Fremden und der Bedrohung der Identität. Die Entdeckung des „unbekannten Kontinents“ ist damit gleichzeitig ein Aufbruch in eine fremde Kultur als auch eine Reise in das eigene Innere. Die Lockung wie die Gefahren sind „innen“ wie „außen“, stehen in einem Austauschverhältnis und liefern sich wechselseitig die Bilder zur Ausdrucksbildung.

Als Port und Kit in Algerien ankommen, haben sie das Vertraute und Alltägliche hinter sich gelassen. Im Vorhof des Fremden, der Kolonialstadt, besitzen sie zwar noch ihren individuellen Status, ihr ungebrochenes Selbstbild, doch der Sog hat sie schon erfaßt, der sie letztlich vernichten wird. Sein nächtliches Abenteuer beinhaltet dann auch schon all die Verlockungen und Gefährdungen, die auf der Reise drohen. Wenn sie schließlich durch die Sahara irren, auf der Suche nach dem „Fremden“, dem „ganz anderen“, dem letztlich Überwältigenden, und es nicht finden, dann wird deutlich, daß sie einem Phantom nachjagen, das sich ihnen stets entzieht und immer von dem „anderen Ort“ aus spricht. Das „Fremde“ ist nie letztlich lokalisierbar, materialisierbar, sondern entwickelt seine Wirkmächtigkeit rein als Bild, ruft gleichzeitig damit aber auf, es an etwas zu binden, worauf man alle Sehnsucht und Haß projizieren kann. Die Vernichtung, die Kid und Port für ihren Versuch, im „Fremden“ aufzugehen, für ihren Grenzübertritt erfahren, besteht in dem Zusammenfall ihrer Identitäten.

Wie Zwiebelhäute lösen sich auf den einzelnen Etappen der Reise die Identitätsschichten ab, bis er nichts mehr bei/von sich behalten kann und stirbt und sie ver-rückt, an einen anderen Ort gerückt ist (dies ergibt auch eine interessante Perspektive auf die unterschiedliche Bedrohung des Fremden durch das Männliche und das Weibliche). In dem Versuch, das „Fremde“, das „verbotene Land“ zu erreichen, hat das „Eigene“ sich aufgelöst. Unter diesem Blickwinkel erzählt der Film Bertoluccis von der Angst, die vor „dem Fremden“ besteht, von der Strafe des Verlustes des „Eigenen“, das als große Bedrohung erscheint. Wer sich auf den „unbekannten Kontinenten“ begibt, wird dort umkommen. Nur über Abgrenzung des eigenen Selbst gegenüber dem „Fremden“ und die Abwehr all der Verlockungen, die es bietet, erscheint damit Sicherheit möglich. Kid und Port stehen als mahnendes Beispiel dafür, was passiert, wenn man die Grenze übertritt. Und da der Reiz, der von diesem „Verbotenen“ ausgeht, auch von „innen“ spricht, ist die Abwehr umso schwerer und bedarf so eines beträchtlichen Maßes an Aggression gegen sich und andere. Vielleicht kann es da einen stutzig machen, daß sich derzeit die „Fremden-Feindlichkeit“ in unserer Gesellschaft parallel entwickelt zum sogenannten „Individualisierungsprozeß“, der den Aufbau von „Individualitäten“ zur Aufgabe jedes einzelnen werden läßt - unter Androhung gesellschaftlicher Ächtung bei Versagen. Das eine erscheint dabei als das Negativ des anderen. Aber welcher Diskurs stabilisiert sich nicht durch die „Einheit von Gegensätzen“?

JOACHIM HIRSCH

KAPITALISMUS OHNE ALTERNATIVE?

MATERIALISTISCHE GESELLSCHAFTSTHOERIE
UND MÖGLICHKEITEN EINER SOZIALITISCHEN POLITIK HEUTE

VSA-VERLAG HAMBURG 1990
199 SEITEN
ca. 26,80 DM

Mit seinem neuen Buch „Kapitalismus ohne Alternative?“ knüpft der Frankfurter Politikwissenschaftler Joachim Hirsch an die gemeinsam mit Roland Roth veröffentlichte Arbeit über „Das neue Gesicht des Kapitalismus - Vom Fordismus zum Postfordismus“ an und versucht den dort formulierten Bezugsrahmen zur Analyse aktueller Umstrukturierungstendenzen kapitalistischer Gesellschaften zu differenzieren und transparenter zu machen.

„Daß die kapitalistische Gesellschaft im Weltmaßstab erheblichen Veränderungen unterworfen ist, und das sich ihr 'Gesicht' im Laufe der Jahrhunderte erheblich gewandelt hat ist unverkennbar. Die Frage ist, was dies für sozialistische Politik...bedeutet, welches Konzept von revolutionärer Veränderung und Sozialismus daraus folgt“ (S. 12).

Mit diesen Sätzen umreißt der Autor den Problemkomplex und das Ziel seines knapp zweihundert Seiten starken Buches. Zunächst versucht er die gegenwärtige Umbruchsituation zu analysieren, um im zweiten Teil der Frage nachzugehen, welche politische Möglichkeiten für eine sozialistische Politik zur Zeit bestehen.

Dabei stellt Hirsch die Tauglichkeit der traditionellen Konzepte historisch-materialistischer Gesellschaftstheorie zur Diskussion. So blieben die Fragen nach den Ursachen für die Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen, der Verlagerung sozialer Konflikte und der Krise des Wohlfahrtsstaates unzureichend beantwortet.

Der Autor spricht nicht mehr von besonderen Entwicklungsstufen der kapitalistischen Gesellschaft, sondern

begreift die Geschichte des Kapitalismus als Folge von Formationen, die ihre eigentümlichen Krisenprozesse herausbilden. Welches Gesicht die nächste Formation haben wird ist nicht prognostizierbar, weil sie das Ergebnis von sozialen und politischen Kämpfen konkurrierender gesellschaftlicher Kräfte in den langen Krisen- und Umbruchphasen darstellt. Der Begriff der Formation habe den Vorteil, daß er gesellschaftliche Realität nicht auf die Ökonomie reduziere. Vielmehr umfasse der Formationsbegriff neben den Komplex der Akkumulationsstrategien, die politische Organisationsform sowie den ideologischen Überbau. Krisen sind daher nicht allein Krisen der Kapitalakkumulation; sie betreffen alle Elemente einer Formation. Die Begriffe „Akkumulationsregime“ und „Regulationsweise“ spielen eine zentrale Rolle in Hirschs Ansatz.

Als eine besondere Formation moderner kapitalistischer Gesellschaften konnte sich der Fordismus durchsetzen. Gekennzeichnet ist der Fordismus vor allem durch „hohe Wachstumsraten, die Ausdehnung des Massenkonsums, eine beschleunigte Durchkapitalisierung der Gesellschaft...und die starke Ausdehnung der Lohnarbeit“ (S. 102). Konstitutiv für den Fordismus war die Herausbildung des keynesianischen Interventions- und Sozialstaates. Diese Kombination gerät in die Krise, wenn sich ihre Expansionsmöglichkeiten erschöpft haben: Mit den immer geringer werdenden Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch tayloristische Arbeitsorganisation verringert sich die Profitrate. Hohe Lohnkosten und Stagnation des Massenkon-

sum treten hinzu und führen zur unübersichtbaren Krise des Wohlfahrtsstaates.

Welchen Ausweg gibt es aus dieser Krisendynamik? Die Krise kann nur überwunden werden, wenn es gelingt die Produktivität durch eine neue Welle der Durchkapitalisierung unter Verwendung der Mikroelektronik und anderer Rationalisierungsmaßnahmen zu steigern. Ziel ist es, die Profitrate auf ein höheres Niveau zu schrauben und dort zu stabilisieren. Der Kapitalismus wandelt sich, zeigt ein neues Gesicht: Konsum und Lebensweise, die Struktur der Gesellschaft insgesamt, die politische Regulierung wird sich durch die Einführung neuer Produktionstechnologien verändern. Die Gesellschaft befindet sich dieser Auffassung zufolge im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus (vgl. Hirsch/Roth 1986, Das neue Gesicht des Kapitalismus). Unklar bleibt in diesem Ansatz, inwieweit die neue Welle der Durchkapitalisierung der Gesellschaft tatsächlich eine Zäsur darstellt. Denn erst dann macht die von Hirsch versuchte Differenzierung der kapitalistischen Produktionsweise zwischen Fordismus und Postfordismus einen Sinn. Die Periodisierung wurde daher auch bereits mit von W.F. Haug und J. B. Foste mit unterschiedlichen Argumenten problematisiert.

Im zweiten Teil des Buches fragt Hirsch unter der Überschrift „Den Tiger reiten - Radikaler Reformismus und sozialistische Politik“, ob es denn noch eine sozialistische Linke gibt. Der Kapitalismus trägt nach wie vor Verantwortung für Katastrophen, für Ausbeutung, Unterdrückung und Elend. Daher gilt nach wie vor Marx' kategorischer Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes ein verlassenes Wesen ist. Der „real existierende Sozialismus“ mit seiner Zentralverwaltungswirtschaft hat keine akzeptablen Lösungen entwickelt. Vielmehr habe sich gezeigt, daß die Enteignung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Ausbeutung, die Entfremdung und Unterdrückung noch lange nicht auf-

hebt, daß die „sozialistische Industrialisierung“ die Natur und die lebensnotwendigen Ressourcen ebenso zerstört wie der Kapitalismus. Nach dem „Abschied vom Proletariat“ (Gorz) befindet sich die Linke auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt, auf der Suche, wie es der Autor formuliert, „nach der sozialen Kraft, die eine emanzipative gesellschaftliche Veränderung in den kapitalistischen Metropolen vorantreiben könnte...“ (S. 128). Gekennzeichnet ist der Kapitalismus durch die Tatsache, daß er die ihm eigene Vergesellschaftungsweise, die Beziehungen der Individuen zueinander, die Klassenstrukturen, die sozialen Lagen und Lebensformen ununterbrochen umwälzt und ständig in neue Formen bringt. Hirsch spricht davon, daß sie sozusagen „passiv“ revolutioniert werden, angetrieben durch ökonomische Krisen und soziale Kämpfe, die sich über den Köpfen der betroffenen Individuen vollziehen. Dies ist der Grund, warum sich Art und Zusammensetzung der politisch und sozial handelnden Akteure sowie die Formen und Inhalte der gesellschaftlichen Konflikte verändern. Das bedeutet, daß der Begriff der „Klasse“ nur noch begrenzt zur Analyse politischer Prozesse tauglich ist. So läßt sich die Entstehung sozialer Bewegungen nicht mehr grundsätzlich aus den objektiven gesellschaftlichen Strukturen und Widersprüchen ableiten.

Wie aber lassen sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verändern? Hirsch entwickelt das Konzept des „radikalen Reformismus“ und betont, daß dies etwas anderes bedeutet als „sozialdemokratische Reformpolitik“.

Grundlage für den „radikalen Reformismus“ ist ein Begriff der Revolution, der diese nicht in erster Linie in den Kategorien militärischer oder bürokratischer Machtkämpfe begreift. Nicht mehr der Kampf um die „Eroberung des Staates“ steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, sondern vielmehr „die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, von Lebens und Produktionsweisen, Bewußtseinsformen,

Arbeitsteilungs- und Geschlechterverhältnisse“ (S. 193). Die Tatsache, daß es sich beim Kapitalismus um eine Formation handelt, die den Sozialismus nicht naturwüchsig aus ihrem Schoße entläßt, begründet die Neufassung des Revolutionskonzeptes. Diese Revolution ist zu begreifen als ein langwieriger Prozeß sozialer Kämpfe und Veränderungen, die nicht mehr auf „objektive“ Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen gegründet werden kann, sondern eben gegen diese durchgesetzt werden müssen.

Mit diesem Buch unternimmt Hirsch den anspruchsvollen Versuch einer „revolutionären Theorie; einer Theorie, die den real existierenden Kapitalismus

unter dem Aspekt seiner Veränderlichkeit darstellt und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse entschleiert. Dabei bleibt dieses Buch eigentümlich realpolitisch, konzentriert sich einseitig an dem Ziel den Kapitalismus besser politisch und sozial zu regulieren. So schreibt er, daß ein Gesellschaftsmodell möglich sei, „das zwar Kapitalverwertung und Profit zuläßt, aber in einer politisch kontrollierten und ‚sozialverträglich‘ regulierten Form“ (S. 181). Und genau an diesem Punkt müßte die politische Diskussion über den „Kapitalismus ohne Alternative“ weitergeführt werden.

Klaus Störch, Student, Flörsheim a.Main

REINHARD KÜHNEL

GEFAHR VON RECHTS? - VERGANGENHEIT UND GEGENWART DER EXTREMEN RECHTEN

DISTEL-VERLAG 1990
175 SEITEN
ca. 19,80 DM

Die Parteien der extremen Rechten, wie die „Republikaner“, aber auch die NPD und DVU konnten in den vergangenen Jahren einen erheblichen Aufschwung verbuchen. Um ein vielfaches hat sich ihr Stimmenanteil gesteigert, so daß diese Erfolge nicht selten durch den Einzug in die Kommunal- und Landesparlamente gekrönt wurden. Damit wuchs auch die Zahl der Veröffentlichungen, die sich mit dem Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik kritisch auseinandersetzen.

Zu diesen Publikationen zählt auch das in diesem Jahr im Heilbronner Distel-Verlag erschienene Buch des Marburger Politikwissenschaftlers Reinhard Kühnel, der sich bereits in den 60er Jahren als Faschismusforscher einen

Namen machte. „Gefahr von rechts?“, fragt Reinhard Kühnel in seinem neuesten Buch über Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten. Im ersten Teilabschnitt beschäftigt er sich mit den historischen Bedingungen, die zum Aufstieg des Faschismus in Deutschland führten. Da dieses Kapitel durchaus als verlängerte Einleitung zum eigentlichen Problemkomplex begriffen werden kann, darf man getrost über die holzschnittartige Darstellung zur Entstehung des Nationalsozialismus hinwegsehen.

Dann steht die Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945 im Mittelpunkt der Untersuchung. Sehr anschaulich erzählt Kühnel die Geschichte der kapitalistischen Restauration in der Ära Adenauer und kritisiert die unzurei-

chende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Für die extreme Rechte gab es in dieser Konstellation jedoch kaum Möglichkeiten zur Entfaltung. Obwohl faschistische Denkmuster und Feindbilder in gewissem Umfang vorhanden waren, konnte die extreme Rechte daraus keinen Gewinn schlagen.

Die ökonomische und ideologische Krise Mitte der 60er Jahre führte zum Aufschwung des Neofaschismus in der Bundesrepublik. Der Spuk dauerte von 1966 bis 1969. Der NPD gelang der Sprung in die Parlamente vieler Kommunen und fast aller Bundesländer. (Ausnahmen stellten Nordrhein-Westfalen, Hamburg und das Saarland dar.) Doch noch bevor die Diskussion um die Koalitionsfähigkeit in den bürgerlichen Parteien richtig in Gang kam, setzte in den Jahren 1969/70 der Niedergang der NPD ein. Kühnl vertritt die Ansicht, daß der 1969 einsetzende ökonomische Aufschwung, die Rolle der

CDU als Oppositionspartei und der Zusammenbruch der Politik des Kalten Krieges die drei bestimmenden Faktoren waren, die den Niedergang der NPD beschleunigten.

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte dauerte die Phase der Stagnation bei der extremen Rechten. Aber dann - scheinbar über Nacht - kam ein neuer Aufschwung mit Wahlergebnissen, die noch über denen der NPD lagen. Kühnl warnt zu recht davor, diese Erfolge der REPs und der DVU unmittelbar aus der politischen und sozialen Lage am Ende der achtziger Jahre abzuleiten. Es ist von daher sehr begrüßenswert, wenn er sich mit den Veränderungen der BRD in den 70er Jahren auseinandersetzt, um sowohl die lange Stagnation als auch den neuen Aufschwung der extremen Rechten zu erklären.

So waren es die Unionsparteien und die Regierung der „Wende“ selbst, die die lange „Latenzphase“ beendeten und den Aufschwung der rechtsextremistischen

Parteien begünstigten. Die am Reaganismus und am Thatcherismus orientierte Politik der Regierungskoalition erhöhte die soziale Unsicherheit für die breite Bevölkerung. Die Bundesrepublik bewegte sich in Richtung auf eine „Zweidrittelgesellschaft“. Die Erwartungen, die die Rechte in die konservativliberale Regierung setzten, wurden enttäuscht. Dies wiederum führte zu Polarisierungen am rechten Rand. Das konnte jedoch letztlich nur gelingen, weil - wie eine SINUS-Studie aus dem Jahre 1981 ergab - mehr als 13% der Bevölkerung über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügten.

Die extreme Rechte gewann seit Mitte der achtziger Jahre immer mehr an Bedeutung, insbesondere die „Republikaner“ erzielten die besten Wahlergebnisse. Daher interessiert sich Kühnl vor allem für Programm und Ideologie, aber auch für die soziale Basis dieser Partei. Er fragt, wem eine extreme Rechte nützt und unternimmt den Versuch, Gegenstrategien zu entwickeln. Und obwohl die rechtsextremen Parteien über ein beachtliches Potential verfügen, sieht er keinen Grund zur Panik: „Die demokratischen Potentiale, die sich in der Bundesrepublik seit 1945 und dann besonders seit dem Ende der 60er Jahre entwickelt haben, reichen jedenfalls aus, um den neuen Aufschwung der extremen Rechten begrenzen und den Einfluß dieser Kräfte wieder zurückdrängen zu können“.

Kühnls Buch liefert eine gut lesbare Einführung in die Geschichte der extremen Rechten von 1945 bis heute, auch wenn die Beurteilung der Ursachen für das Wachsen des Rechtsextremismus vielleicht etwas differenzierter hätte ausfallen können. Daten und Fakten sind sorgfältig zusammengetragen; im Anhang finden sich interessante Dokumente zu der Partei der „Republikaner“. Deshalb scheint mir dieses Buch - trotz seiner Schwächen - für die Diskussion, vor allem aber aufgrund seiner Verständlichkeit für die politische Erwachsenenbildung sehr gut geeignet zu sein. Aufklärung leistet es in jedem Fall.

Klaus Störch, Student, Flörsheim a. Main

Z * 3

Triumph und Konjunktur * Feminisierung als

Restposten * Demokratischer Diskurs *

Alternativen der PDS * Umbau statt

Systemveränderung * Marxismus in Frankreich *

Gewerkschaften in Deutschland

Z * 4

(Dezember)

Ende der US-Hegemonie * Deutschland über alles *

Weltökonomie und Nationalstaat * Europäische

Hinterhöfe * Das Nationale der SPD * Zivile

Großmacht oder IV. Reich * Ende der sozialpart-

nerschaftlichen Kompromisse

Z-Vertrieb: Kölner Str. 99 • 6000 Finn 1

Ich bestelle

..... Heft(e) 2 3 / Heft(e) 2 4 a 15,- DM

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

PETER VON OERTZEN

BRAUCHT DEUTSCHLAND EINE HAUPTSTADT?

WIR MÜSSEN UNSERE NATIONALE GESCHICHTE VERARBEITEN



Wenn es bei der Hauptstadtfrage allein um den Sitz des Bundespräsidenten oder des Bundeskanzlers, des Bundestages oder des Bundesrates, um Arbeitsplätze, Geld und Bequemlichkeit ginge, dann könnten wir den Streit getrost den Finanzexperten, den Strukturpolitikern und den Lokalmatadoren überlassen. Es wäre auch dann kein schöner Anblick, wenn sich intelligente nachdenkliche Menschen frag

Prof. Dr. Peter von Oertzen, Hannover, Mitglied des Parteivorstands der SPD

würdige Milliardensummen um die Ohren schlagen - der eine zu hoch, der andere zu niedrig. Aber das ist nun einmal so, wenn es um materielle Interessen geht.

Aber hier geht es eben nicht allein um materielle Interessen. Hinter der Frage: Welche Hauptstadt? steht die andere: Braucht Deutschland überhaupt eine Hauptstadt? und das heißt: Was für ein Volk sind wir Deutschen? Sind wir eine Nation, so wie unsere Nachbarn; sollen, dürfen wir es sein? Diese letzte, nur allzu oft grobschlächtig mit einem

Ja! oder Nein! beantwortete Frage ist es vor allem anderen, so scheint mir, die gerade unter Linken, aber nicht nur dort, den Streit um die Hauptstadt so heftig und zuweilen bitter macht.

Noch einmal: Ginge es lediglich um den Sitz des technischen Regierungsapparates, es gäbe keinen Grund sich zu ereifern. Aber die Hauptstadtfunktion - die wirkliche, nicht die vorge-täuschte einer Postkastenfirma nach der Methode: Alles in Bonn, nur der Bundespräsident in Berlin - hat neben vielen technischen, sozialen und ökonomischen Bedeutungen auch und vor allem eine symbolische. Und die Rolle von Symbolen im menschlichen Leben - im individuellen wie im gesellschaftlichen - kann gar nicht überschätzt werden. Schauen wir uns bei unseren Nachbarn um: Paris und Warschau, London und Rom, Madrid und Prag - alle von ihren Völkern nicht nur geliebt - sie sind mehr als bloße Regierungszentren. Sie symbolisieren ihre Nationen - im Guten wie im Schlechten. Wie ein Brennspeigel konzentrieren und vergegenwärtigen sie das Selbstbild der jeweiligen Nation, ihre Geschichte und ihre Zukunft, ihre Ökonomie und ihre sozialen Konflikte, ihre Gesellschaft und ihre Kultur - noch im Kampf von Minderheiten gegen die herrschenden Eliten und Moden der Völker.

Die immer wieder angeführten abweichenden Beispiele Washington und Ottawa, Canberra und Wellington beweisen das Gegenteil des Gewünschten: Die vier angelsächsischen Kolonialstaaten USA und Kanada, Australien und Neuseeland sind keine Nationalstaaten wie die europäischen; es sind Föderationen von Siedlerkolonien, sie haben kaum umstrittene Grenzen und sie haben sich nie im Wettstreit benachbarter Nationen behaupten müssen.

Die Nationen Europas aber sind in diesem Wettstreit überhaupt erst entstanden. Die Niederlande mit ihrer singulären republikanisch-monarchischen Geschichte und die viersprachige Föderation helvetischer Kantone sind die Ausnahme, die die Regel bestätigen. Nebenbei: Weder Den Haag noch Bern sind Provinzstädte mit implantiertem Regierungsviertel wie Bonn, sie sind lebendige Großstädte mit eigenem Gesicht und eigenem Gewicht.

Aber das - so wird man mir sagen - ist ja gerade das Problem. (Ich sehe einmal ab von der ironischen Pointe, daß gerade jene linken Intellektuellen, die Jahrzehntlang den konservativen Bonner Provinzialismus verspottet haben, nun in ihm den Hort der deutschen Demokratie erblicken). Die eigentliche Streitfrage ist: Sind wir Deutschen eine Nation wie die uns benachbarten Völker es sind und sein wollen? Und vor allem: wollen und sollen auch wir es sein? 45 Jahre lang haben uns die Siegermächte und hat uns die von ihnen über uns verhängte Teilung von einer ehrlichen Antwort auf diese Frage dispensiert. Die Phrase: „Deutschland dreigeteilt? Niemals!“ war keine Antwort. Nun ist die Einheit über uns gekommen, von den einen gewollt, von den anderen gefürchtet, aber - Hand aufs Herz - von niemandem im Ernst erwartet. Und die staatliche Einheit als solche beantwortet noch nicht die Frage: Wer sind wir, die von nun an in einem Staat vereinigten Deutschen? Und wer wollen wir sein? Eine Sozietät der DM-Besitzer oder eine Vereinigung europäischer „Verfassungspatrioten“ oder doch so etwas wie eine politische Nation? Auch in den historischen Schränken einiger unserer westlichen Nachbarn klappern die Skelette alter mörderischer Konflikte: die irische Frage etwa oder die baskische. Trotzdem: Kein europäisches Volk hat so viele Gründe, seinen nationalen Traditionen in äußerster Behutsamkeit zu begegnen wie das deutsche.

Die oft beschworene Traditionslinie des Unheils: Luther - Friedrich der Große - Bismarck - Hitler ist sicherlich eine grobe Geschichtsfälschung; aber daß die Entstehung und Entwicklung des

deutschen Nationalstaates eine glückliche und heilsame Geschichte gewesen sei, wird man guten Gewissens kaum behaupten dürfen. Hitler und jenes säkulare Verbrechen, für das der Name „Auschwitz“ steht, waren ganz gewiß nicht das von Anfang an bestimmte innewohnende Ziel der deutschen Nationalgeschichte, aber an der Tatsache, daß in der Wirklichkeit diese Geschichte ebendorthin geführt hat, gibt es nichts zu deuteln. Jürgen Habermas hat gesagt, und ich stimme ihm zu, „daß die nationale Tradition nicht unbesehen, sondern nur noch kritisch und selbstkritisch angeeignet werden kann“ und zwar im Lichte „universalistischer staatsbürgerlicher Prinzipien.“ Aber das gilt für alle nationalen Traditionen. Für die deutschen gilt es ganz besonders, gewiß! Aber es gilt eben doch nicht für sie allein.

Und die Verpflichtung zur kritischen Behutsamkeit im Umgang mit den nationalen Überlieferungen gilt ohne Ansehen der Person und der ideologischen Partei. Ganz direkt gesagt: Wer mit der eigenen Nation ins Gericht geht, der sollte ihre wirkliche Geschichte kennen und nicht nur die Legenden darüber. Vorkurzem hat die Frankfurter sozialdemokratische Kulturdezernentin - so wie ich sie kenne, eine kluge, sensible und integere Persönlichkeit - in einer höchst bemerkenswerten Rede darauf verwiesen, daß die Deutschen schon seit dem Spätmittelalter „geteilt“ gewesen wären, und sie fährt fort: „Ich glaube nicht, daß ich auf Widerspruch stoße, wenn ich sage, die 75 Jahre deutscher Einheit von 1871 an waren die unglücklichsten der Deutschen.“ Mit Verlaub, aber ich widerspreche. Sowohl die ausgesprochene These als auch ihre nicht ausgesprochenen Konsequenzen sind bestenfalls Halbwahrheiten. Und in jedem seriösen intellektuellen Diskurs gilt, daß halb- wahr dasselbe ist wie ganz falsch.

Wer sich die wirkliche deutsche Geschichte seit Rudolf von Habsburg vor Augen führt, insbesondere die Kleinstaaterei des 17. und 18. Jahrhunderts, wer die deutschen Zustände gerade dieser Zeit mit den aufblühenden nördlichen und westlichen Nationalstaaten

Schweden, England, Holland, Frankreich vergleicht, wer die blutigen innerdeutschen Bruderkriege sieht, die ökonomische Rückständigkeit, die geistige Frage (trotz Bach; und Händel ging nicht ohne Grund nach England), die Erbärmlichkeit der bürgerlichen Verhältnisse, die Exzesse des Duodezfürstentums, der kann nur den Kopf schütteln. Der Typus der „deutschen Untertanen“, wenn es ihn den überhaupt gibt, ist in diesen „glücklichen“ Jahrhunderten der deutschen Teilung geprägt worden, während in den aufblühenden Nationalstaaten des Westens eine modernen zivile Gesellschaft ihre politische Form fand.

Auch über das „Unglück“ des kleindeutschen Reiches nach 1871 kann man streiten. Daß die demokratische und nationale Revolution von 1848/49 an der deutschen Misere - auch und gerade übrigens an den „Teil“-Interessen Österreichs und Preußens - gescheitert ist, war gewiß ein historisches „Unglück“, vermutlich das folgenreichste der deutschen Geschichte neben dem Dreißigjährigen Krieg. Aber zu unterstellen, daß die deutschen Teilstaaten eine bessere Gewähr für Aufklärung, Freiheit, Liberalität und bürgerliche Zivilisation gewesen seien, als es ein deutscher Nationalstaat hätte werden können, das ist eine Legende. Darf ich daran erinnern, daß das vielverlästerte „deutschnationale“ Preußen (dessen konservativer Teil übrigens so national gar nicht war) noch in der Weimarer Zeit das Hauptbollwerk der Republik gewesen ist, und daß es die Bayerische Volkspartei, die Vorgängerin der CSU und Bannerträgerin des katholischen antiprotestantischen Föderalismus war, die 1928 mitgeholfen hat, den deutsch-nationalen preußisch-protestantischen Generalfeldmarschall von Hindenburg gegen den rheinischen katholischen Demokraten Marx zum Reichspräsidenten zu wählen. So einfach wie sich die deutsche Geschichte in den Köpfen mancher linker Intellektueller spiegelt, ist sie leider nicht. Im übrigen ist die Geistes- und Kulturgeschichte des deutschen Nationalbewußtseins nicht mit dem Bismarckschen Reich identisch. (Trotz Grillparzers prophetischem

Satz: „Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität.“) Sie ist älter und sie ist reicher, wie gebrochen und „unglücklich“ auch immer. Sogar der Frankfurter Bürgersohn und Weimarer „Geheimrat“ von Goethe - nationaler Engigkeit sicherlich nicht verdächtig - bekennt in seinen Erinnerungen, daß seine reichstädtisch-patrizische Familie den Preußenkönig Friedrich II. - objektiv so a-national wie ein Monarch des 18. Jahrhunderts nur sein konnte - als eine Nationale Figur erlebt habe, als ein Gegenbild zur deutschen Misere; sie seien alle „fritzisch“ gesonnen gewesen. Von Lessing und Herder über Schiller und die Brüder Humboldt bis zu Börne und Heine (und Marx und Engels übrigens auch) verknüpfen sich die Entstehung der deutschen Nationalkultur, der bürgerlichen Gesellschaft und der liberalen und demokratischen Bewegungen mit der Idee eines freiheitlichen, föderativen deutschen Nationalstaates. Dieser Zusammenhang ist durch die Niederlage der 48er Revolution und den Sieg Bismarcks über das liberale Bürgertum gebrochen worden - zum Unglück des deutschen Volkes. Aber ganz zerstört worden ist er nie. Wenn heute selbsternannte „linke“ Avantgarden mit der Parole „Nie wieder Deutschland“ auf die Straße gehen und sich über die „Reichstagswahlen“ vom 2. Dezember entweder mokieren oder entrüsten - ja nachdem - dann darf man sie vielleicht daran erinnern, daß nicht nur Bismarck und Hitler (einmal, im März 1933) im deutschen Reichstag gesprochen haben, sondern auch Virchow und Mommsen, August Bebel und Karl Liebknecht. Die demokratische Linke hat im Kampf um die geistige Führung der deutschen Nation eine schreckliche Niederlage erlitten; wer wagte es, das zu leugnen? Aber seit wann ist der beste Weg aus der Niederlage der, die eigenen Traditionen auf den Müll zu werfen und die eigene Geschichte umzuschreiben?

Doch ist die Furcht vor den nationalen Traditionen nicht die einzige Sorge jener, die vor den politischen Konsequenzen der deutschen Einheit zurückschrecken. Es war wieder die schon erwähnte Frankfurter Kulturpolitikerin,

die einer ganz anderen Irritation Ausdruck gab, als sie sagte, sie „Fremdele“ vor der Ex-DDR. Dies scheint mir über den konkreten Anlaß hinaus eine sehr treffende Formulierung für eine Befindlichkeit zu sein, die vor allem unter der jüngeren Generation, insbesondere der Intellektuellen in Westdeutschland, weit verbreitet ist. Wen darf das wundern? Diese Generation ist im westdeutschen Teilstaat aufgewachsen, den Blick - sei es in Liebe, sei es im Zorn - nach Westen gerichtet. Im Osten hingegen war der eiserne Vorhang; und was dahinterlag, war ja nun wahrlich nicht besonders anziehend. Selbst der Kommunismus erschien in Italien oder in Kuba noch reizvoller, als in Pankow oder Eisenhüttenstadt. Soweit sich also in dieser Irritation ein gewachsenes Lebensgefühl ausdrückt, ist schlecht dagegen anzuargumentieren. Erfahrungen können nicht verordnet, sie müssen gemacht werden.

Aber mit diesem Lebensgefühl der „Fremdheit“ gegenüber dem „Osten“ verbinden sich auch wieder weiße Flecken auf der historischen Landkarte. Da und dort z.B. zeigt sich eine postmoderne intellektuelle Mode, den Protestantismus - der in der Tat durch die staatliche Vereinigung Deutschlands zumindest quantitativ gestärkt wird - als besonders autoritär, borniert und lebensfeindlich abzumalen, den Katholizismus im Gegenbild als Hort von Liberalität, Sinnlichkeit und Lebensfreude. Ganz abgesehen davon, daß es verwunderlich ist, solches von Menschen zu hören, bei denen jedes dritte Wort „Aufklärung“ lautet, ist diese Neigung objektiv nicht mehr als ein intellektueller Gag und nicht einmal ein besonders geistreicher. Daß der kölnische Carneval oder der Münchner Fasching vergnüglicher sind als die Berliner Sylvesterknallerei, sei nicht bestritten. Aber als Argument gegen die drohende Verpreußung Deutschlands reicht es wohl nicht aus. Als Voltaire schrieb: „Ecrasez l'infame“, da galt dieser Kampftruf doch mehr der römischen Kirche als Calvin oder Luther, (die er beide gewiß nicht sonderlich geschätzt hat). Und so leid es mir tut: Der größte Kopf der europäischen

Aufklärung saß auf den Schultern eines kleinen bürgerlichen protestantischen Professors aus Königsberg in Preußen. Oder wenn - wie geschehen - kritische progressive rheinische Sozialdemokraten für Bonn und gegen Berlin mit dem Hinweis auf den preußischen Obrigkeitsstaat Stimmung machen, dann habe ich zwar alles Verständnis dafür, daß die Rheinländer in der Periode ihres Zwangspreußentums unter dem Kuratel der junkerlichen Verwaltungsbürokratie Ostelbiens nicht sonderlich glücklich gewesen sind. Nichtsdestoweniger hat Preußen - Obrigkeitsstaat hin oder her - mindestens ebensoviel für Aufklärung und Liberalität getan, wie das Erzbistum Köln - der demokratischen Verdienste des rheinischen Bürgertums und vor allem natürlich der „Rheinischen Zeitung“ unter ihrem Redakteur Dr. Marx ungeachtet. Im übrigen: Die wirklichen und unleugbaren fortschrittlich-republikanischen Züge des Rheinlands sind ihm von der Französischen Revolution aufgeprägt worden und ganz gewiß nicht von der römischen Kirche.

Nebenbei: Mir scheint, daß sich hinter solchen historischen Blickverengungen in einer tieferen Gefühlsschicht noch eine Art von „Ost“-Feindlichkeit verbirgt, die nun freilich gesamteuropäisch ist und nicht mehr nur deutsch. Es gibt in den populären nationalen Vorurteilen Europas so etwas wie ein West-Ost-Gefälle. Die wahre Zivilisation wurzelt im „Westen“ (und im Süden natürlich), und die Barbarei beginnt im Osten - je nach dem eigenen Standort am Rhein, an der Elbe, an der Oder oder an der Polnischen Ostgrenze. Dieses Vorurteil trifft nicht allein Rostock, Berlin oder Leipzig, sondern mehr noch Warschau und Prag, Budapest und Belgrad. Und es ist besonders Merkwürdig, daß es bei Menschen durchschimmert, denen sonst die europäischen und „multikulturellen“ Parolen in meterlangen Streifen aus dem Munde hängen. Vielleicht darf man die historische Erinnerung daran auffrischen, daß die einzige wirklich große und umfassende, wenn man so will „westliche“ Aktion Gesamteuropas in seiner bisherigen Geschichte die Entsetzung Wiens von

den Osmanen im Jahre 1883 gewesen ist, durch eine wahrhaft „multikulturelle“ europäische Streitmacht unter dem Oberbefehl des polnischen Königs Johann Sobleski.

Was Ostdeutschland anlangt, sind solche kulturhistorischen Blickverengungen ganz besonders abwegig - auch und gerade für das vielgeschmähte Preußen. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts lagen die geistig-kulturellen Zentren des alten Reiches eher im Osten als im Westen: in Österreich, in Böhmen, in Sachsen später auch in Preußen. Um es an einem besonders gut sichtbaren Zeugnis der Vergangenheit zu verdeutlichen: Der österreichisch-bayerische Barock ist sicherlich einer der glanzvollsten Beiträge Deutschlands zur Weltkultur. Aber die Preußen und Sachsen: Schlüter Pöppelmann, Knobelsdorff können sich mit den Fischern von Erlach, Balthasar Neumann, Dominikus Zimmermann ganz gewiß vergleichen. Nicht zu reden von der einzigartigen strengen Leichtigkeit des preußischen Klassizismus um 1800. Und schon lange vor Bismarck war Berlin neben Wien eine europäische Metropole, nicht nur der Macht auch dem Geiste nach.

Alle diese Überlegungen wären freilich rein akademisch, wenn das deutsche Volk darauf verzichten würde noch einmal die Rolle einer politischen Nation zu übernehmen. Kluge, kritische, redliche Geister raten uns, diese Rolle auszuschlagen. Aber könnten wir es, selbst wenn wir es wollten? Nationen gibt es nur im Konzert oder im Wettstreit der Nationen. Der italienische Diplomat und Gelehrte Graf Verrats (langjähriger Botschafter in Bonn und im übrigen Befürworter einer Hauptstadt Bonn, also ganz unverdächtig) hat einmal in einem Kreise kritischer um ihre nationale Identität ringender deutscher Intellektueller freundlich-ironisch bemerkt: Wenn wir Deutschen nicht recht wüßten, wer wir wären, dann sollten wir unsere Nachbarn fragen, Polen und Franzosen, Dänen und Italiener; die würden es uns schon sagen. In der Tat! der große englische Renaissance-Dichter John Donne hat einmal geschrieben: Kein Mensch ist

eine Insel. Und ich füge hinzu: Kein Volk ist es! Heute weniger denn je. Alle Völker Europas halten an ihren nationalen Traditionen fest: Engländer und Franzosen, Spanier und Italiener. In Osteuropa bekräftigen die Menschen - aus dem Völkergefängnis des sowjetischen Imperiums entlassen - ihre nationale Identität aufs Neue. Nicht nur Polen und Ungarn, nicht nur Esten, Letten und Litauer, nein auch Ukrainer, Weißrussen und - nicht zuletzt - die Großrussen selbst, das ehemalige Herrenvolk des Imperiums. Die Folgen dieser Renaissance des Nationalen sind ganz gewiß höchst zwiespältig: Zu nationaler Freiheit und Selbstbestimmung gehören auch nationale Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, sie provozieren Konflikte und Progrome. Die Faszination der Idee Europas liegt nicht zuletzt in der Hoffnung, eine übergreifende politische, ökonomische und geistige Ordnung könne und werde die Nationalismen entgiften und die Völker Europas endgültig lehren, das Trennende hinter dem Gemeinsamen zurücktreten zu lassen. Und innerhalb der Nation, so ist die Erwartung, sollen regionale Traditionen, kulturelle und ethnische Besonderung kaum mehr Raum zur Entfaltung erhalten.

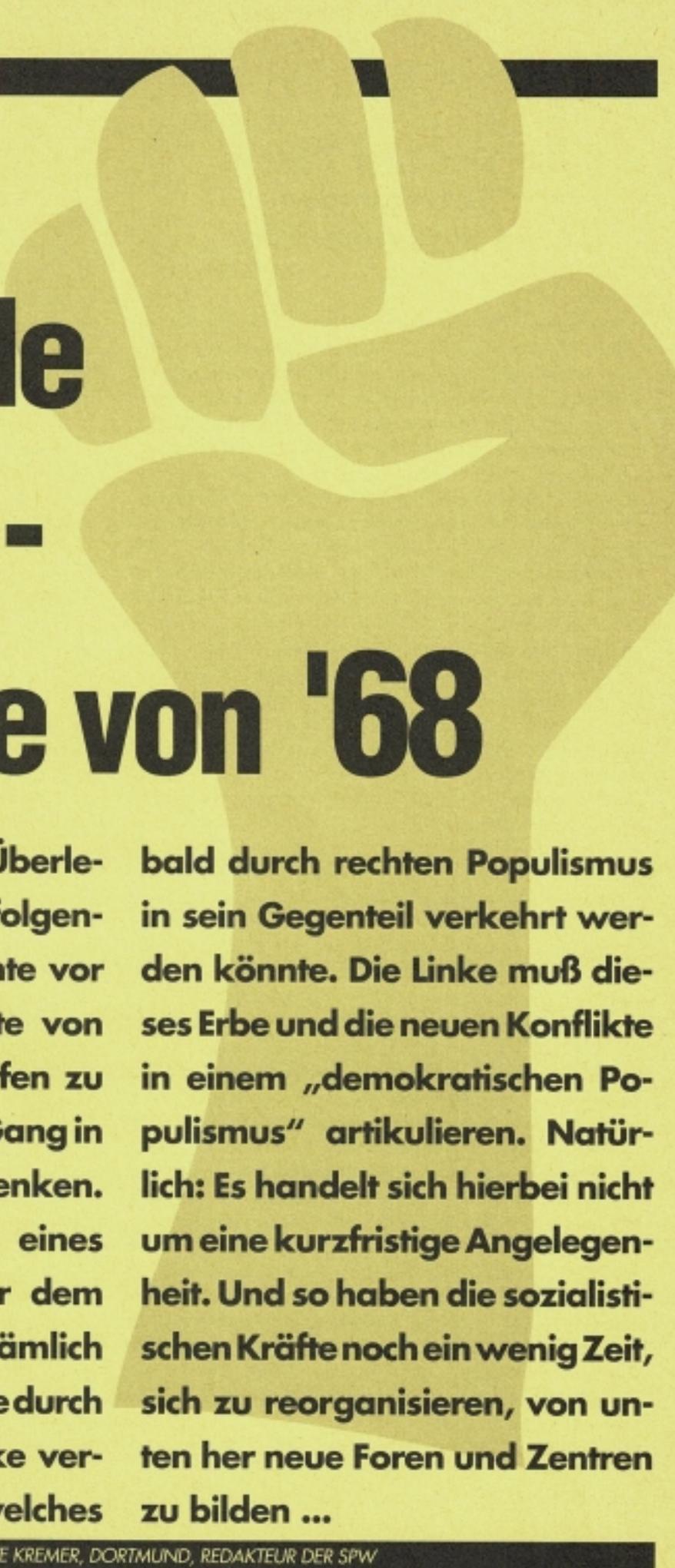
Aber Europa und das europäische Bewußtsein entspringen der Geschichte nicht als fertige Gestalten wie Athene dem Haupte des Zeus. Die Menschen werden noch lange Angehörige ihrer Nation bleiben und - bestenfalls - gleichzeitig Schritt für Schritt Europäer werden. Mit einer einzigen Ausnahme: Das deutsche Volk hat die bornierten Schranken des Nationalismus bereits abgeschüttelt; durch die schreckliche Erfahrung der Naziherrschaft klug geworden ist es - allen anderen Völkern voraus - mit einem Sprung bereits auf der höheren Ebene des reinen Europäertums angekommen. Wirklich?! Viele Kritiker der deutschen nationalen Traditionen sagen, ihnen schaudere bei dem Gedanken an eine Wiederkehr des deutschen Nationalstaates; mag sein, ich bezweifle ihre Aufrichtigkeit nicht. Aber mich schaudert auch, und zwar bei dem Gedanken, daß sich hier

abermals ein deutscher Sonderweg auftut, ein erneutes, auf groteske Weise ins Europäisch-Internationale verkehrtes idealistisches. Am deutschen (europäischen) Wesen soll die Welt genesen? Könnten wir nicht stattdessen versuchen, endlich einmal ein ganz normales Volk unter anderen Völkern zu sein? In Maßen europäisch, in Maßen egoistisch, und im Durchschnitt genauso provinziell wie alle anderen auch. Die besondere Schuld und die besondere Verantwortung, die uns die Jahre 1933 bis 1945 auferlegt haben, bleiben uns dennoch - so oder so!

Die 45 Jahre historischer Quarantäne in der rheinischen Provinz haben uns Westdeutschen vielleicht ganz gut getan - bezahlt haben dafür freilich die Ostdeutschen. Aber jetzt müssen die Deutschen den Schonraum der Teilung verlassen und sich der Wirklichkeit stellen, ihren Nachbarn, Europa, der Welt (von „Weltmachtrolle“ möchte ich freilich lieber nicht reden; die Berliner würden sagen „Hamses nich ne Nummer kleiner!“). Voraussetzung dafür, daß wir nicht einer neuen nationalen Überhebung verfallen - Anzeichen dafür gibt es, vor allem ökonomische - ist freilich die dauernde Vergewärtigung unserer nationalen Geschichte, ihrer rühmlichen, vor allem aber ihrer schrecklichen Seiten. Wo wäre das besser möglich als in Berlin? Der Landwehrkanal und der Ort der Wannseekonferenz, die Bendlerstraße und Plötzensee, der Reichstag, die Wilhelmstraße und die Stalinallee. Vielleicht demonstrieren sogar wieder einmal anderthalb Millionen Menschen auf dem Platz der Republik, wovon Herr Streibl solche Angst hat - hoffentlich mit Recht! Wie auch immer: Die Entscheidung über die Hauptstadt ist ein Teil der Entscheidung darüber, ob wir unsere nationale Geschichte verarbeiten wollen oder nur verdrängen!

apw.

Das Ende von '17 - das Erbe von '68



Eine keineswegs neue Überlegung verbindet die drei folgenden Artikel: Die Geschichte vor allem als eine Geschichte von Bewegungen und Kämpfen zu interpretieren und ihren Gang in historischen Zyklen zu denken. Dabei wird der Beginn eines neuen Zyklus schon vor dem Ende des alten gesucht - nämlich im Jahre 1968, dessen Erbe durch den Gegensatz der Blöcke verschüttet worden ist und welches

bald durch rechten Populismus in sein Gegenteil verkehrt werden könnte. Die Linke muß dieses Erbe und die neuen Konflikte in einem „demokratischen Populismus“ artikulieren. Natürlich: Es handelt sich hierbei nicht um eine kurzfristige Angelegenheit. Und so haben die sozialistischen Kräfte noch ein wenig Zeit, sich zu reorganisieren, von unten her neue Foren und Zentren zu bilden ...

Der 17er Zyklus: Bewegungen im Systemkonflikt

In den Jahren 1989/90 ist ein großer, mit der Oktoberrevolution 1917 eingeleiteter historischer Zyklus abgeschlossen worden, der eine weitgehend desorientierte und sprachlose sozialistische Linke hinterläßt. Dies gilt im großen und ganzen auch für diejenigen, die mehr als andere ihren „Sozialismus“ in Abgrenzung zum sowjetischen Modell der Kommandowirtschaft und der Erziehungsdiktatur definiert haben. Denn im Bewußtsein vieler und im Unterbewußtsein der meisten Linken unterschiedlichster Couleur war es in den 70er und 80er Jahren kaum möglich, den historischen Prozeß in einer gänzlich anderen weltpolitischen Konstellation als der damals gegebenen zu denken. Und auch wenn dies nach außen anders artikuliert wird, so herrscht heute in der linken Gemütslage wiederum die Stimmung vor, daß es aber nun bestimmt „so bleibt, wie es ist“, nämlich schlecht. Allen „Umbruchtheorien“ trotzend ist es diese untergründige Vorstellung von Kontinuität, die die sozialistische Linke lähmt. Daher erscheint es gerade in der heutigen Zeit erforderlich zu sein, sich die fundamentale Bedeutung der sozialen Kämpfe erneut anzueignen und dies zum Ausgangspunkt einer Neubestimmung sozialistischen Denkens zu machen.

Man muß wieder der historischen Tatsache gewahr werden, daß sich gesellschaftlicher Fortschritt nicht so sehr im Rahmen einer gegebenen Kontinuität und Legitimität abspielt, sondern im auf und ab von „Kampfzyklen“, über eskalierende Widersprüche und in periodischen Brüchen. Deren bewußte und zielgerichtete Verarbeitung ist es, die den revolutionären Gehalt der marxistischen Theorie ausmacht (im Sinne des Brechtschen „So wie es ist, so bleibt es nicht“) - einer Theorie im übrigen, die „nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ sein will (so Marx und Engels im Kommunistischen Manifest). Die Geschichte der sozialen Kämpfe, der darin enthaltenen politischen Bewegungen und Diskurse beinhaltet zwei Aspekte: ihre eigenständige, gewissermaßen „naturwüchsige“ bzw. ursprüngliche Formierung - und die Transformationen, die sie im Laufe ihrer Entwicklung durchmachen müssen, weil sie unweigerlich mit der Frage der „Macht“ konfrontiert werden. Ihre Geschichte beinhaltet weiterhin die Beziehungen der Bewegungen zum sozialistischen Projekt: Dieses Projekt lebt von diesen Beziehungen und es ist in dem Maße lebendig, wie es die Vorstellung zum Ausdruck bringt, daß sich Bewegung in Macht, genauer: in demokratische Basis- und Gegenmacht verwandelt.

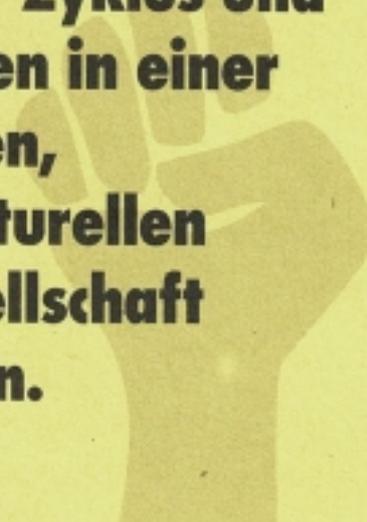
Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt den Zyklus von 1917: Wir sehen eine Geschichte von weltweiten sozialen Kämpfen, die durch den Gegensatz zweier etatistischer

Sozialismusprojekte überlagert und transformiert worden ist - und zwar durch den Gegensatz zwischen dem sozialdemokratischen Projekt des sozialstaatlichen Klassenkompromisses in den kapitalistischen Zentren und dem kommunistischen Projekt des autoritären Kommandosozialismus an der Peripherie des Weltkapitalismus. Wir sehen, wie sich dieser Gegensatz durch die Bildung zweier Weltlager und den kalten Krieg verfestigte und wie die jeweilige staatliche Machtausübung im jeweiligen „Block“ den Vorrang vor den gesellschaftlichen Bewegungen erhielt und die Bewegungen entsprechend transformierte. Wir sehen schließlich, wie damit das sozialistische Projekt, ein Projekt der sozialen Bewegungen und der gesellschaftlichen Selbstregierung, auf beiden Seiten verstaatlicht wurde. Aber dies mindert die Bedeutung der Bewegungen im vergangenen Zyklus ganz und gar nicht. Denn von ihren Aufschwüngen, die ja keineswegs von irgendwelchen Parteiapparaten anzuordnen waren, gingen vor allem in den 40er und in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die wesentlichen Impulse für gesellschaftlichen Fortschritt aus.

In beiden hier genannten Zeitabschnitten machten sich innerhalb der Arbeiterbewegung Kräfte für einen „dritten Weg“ stark, jenseits der eingefahrenen Schemata - mit politisch-intellektuellen Impulsen, die aus der modernen Geschichte der Arbeiterbewegung wie auch der Aufklärung nicht wegzudenken sind. Doch es ist sicherlich kein Zufall, daß die auf beiden Flügeln der Arbeiterbewegung vorhandenen radikal-demokratischen Tendenzen den jeweiligen „rechten“ bzw. „etatistischen“ Strömungen regelmäßig unterlegen waren. Es gab insofern eine doppelte Spaltung der Arbeiterbewegung (insofern stellt sich die Problematik ihrer Einheit auch entlang beider Spaltungslinien). Die radikalen Impulse dieser Bewegungen und Tendenzen sind selbst niemals wirklich hegemonial geworden, aber dennoch in den historisch entscheidenden Phasen gesellschaftlichen Fortschritts wirksam geblieben. Insofern ist das Erbe der Pariser Commune, der proletarischen Rätebewegung, der antifaschistisch-demokratischen Basismacht, jener Ausdrucksformen eines radikalen Realsozialismus historisch keineswegs eingelöst worden. Es liegt heute unter den Trümmern der staatssozialistischen Überbauten verschüttet.

Es ist daher keineswegs notwendig, „ganz von vorne anzufangen“. Um das genannte Erbe zu bergen, müssen wir andererseits auch nicht auf längst vergangene und vielbesungene „heroische“ Zeiten zurückgreifen. Wir finden im Jahre 1968 den historischen Punkt, von dem aus sich sowohl die heutige Situation als auch künftige Entwicklungen erschließen lassen. Sicher: 1989/90 endete nach langen Qualen der Zyklus von 1917. Aber der neue Zyklus sozialer Kämpfe hat schon vor diesem Ende begonnen - und zwar im Jahre 1968. Ich will damit sagen, daß die Bedingungen, Themen und Merkmale der heutigen und der kommenden Kämpfe und Bewegungen sich erstmals Ende der 60er Jahre in einem weltweiten Aufschwung von progressiven Kräften artikulierten und daß wir daher die damalige Situation analysieren müssen, um mehr über die Zukunft zu erfahren. Diese Analyse soll hier nur gefordert, aber kaum geleistet werden.

Man könnte diesen demokratischen Populismus ... als das politische Prinzip des 68er-Zyklus und der Linken in einer modernen, multikulturellen Zivilgesellschaft begreifen.



Zu „1968“ nur soviel: Auf beiden Seiten des Systemgegensatzes und der gespaltenen Arbeiterbewegung zeichnete sich das Ende der bisher eingeschlagenen Wege ab - und zwar intern wie auch im Verhältnis zu den weltweiten Veränderungen, die sich vor allem im „Süden“ der Erde Bahn brachen. Dort nahmen antiimperialistische Bewegungen, vor allem in Indochina, Lateinamerika und Arabien, einen enormen Aufschwung. Die chinesische „Kulturrevolution“ dokumentierte (in zweifellos sektiererhafter Weise) eine Rebellion gegen die etablierten bürokratischen Machtstrukturen der Volksrepublik. Die kapitalistischen Metropolen erlebten eine sprunghafte Zunahme z.T. militanter Massenbewegungen von Berkeley und Harlem über Berlin bis Tokio - zugespitzt im Pariser Mai des Jahres 1968. Und im gleichen Jahr ereignete sich der Prager Frühling, das von breiten Volksmassen und der Kommunistischen Partei getragene Experiment eines humanen und demokratischen Sozialismus. So extrem unterschiedlich diese Bewegungen in jeglicher Hinsicht waren: Ihre Gemeinsamkeit bestand in der Rebellion autonomer Volks- und Klassenkräfte in den verschiedenen Weltteilen, die das Ende der Nachkriegsordnung auch für die Linke signalisierte.

Doch inwieweit kann man von einem „Erbe“ sprechen? Die Antwort soll auf den europäischen Kontext beschränkt bleiben. Erstens: Nahezu alle Fragestellungen und Themen, die in den 80er Jahren als „neu“ entdeckt worden sind, fanden sich schon in den damaligen Bewegungen. So waren in Europa und auch hierzulande die Problematiken der internationalen Solidarität und der Demokratisierung („neulinks“: der Zivilisation und der Zivilgesellschaft) von vorrangiger

Bedeutung. Zweitens: Die westeuropäischen Bewegungen enthielten mehr oder weniger starke „proletarische“ Klasselemente, waren aber vor allem breite und pluralistisch strukturierte demokratische Bewegungen (mit einer zentralen Rolle der Intelligenz), die eine Veränderung der Arbeits- und Sozialstrukturen, der Lebensweisen und Wertorientierungen ausdrückten, die bis heute anhält. Und drittens muß einfach registriert werden, daß diese Bewegungen nicht nur einen Reformschub im politischen Überbau auslösten, sondern auch soziokulturelle Veränderungen (v.a. in den Geschlechterbeziehungen) forcierten, die ebenfalls bis heute nachwirken. Bemerkenswert war die starke Rolle sozialistischer Ideen, die sich in diesen Kämpfen - im Unterschied zu denen der 80er Jahre (und zwar im Osten wie im Westen) - entwickeln konnten: In gewisser Hinsicht handelte es sich um einen weltweiten Versuch, das sozialistische Projekt aus dem Gefängnis des Systemgegensatzes und den klassischen Konstellationen der Arbeiterbewegung zu befreien - und darüber neue emanzipative Kräfte freizusetzen. In Europa war dabei der Rückgriff auf verschüttete antiautoritäre und rätedemokratische Traditionen der Arbeiterbewegung (in Deutschland z.B. auf Rosa Luxemburg) symptomatisch. Noch wenige Jahre zuvor schien z.B. die westdeutsche sozialistische Linke völlig marginalisiert und in das Zirkelwesen und die Nischen einiger organisatorischer Zusammenhänge abgedrängt, ihre mehr oder weniger marxistisch geprägten Theorien schienen von der Realität überholt worden zu sein. Da setzte die Renaissance radikaler sozialistischer Konzeptionen ein. Sie kam als überraschende Gegenbewegung zur Erstarrung des Systemgegensatzes (in Form der „friedlichen Koexistenz“) und der Verkrustung überholter Systemstrukturen auf beiden Seiten.

Daß es sich hierbei um die einzigartige, aus sozialen Bewegungen heraus entstandene Chance handelte, das sozialistische Projekt neu zu begründen, wurde nirgendwo deutlicher als in der Tschechoslowakei. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ war das Menetekel für den späteren Untergang des „realen Sozialismus“ und für die Tatsache, daß die demokratischen Revolutionen Osteuropas nicht mehr unter sozialistischen Vorzeichen abliefen. Der zweite Schlag gegen einen radikalen demokratischen Sozialismus wurde der westlichen Linken 5 Jahre später durch die USA im chilenischen Militärputsch versetzt. „Prag“ und „Santiago“ signalisierten die Grenzen eines neuen sozialistischen Aufbruchs und förderten die Transformation der weltweiten Bewegungen in der ersten Hälfte der 70er Jahre: diese Transformation erfolgte zum einen in der Angliederung der siegreichen antiimperialistischen Befreiungsbewegungen an das „sozialistische Lager“, wodurch die Sowjetunion auf dem Höhepunkt ihrer weltweiten Macht anlangte; sie erfolgte zum anderen im Aufschwung der Sozialdemokratie (wie auch eines aufgeklärten sozialen Liberalismus) in den kapitalistischen Ländern, der historisch ebenfalls einzigartig war. Eine bemerkenswerte Parallelität, die mit großen gesellschaftlichen Fortschritten und der „Entspannungspolitik“ zwischen den Blöcken verbunden war. Doch wurden die weltweiten Bewegungen damit auch wieder Schritt für Schritt den Macht-konstellationen des Systemgegensatzes untergeordnet. Und große Teile der neuen Linken, die ja auf der Suche nach einem

Zugang zur Macht waren, schlossen sich mehr oder weniger widerstrebend (bzw. „strategisch begründet“) den beiden aus der Arbeiterbewegung entstandenen politischen Machtkomplexen an.

Die nach folgenden sozialistisch orientierten Vorstöße im Sinne eines „dritten Weges“ - wie der Eurokommunismus der PCI, die Linksregierung in Frankreich oder die Revolution in Nicaragua - konnten daran nichts mehr ändern bzw. wurden selbst von diesen Konstellationen eingeholt. Der Sozialismus als Projekt, das Bewegung in demokratische Basis- und Gegenmacht umsetzt und mit den herrschenden Konstellationen bricht, entschwand immer mehr zugunsten eines linken „Realismus“ und der eingangs erwähnten Vorstellung von Kontinuität. So erklärt sich auch zu einem guten Teil, daß die neu entstandenen Bewegungen Anfang der 80er Jahre - die „neuen sozialen Bewegungen“ im Westen und (stellvertretend für die innere Krise in Osteuropa) die „Solidarnosc“ in Polen - zwar erneut den Ausbruch aus den festgefahrenen Konstellationen des Systemgegensatzes wagten, aber kaum noch über eine Verbindung zu sozialistischen Ideen verfügten. Der vormals typische Zusammenhang von Bewegung und Sozialismus war zerrissen. Und nachdem der Versuch, einen sozialistischen Ausbruch aus dem Systemgegensatz zu realisieren, definitiv gescheitert war (obwohl noch einmal viele Hoffnungen durch die Perestroika wiedererweckt werden sollten), wurde der 17er-Zyklus durch den weltweiten Siegeszug des Kapitalismus beendet. Aber gilt dies auch für den 68er-Zyklus?

Sicherlich kann man gegenwärtig in gewisser Hinsicht von einer Phase der „Restauration“ sprechen. Aber diese Phase scheint mindestens ebenso labil zu sein wie die Restauration nach 1815: Auch sie konnte das Erbe von 1789 ff. nicht unter sich begraben und war nur ein Durchgangsstadium in der Entfaltung des Zyklus, der mit der französischen Revolution eingesetzt hatte. Denkt man an die zentralen Problematiken von 1968, an die demokratische Revolte der „Zivilgesellschaft“, an die Kritik der weltweiten imperialistisch gestützten „Zivilisation“ und an die neuen Formen und Themen des Klassenkampfes, die sich insbesondere in den Verbindungen zwischen Teilen der Arbeiterklasse und der gewachsenen Intelligenz äußerten, so kann mit Fug und Recht gesagt werden, daß das Erbe von 1968 keineswegs eingelöst worden ist. Hieraus ergibt sich die Hypothese eines neuen Aufschwungs sozialer Kämpfe und auch von demokratischen Bewegungen und sozialistischen Ideen.

Die 90er Jahre: Konfliktlinien nach dem Kalten Krieg

An dieser Stelle bietet es sich geradezu an, auf die demokratischen Reformen und Revolutionen in Osteuropa Bezug zu nehmen (und nicht nur auf sie, sondern auch auf ähnliche Prozesse in anderen Weltteilen, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent), hat es sich hierbei doch um den Ausbruch aus dem „kalten Krieg“ und die von ihm auf beiden Seiten verfestigten und häufig autoritären Strukturen gehandelt. Zumindest für Osteuropa gilt aber, daß der demokratisch-zivilgesellschaftliche Charakter der damaligen Bewegungen zügig transformiert worden ist. Und zwar in dreifacher Hinsicht: klares Übergewicht der ökonomisch-sozialen Verteilungsinteressen, Unterordnung unter den „siegreichen“ ökonomischen Liberalismus und ethnisch-nationalistische „Aufladung“. In diesen Transformationen drückt sich das weltweite „Milieu“ aus, in dem sich die Bewegungen und Kämpfe der 90er Jahre abspielen werden.

Denn durch den Boom der vergangenen Jahre, die IWF-Diktatur in der „3. Welt“ und den Anschluß Osteuropas ist das kapitalistische Terrain zwar erheblich ausgedehnt, aber nur zum Teil durch realwirtschaftliche Entwicklung besetzt und stabilisiert worden. Ausgedehnt haben sich vor allem die finanzwirtschaftlichen Kreisläufe (und Sackgassen) und die darin eingewobenen Verschuldungsprobleme Osteuropas, der „3. Welt“ und speziell der Vereinigten Staaten von Amerika, deren weiteren ökonomischen Niedergang man ohne größere Risiken vorhersagen kann. Diese Mißverhältnisse dürften das begonnene Jahrzehnt prägen. In ihrem Gefolge werden die Segmentierung und Polarisierung zwischen den verschiedenen Weltteilen weiter voranschreiten. Der Kampf um die künftigen Plätze am Weltmarkt, um die Rangordnungen und Hegemonien nach dem endgültigen Zusammenbruch der bipolaren Weltstruktur ist schon im vollen Gange. Die Golfkrise ist gewissermaßen der Brennpunkt des internationalen Verteilungs- und Machtkampfes, der diesen Segmentierungen folgt. Doch ist hier anzumerken, daß diese Segmentierungen innerhalb der Weltregionen und selbst in den zentralen kapitalistischen Großräumen Platz greifen.

Es sind genau diese ökonomischen Segmentierungsprozesse, die die ökologischen, sozialen und kulturellen Probleme der verschiedenen Weltregionen in einer spannungsgeladenen Art und Weise anordnen. Innerhalb dieser Anordnung dürfte die demographische Frage in den 90er Jahren die weitaus größte, weil problemübergreifende Dynamik in sich bergen. In den weltweiten Wanderungsbewegungen verknüpft sich diese Problematik mit weltweiten Verteilungskämpfen. Und in den großen Metropolen des Nordens - New York, London und anderswo - erleben wir, wie sich - gewissermaßen als Gegenbewegung zum internationalen Finanzkapital - die

... der neue Zyklus sozialer Kämpfe hat schon vor diesem Ende begonnen - und zwar im Jahre 1968.



angesprochenen ethnisch-nationalistischen „Aufladung“. Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß der Siegeszug des Liberalismus in einer weltweiten Welle des Rechtspopulismus münden könnte - mit mindestens zwei Varianten: einmal als Verbindung von Nationalismus und „starkem Staat“, zum anderen als Verbindung von borniertem Regionalismus und „Anti(zentral)staatlichkeit“.

Beide Tendenzen zeichnen sich in Osteuropa am stärksten ab. Aber der Aufschwung der „Lega Lombarda“ und anderer norditalienischer Regionalparteien zeigt, wie die gesamte Problematik auch in den kapitalistischen Zentren aufbricht. Gerade an diesem Beispiel ließe sich erneut zeigen, wie die weltweit konstatierte Problemlage von der Peripherie her quasi wellenförmig in die Metropolen vordringt. Dort trifft sie auf die scheinbar andere Welt der entwickelten bürgerlichen Gesellschaften, in denen der Prozeß der Individualisierung die moderne Lebensweise auszeichnet. Pluralität, Flexibilität, Selbstbestimmung, Ausbruch aus überkommenen Geschlechterbeziehungen u.a.m. stehen zwar für seine unbestreitbaren emanzipatorischen Seiten, doch sind seine zerstörerische Komponenten (soziale Spaltung, Konkurrenzkampf, Identitätsverluste) ebenfalls nicht von der Hand zu weisen. Die individuelle Verantwortung für die Arbeits- und Lebensplanung ist enorm, zumal darin die „globalen Probleme“ mehr oder weniger stark eingehen, denn man kann sich weder der Sache noch der Information nach davon abschotten: wenn diese Verantwortung für den bewußten Umgang mit sich selbst, mit dem Konsum, mit der Natur, mit den Beziehungen zwischen den Geschlechtern usw. mit Bedrohungsängsten verbunden wird, besteht natürlich die Gefahr, daß es zu subjektiver Überforderung und autoritären Gegenreaktionen kommt.

Dies gilt erst recht, wenn die Realitäten der sog. 2/3-Gesellschaft in Rechnung gestellt werden: Die inneren Segmentierungen konnten sich im Windschatten der bisherigen Prosperität weiter ausprägen, ohne daß dies noch größere Konflikte hervorgebracht hätte. Wenn sich allerdings das Vordringen der weltweiten Segmentierungen (bzw. der „3. Welt“) weiter verstärkt und sich gleichzeitig der Prosperitätsspielraum vorübergehend einengt, kann dies zu erheblichen Verteilungskonflikten führen. Werden sie nicht im gewerkschaftlich organisierten Rahmen geführt, wofür sich die Bedingungen in Europa in den vergangenen 10 Jahren erheblich verschlechtert haben, so droht ihre Transformation in Identitätskonflikte und soziale Abgrenzungs- und Grabenkämpfe, in denen dann auch schon errungene Fortschritte wieder zur Disposition gestellt werden (z. B. die Berufstätigkeit von Frauen).

Wir befinden uns somit an den Schnittstellen zwischen der Wirksamkeit der globalen Probleme und den Umbrüchen in den Zivilgesellschaften: An diesen Stellen werden sich international dimensionierte Verteilungskämpfe mit der Verteidigung von sozialkulturellen Identitäten vermischen. Die Linke hat dies weitgehend noch nicht begriffen. Und sie hat vor allem noch nicht realisiert, daß dies weitreichende Konsequenzen für Bewegungen und Diskurse hat. So sind schon heute „Ökologie“ und andere „Galtungsfragen“ nicht mehr

„3. Welt“ in die Zentren hineinschiebt. Aber der größte Sprengstoff besteht sicherlich darin, daß sich diese Segmentierungen und Bewegungen in ethnischen und ethnisch-religiösen Ein- und Ausgrenzungen entladen. Die vielfach fragmentierten Konflikte unter den „Volksgruppen“ der Sowjetunion sowie Ost- und Südosteuropas beruhen weniger auf traditionellen Identitäten und Rivalitäten. Auch sie sind in allererster Linie Ausdruck eines real existierenden Verteilungskampfes, der mit zunehmender Härte und ideologisch-nationalistischer Verbrämung ausgetragen wird.

Vor diesem Hintergrund muß die Transformation demokratischer Bewegungen im Osten und Süden der Welt interpretiert und problematisiert werden. Der Überdruß an den überkommenen autoritären Strukturen hat sich in doppelter Weise entladen: in popular-demokratischen Bewegungen und in einer Hinwendung zum ökonomischen (und politischen) Liberalismus. Damit ist die Zivilgesellschaft zwar von autoritär-etatistischen Zwängen befreit worden - aber sie befindet sich in einem desorganisierten und amorphen Zustand. Der Markt und der Parlamentarismus verfügen in den neuen „Demokratien“ über keine tragfähigen gesellschaftlichen Strukturen. Und auch weltweit wird sich gerade nach dem Siegeszug des Liberalismus zeigen, daß diese Konzeption mit den wachsenden Spannungen, den globalen Problemen, den ökonomischen und sozial-kulturellen Verteilungskämpfen nicht fertig werden kann, sondern sie noch weiter forciert. Ihr Scheitern ist vorprogrammiert (wenn es nicht schon längst stattgefunden hat). Das Problem besteht in den Gegenreaktionen, v.a. in der Abwendung von „der Politik“, der schon

wie selbstverständlich für linke Diskurse gepachtet. Tatsächlich reift die Aufnahmebereitschaft für reaktionäre Konzeptionen, die der globalen Zivilisationskrise mit autoritären Methoden beikommen wollen und die zur Eindämmung der Wanderungsbewegungen in die kapitalistischen Zentren, zum Kampf gegen den ökologischen Raubbau am Amazonas und anderen Teilen der „3. Welt“, zur Abwehr des internationalen Drogenhandels und natürlich zur ökonomischen Ressourcenbeschaffung auf eine neuerliche Beherrschung der südlichen Kontinente und eine entsprechende militärische Struktur setzen.

So steht uns in Europa schon in den 90iger Jahren ein politischer Zyklus bevor, der durch massive soziale Konflikte und Bewegungen und durch einen Aufschwung von Populismen verschiedenster Couleur gekennzeichnet sein wird. Das Potential für derartige Bewegungen ist auch in Deutschland vorhanden. Es äußert sich gegenwärtig kaum in politischem Aufbegehren, sondern in verschobenen Reaktionsweisen. Hierzu zählen in allererster Linie die ständig zurückgehende Wahlbeteiligung und die darin enthaltene Gleichgültigkeit gegenüber Parteien und Parlamenten. Darin ist ein wachsendes ziviles Konfliktpotential im Verhältnis zum Staat und der „Politik“ enthalten, das sich nicht ewig im „politischen Rückzug“ äußern wird. Die angestaute Frustration und Langeweile über den allgemeinen politischen Stillstand wird sich vielmehr in einem politischen Comeback der „Zivilgesellschaft“ niederschlagen, das sich gegen das herrschende politische System, seine Parlamente, Parteien und Kasten wenden wird, in dem allerdings nicht nur die rechtspopulistischen Gefahren, sondern auch wichtige „popular-demokratische“ Qualitäten enthalten sind. Die große Frage ist, in welcher Weise dieses Potential akut wird.



Demokratischer Populismus und sozialistische Linke

Ich habe die Perspektiven, die mit der neuen Weltlage am Ende des 17er-Zyklus verbunden sind, in bedrohlichen Dimensionen skizziert, weil es nicht darum geht, in einen Zweckoptimismus zu verfallen. Aber der Hinweis auf diese popular-demokratischen Qualitäten ist sehr wichtig, weil darin auch das zuvor erörterte „Erbe von 1968“ enthalten ist: die Emanzipation der Zivilgesellschaft, die Kritik des überkommenen Zivilisationsmodells und eines darauf gegründeten „neuen Internationalismus“, die Allianz progressiver Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur, also die Themen des 68er-Zyklus. Es wird schwierig werden, dieses Erbe zu mobilisieren, zumal die Befreiung von den Zwängen des Systemgegensatzes auch eine „Befreiung“ von der internationalen Rolle der UdSSR und des „sozialistischen Lagers“ bedeutet, was insbesondere die Bewegungen in der „3. Welt“, aber auch die hiesigen Linken zunächst einmal als Verlust zu spüren bekommen, selbst wenn sie mit dem Sowjetsystem an und für sich wenig am Hut hatten. Aber dies bedeutet auch, daß eine Politik der „geliehenen Stärke“ nicht mehr, dafür aber die mühselige Entwicklung neuer und authentischer Kräfte möglich ist.

Es wird auch hierzulande wieder progressive Bewegungen in stärkerem Ausmaß geben, in denen sich die Widersprüche der 90er Jahre ausdrücken, wobei die Ausgangsbedingungen keineswegs schlechter sind als nach der Restaurationsperiode in den 50er und Anfang der 60er Jahre. Möglicherweise wird die (noch) organisierte sozialistische Linke davon sogar überrascht werden. Auf jeden Fall wird es eine neue Linksentwicklung nur in diesem Kontext geben und nicht aus irgendwelchen politischen Operationen, wie der Veränderung der Sozialdemokratie oder der Gründung von sozialistischen Kleinparteien. Vielleicht ist es möglich, Hypothesen über die Perspektiven derartiger Bewegungen zu entwickeln, die schon jetzt ein Stück weit zur Neuorientierung und Verständigung der Linken beitragen, auch (besser: gerade) weil sie in der aktuellen Praxis nicht unmittelbar wirksam sein können:

1. Die Bewegungen werden stärker als in den 80er Jahren mit der Suche nach zusammenhängenden Alternativen der Demokratisierung, des volkswirtschaftlichen Umbaus, der sozialen Verteilung, der kulturellen Reform und der internationalen Solidarität einhergehen - und zwar weil 10-15 Jahre sozialdemokratischer Politikkrise und konservativ-neoliberaler Gegenreform keine andere Möglichkeit zulassen. Die Situation wird insofern mehr an die Bewegungen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre erinnern. Die Verarbeitung der aufbrechenden Konflikte erfordert schon sachlich eine enorme Mobilisierung der produktiven Kräfte

... die Segmentierung und Polari- sierung zwischen den verschiedenen Weltteilen (wird) weiter voran- schreiten.



der Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft. Die Forderung nach Mobilisierung dieser Kräfte ist zugleich die Forderung nach einem „Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ und nach einer radikalen Ausweitung der Demokratie. Soweit man an marxistischen Kategorien festhält, muß man dabei ein weites Verständnis der „Arbeiterklasse“ entwickeln (als pluralistisch zusammengesetzte und internationale, multikulturelle und zweigeschlechtliche Assoziation der produktiven Kräfte - also mehr im Sinne des Marx'schen „Gesamtarbeiters“, als im Sinne einer bestimmten sozialen Gruppe). Es geht also darum, das populär-demokratische Element künftiger Bewegungen mit einem neuen und weiten Verständnis von „Klassenkampf“ zu verbinden.

2. Die multikulturellen Konflikte sind ebensowenig zu vermeiden wie die weiteren sozialen Migrationen. Die Linke wird sich daran gewöhnen müssen, diese Kämpfe durchzustehen und dabei eigene Kräfte zu entwickeln (und zwar nicht als „multikulturelle“ Heilsarmee). Es müssen nicht nur Wege der multikulturellen Organisation einschließlich der Organisation von Immigranten gefunden werden (wie sieht es denn damit in unseren eigenen politischen Zusammenhängen aus?). Mehr noch: eine linke Alternative wird gewisse Ähnlichkeiten mit dem annehmen müssen, was wir - sicherlich unter anderen Bedingungen - aus den USA als „Regenbogen-Koalition“ (mit ihrem herausragenden Repräsentanten Jesse Jackson) kennen. Dies gilt für Deutschland ebenso wie für die Europäische Gemeinschaft, zumal Europa im Laufe des gegenwärtigen Jahrzehnts immer stärker zum Konflikt,

Mobilisierungs- und Organisierungsfeld werden wird. Dieser europäische „Regenbogen“ ist in meinen Augen die wichtigste Perspektive der vielbeschworenen „Euro-Linken“ - die dabei von vornherein auch die angrenzenden Nachbarregionen einbeziehen und die Kooperation mit den wachsenden Basisbewegungen in der „3. Welt“ suchen muß.

3. Ob eine derartige demokratische Transformation von sozialen und zivilen Konflikten gelingt, ist - wie gesagt - offen. Ebenso offen sind die möglichen politischen Konsequenzen dieser Transformation. Am wahrscheinlichsten ist ein neues sozialliberales Reformprojekt, also eine erneute Verbindung von bürgerlich-liberalem und demokratisch-emanzipatorischem Diskurs, was den Bewegungen einerseits staatliche Bezugspunkte und weitere Spielräume verschafft, sie andererseits aber auch wieder neutralisieren könnte. Die andere Möglichkeit bestünde in einem linken „demokratischen Populismus“: in einem Politiktyp, der von den Kräften der Arbeit, Wissenschaft und Kultur und des „Regenbogens“ ausgeht, dabei ein Gleichgewicht zwischen dem Staat bzw. der politischen „Klasse“ (einschließlich ihres linken, sozialdemokratischen Flügels) und den populär-demokratischen Elementen der sozialen Bewegungen bzw. „Straße“ zum Ausdruck bringt und das Prinzip der Gegenmacht akzeptiert. Dem würde dann ein Gleichgewicht zwischen den sozialliberalen und den radikal-demokratisch-sozialistischen Tendenzen entsprechen.

Dies wäre substantiell etwas anderes als eine „sozialistische Alternative“ im strengen Sinne, aber auch etwas anderes als die „populistischen“ Eskapaden eines Oskar Lafontaine, die zu individualistisch, zu taktisch, zu wenig auf soziale Bewegungen und zu wenig gegen den herrschenden Machtblock gerichtet sind. Man könnte diesen demokratischen Populismus - jenseits traditioneller sozialistischer Klassen- als auch sozialdemokratischer Volksparteien - als das politische Prinzip des 68er-Zyklus und der Linken in einer modernen, multikulturellen Zivilgesellschaft begreifen. Ein modernes und populäres sozialistisches Projekt wird sich nur in dem Maße entwickeln können, wie sich dieses Prinzip in einem neuen Aufschwung demokratischer Bewegungen Geltung verschafft. Aber es handelt sich hierbei natürlich um sehr weitreichende und dementsprechend unpräzise Hypothesen. Gegenwärtig sind wir schließlich mit einer tiefgehenden Krise der Linken beschäftigt und die Wiederaneignung von politischen Perspektiven muß von dieser Tatsache zweifelsohne ausgehen.

Entscheidend ist hierbei, daß die linken Orientierungsmilieus rapide zerfallen bzw. marginalisiert oder transformiert werden (für das „alternativ-radikale“ Milieu gilt wohl ersteres, für das „demokratisch-liberale“ Milieu wohl eher letzteres). Dabei ist die Krise der Linken vor allem eine Krise ihrer intellektuellen, publizistischen und organisatorischen Infrastrukturen, was sich nirgendwo so deutlich zeigt wie im desaströsen Zustand der linken Hochschulszene. Die Schwäche der Bewegungen ist offenkundig. Mindestens ebenso problematisch ist der Zerfall linker Diskurse: dies gilt für den „großen“ demokratisch-emanzipatorischen Diskurs, der im Zerfall der früheren linken Orientierungsmilieus, der intellektuellen Infrastrukturen und der politischen Zerfledderung der Linken an Kohärenz und Ausstrahlung verloren hat. Und dies gilt auch für den „kleinen“ sozialistischen Diskurs, der im

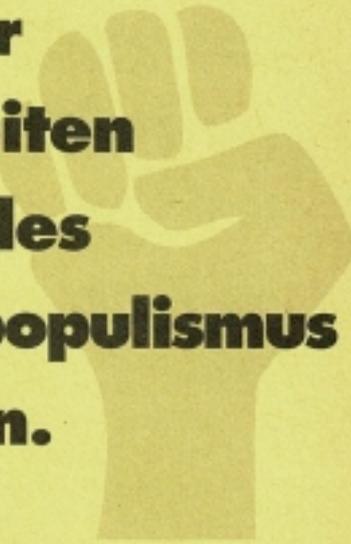
großen Diskurs eine Art natürlicher Heimstatt hat und in der Vergangenheit vor allem sein utopisches Element verkörperte. Die sozialistische Bewegung (d.h. die verschiedenen radikal-demokratischen, ökologischen, feministischen, gewerkschaftlichen und autonomen Kräfte sozialistischer Orientierung) befindet sich faktisch in einer Situation, in der das „Zirkelwesen“ und die „Interessenvertretung“ Vorrang vor irgendwelchen „Massenbewegungen“, Parteaufbauaktionen oder Parteiveränderungsstrategien genießen müssen. Mit dem historischen Begriff des „Zirkelwesens“ meine ich, daß regionale und sektorale Diskussionsforen, Bildungsvereine und Clubs die wichtigste Form der Selbstverständigung, der Rückgewinnung von Identität und der Aneignung von Bildern und Begriffen darstellen. Es geht dabei sicherlich auch um überschaubare und gestaltbare Räume, in denen wir „zur Ruhe kommen“ können. Es ist dabei einerlei, in welchem organisatorischen Kontext diese radikal-demokratischen und sozialistischen „Zirkel“ stehen. Hauptsache, sie sind „offen“ für jeweils andere Teile der örtlichen oder fachlichen „sozialistischen Bewegung“. Mit „Interessenvertretung“ meine ich andererseits das mühsame und heutzutage weniger identitätsstiftende Geschäft, Strukturen an den Schulen und Hochschulen, in den Betrieben und Verwaltungen, in den Stadt- und Ortsteilen zu erhalten oder neu zu schaffen, weil ohne diese Tätigkeit der Bezug „nach außen“ und zu künftigen Bewegungen verloren gehen würde. D.h., daß ich zwischen diesem „Zirkelwesen“ und der „Interessenvertretung“ einen komplementären Zusammenhang sehen würde.

Es handelt sich hierbei um Ansprechpunkte und vielleicht auch um Auffangbecken bei aufbrechenden sozialen und zivilen Konflikten, die ansonsten hoffnungslos zersplittert würden. Dabei glaube ich, daß die Entwicklung der Gewerkschafts-, der Frauen- und vielleicht auch der Jugendbewegung mit ihren Infrastrukturen und ihren sozialen Interessenbezügen die wichtigsten Integrationsfaktoren kommender demokratischer Bewegungen darstellen könnten. Der gewerkschaftliche Ansatz einer umfassenden sozialen Interessenvertretung wird neue Aktualität erfahren (nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der Frauen- und in der Jugendbewegung) - als Gegenstück zur drohenden Fragmentierung und reaktionären Aufladung sozialer Konflikte. Dabei wird die Frage der ethnisch-kulturellen Pluralität einschließlich der Organisierung von Immigranten immer bedeutsamer werden. Schließlich geht es um ein dreifaches und ebenfalls uneingelöstes Erbe der Vergangenheit: das Selbstverständnis als demokratische Gegenmacht zu den herrschenden Strukturen, die Forderung nach einer politischen Ausweitung des gewerkschaftlichen Terrains und der internationale Charakter des gewerkschaftlichen und sozialen Kampfes.

In dieser Skizze erscheinen „Organisationsfragen“ als ziemlich zweitrangig. Und dies ist in der Tat schon mit dem Begriff der „sozialistischen Bewegung“ beabsichtigt worden. Der Erfolg dieser Bewegung entscheidet sich nicht zuletzt in der Kooperation ihrer verschiedenen Teile, die an verschiedenen Orten tätig sind. Die Arbeit in der Sozialdemokratie wird dabei auch in Zukunft eine Schlüsselrolle spielen - weil sie über den Zugang zu den Staatsapparaten und ihre internationale Rolle (Sozialistische Internationale) notwendige Funktionen

...

der Siegeszug des Liberalismus (könnte) in einer weltweiten Welle des Rechtspopulismus münden.



für die gesamte Linke ausüben kann. Es ist überhaupt nicht absehbar, daß ihr diese Funktionen irgendjemand abnehmen könnte, ohne dieselben Widersprüche hervorzubringen, wie sie für die Sozialdemokratie so typisch sind. Erforderlich scheint ein Rückgriff auf die „Doppelstrategie“ der Jusos Anfang der 70er Jahre - vor allem mit Blick auf das eben angesprochene „Gleichgewicht“ und die Perspektive der demokratischen Gegenmacht. Doch schon bevor diese Optionen dadurch aktuell werden, daß wir in eine neue Periode sozialer Kämpfe eintreten, sind zwei Punkte hier und heute (sozusagen vorbeugend) zu thematisieren: erstens eine radikale Öffnung der überkommenen Parteistrukturen und zweitens eine eigenständig agierende (aber zweifellos minoritäre) sozialistische Linke in der SPD, die an der Schaffung linker Infrastrukturen aktiv mitwirkt.

Mag sein, daß ich mich in der einen oder anderen Hypothese, in der einen oder anderen Orientierung täusche. Aber man muß den Versuch machen, aus Vergangenheit und Gegenwart die progressiven Tendenzen herauszufiltern und mögliche Perspektiven zu skizzieren, ohne es gleich wieder „ganz genau wissen zu wollen“ und ohne sich die eigenen Gedankengänge von den herrschenden Verhältnissen verstopfen zu lassen. In der Gewißheit, daß sich die Zeiten wieder ändern werden, sollten wir dort, wo wir arbeiten, leben und gegebenenfalls auch organisiert sind, die Möglichkeiten, die Räume und die Infrastrukturen dafür schaffen.

„... Unsre Menschen sind wie sie im Buch und in der Zeitung stehn. Das will ich sehn. Vielmehr das will ich nicht sehn. Das ist das Ende ...“ 1

In nur einem Jahr hat es die DDR von der politischen Weltkarte gefegt. Der „real existierende Sozialismus“ implodierte. Seit dem Herbst 1989 hat unsere Situation etwas Surreales. Euphorie und Depression, Gleichgültigkeit und Faszination, Macht und Ohnmacht, Traum- und Alptraum mischen sich im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß wie in einem high-speed Videospiel: Unbekanntes Terrain. Wahnsinnige Geschwindigkeit. Immer schneller wechselnde Szenenfolgen. Die Wandlungsprozesse überschlagen sich. Ein Hindernis nähert sich in atemberaubendem Tempo, eben ist man ihm noch mehr schlecht als recht ausgewichen, da droht bereits die Kollision mit dem nächsten. Kaum daß ein Problem am Horizont auftaucht, rast es schon vorbei und liegt längst hinter einem, ehe man es überhaupt richtig wahrgenommen hat. Sich nach ihm umzuschauen, wäre das Aus in diesem „Augen-zu-und-durch“ Spiel. Wer versucht, die Aufgaben von morgen zu sondieren, wühlt, noch ehe er es sich versieht, schon im Schnee von vorgestern.

LUTZ MARZ

DIE KATAKOMBEN DES HABITUS

**DIE INNERE KEHRSEITE DES
„REAL EXISTIERENDEN“ SOZIALISMUS**



Doch vielleicht trägt der Schein einer alles erfassenden Hyperdynamik, vielleicht existiert auch nach dem 3. Oktober ein sozialer DDR-Raum, der im letzten Jahr erstens ultrastabil geblieben ist, dessen Ultrastabilität zweitens durch die Wandlungsprozesse nicht nur nicht tangiert, sondern im Gegenteil sogar reproduziert wurde, und in dem sich schließlich drittens all diese Wandlungsprozesse tendenziell wie in einem Gordischen Knoten zusammenziehen. Ich möchte im folgenden versuchen, in zwei Schritten diesen Raum zu orten und grob zu beschreiben.

Der Tod des Herakles: Ein mythologischer Zugang zu den Katakomben des „real existierenden Sozialismus“

Durchforschen wir die Ruinenlandschaft der zusammengebrochenen DDR-Strukturen, mutet es zunächst wohl eher wie ein makaberer Witz an, einen sozialen Raum mit den genannten drei Eigenschaften finden zu wollen. Wirtschaft, Armee, Schule, Polizei, Wissenschaft, Geheimdienst, Kunst, Recht, Familie, Parteien, Gewerkschaften ... wohin man auch immer schauen mag, weit und breit ist kein Bereich in Sicht, auf den eine solche Charakteristik zuträfe. Wenn also der gesuchte soziale Raum auf dieser Ebene nicht zu finden ist, dann bleibt uns, wenn wir uns nicht in den luftigen Höhen vager Spekulation verlieren wollen, nur noch eine Möglichkeit: Wir müssen in die Tiefe gehen, in die Fundamente der institutionellen und strukturellen Trümmerlandschaft. Es heißt hinabsteigen in jene Katakomben, in denen sich die Gesellschaftsfestung DDR über vierzig Jahre lang verankerte. Obwohl sich hier sofort eine ganze Reihe sehr handgreiflicher und vermeintlich recht kurzer Zugangswege anbieten, möchte ich mich diesen Katakomben aus einer ebenso ungewöhnlichen wie unerwarteten Richtung nähern - auch auf die Gefahr hin, daß dieser Weg zunächst als Um-, wenn nicht gar als Irrweg erscheint. Es ist ein mythologischer Zugang und er beginnt mit dem Tod des Herakles: Für den legendären Sohn des Zeus und der Alkmene gab es keine Gefahr, der er nicht getrotzt, keine Aufgabe, die er nicht gelöst und keinen Gegner, den er nicht überwunden hätte.

Lutz Marz, früher Produktionsleiter eines VEB, jetzt Wissenschaftszentrum Berlin

Und doch starb Herakles, an den so viele immer wieder all ihre heimlichen Hoffnungen knüpften², eines qualvollen Todes. Der stolze Held unterlag weder einer tückischen Verschwörung noch einer äußeren Übermacht, er verreckte an einer zauberhaften Liebesgabe. Seine Gattin Deianira schenkte ihm ein mit dem Blute des Kentauren Nessos getränktes Unterkleid, da dieser ihr einst versprach, daß Herakles, wenn er ein solches Gewand trüge, niemals eine andere Frau inniger lieben werde als sie. Freudig schlüpfte der arglose Held, der von all dem nichts ahnte, in das Nessosgewand. Mochte es auch etwas eng sein und hier und da ein wenig kratzen, so schmückte, wärmte und schützte es ihn doch. Eines Tages jedoch, keiner wußte so recht warum, brach ihm unerwartet der Schweiß aus.

... der „real existierende Sozialismus“ produzierte einen spezifischen Habitus und reproduzierte sich über ihn.

Das Gewand klebte, wie vom Schmied angelötet, an seiner Haut. Herakles riß sich alle Sachen vom Leib, um den Schmerz zu lindern. Er warf das Festtagsornat ab, sprengte seine Rüstung, schleuderte Helm, Schild und Schwert weit von sich. Doch all dies verschaffte ihm keinerlei Erleichterung. Im Gegenteil, je mehr er sich seiner Kleidung entledigte, desto größer wurde die Qual. Getrieben durch die innere Hitze und das gleißende Licht der Sonne fraß sich das Nessosgewand immer mehr in ihn hinein. Wahnsinnig vor Schmerz schrie der Gequälte nach seinen Dienern, die ihm das tödliche Geschenk überbrachten, um sie zu zerschmettern. Heulend verfluchte der Gepeinigten Deianira und ihren jahrzehntelangen gemeinsamen Ehebund. Aber wie sehr ihn auch die einen bejammerten und die anderen trösteten, es half alles nichts. Das Blut des Kentauren tat sein Werk, es sog ihm unerbittlich das Mark aus den Knochen, den Geist aus dem Hirn und die Seele

aus dem Leib. Als sich der Verzweifelte keinen anderen Rat mehr wußte befahl er, man möge ihn auf einen Scheiterhaufen legen und verbrennen. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Das Feuer schwelte und noch lange drang bis in den letzten Winkel des einst gelobten Landes das immer schwächer werdende Röcheln des Herakles.

Soweit der rohe Kern der Story. Auch wenn dieser mythologische Einstieg zunächst etwas dunkel erscheinen mag, erhellt er doch vielleicht schon so viel, daß man sich bei der Erkundung jener Fundamente, in denen der sogenannte „real existierende Sozialismus“ in der DDR verankert war, nicht damit begnügen kann, hier und da unter der Oberfläche der zusammengebrochenen sozialen Strukturen lediglich diese oder jene institutionellen oder personellen Kontinuitätslinien ausfindig zu machen. Sicher lassen sich genügend spektakuläre Beispiele beibringen, wo hochexponierte Institutionen und Personen des alten Systems in der Woge der Wandlungsprozesse ebenso unbekümmert wie unbeschadet ihren alten Kurs unter neuer Flagge fortsetzen, und die Versuchung liegt natürlich sehr nahe, bei dieser schmutzigen Katakombenfassade zu verharren. Allein, in diesem Sumpfloch läßt sich der von uns gesuchte soziale Raum nicht finden, er ist wesentlich breiter gestreut und liegt viel tiefer.

Es wäre zu kurz gegriffen, die tragenden Fundamente des sozialen Systems der DDR im allgemeinen, wie die starken Verwurzelungen der asozialen Mangel- und Kommandowirtschaft³ im besonderen, nur außerhalb der Menschen anzusiedeln. Ebenso reicht es nicht hin, diese ausschließlich bei besonderen Gruppen oder einzelner Personen, fernab von der „Masse der einfachen Leute“, suchen zu wollen. Die DDR war in jedem DDR-ler verankert. Sie hat sich in die individuellen Denk- und Verhaltensweisen, persönlichen Lern- und Überlebensroutinen, automatisierten Erkenntnis- und Entscheidungsmuster, eingübten Konflikt- und Kooperationsstrategien jedes einzelnen eingeschrieben. Das Gesellschaftsgebäude existierte nicht nur außerhalb der Menschen, die in ihm wohnten, es thronete zugleich in ihren sozial erworbenen alltagsweltlichen Gewohnheiten. Die Gesellschaft ruhte nicht einfach nur auf Fundamenten, die sich ausschließlich

jenseits und gegenüber den Gesellschaftsmitgliedern befanden, sie war stets auch in ihren Hirnen und Herzen verankert. Auch und gerade dort nämlich, wo die Menschen meinten, sich passiv durch äußere oder innere Immigration von diesen Wurzeln lösen zu können, oder wo sie gar glaubten, aktiv durch direkte oder indirekte Opposition diese Systemfundamente in sich längst aufgesprengt zu haben, reproduzierten sie mit ihrem Verhalten nicht nur den Gesellschaftsorganismus, sondern zugleich auch dessen Verankerungen in ihnen. Mehr noch als die Attitüden des offenen Konformismus trugen wohl die des verdeckten Nonkonformismus das soziale System der DDR. Kurzum, der „real existierende Sozialismus“ produzierte einen spezifischen Habitus und reproduzierte sich über ihn.

In den verschiedensten Versuchen, die Geschichte und Nachgeschichte der DDR zu begreifen, dominiert noch eine Argumentationsfigur, bei der eben dieser Habitus, diese innere Kehrseite des gesellschaftlichen Systems, thematisch marginalisiert wird oder gänzlich im blinden Fleck der Betrachtung verschwindet. Wenn man sich nämlich vor allem darauf konzentriert zu zeigen, daß und wie die Menschen in der DDR über ein ebenso breitgefächertes wie tiefgestaffeltes Repertoire an Zwangsjacken fest in ein soziales Netzwerk eingebunden wurden, wenn man sich nur darauf beschränkt, zu beschreiben, welche Repressions-, Verblendungs- oder Selbsttäuschungsmechanismen sie dort hineinzogen, wenn man lediglich versucht nachzuzeichnen, wie sie in diese hineinschlüpfen, sich in sie einfügten, gegen sie anlebten oder ihnen den Rücken kehrten, dann kann sehr leicht der Eindruck entstehen, diese Zwangsjacken wären letztlich etwas den Individuen gegenüber Äußerliches gewesen. Ein solches Bild jedoch wird der tatsächlichen Dramatik der gegenwärtigen Situation nur sehr bedingt gerecht. Es wäre eine zwar schmerzhaft, aber dennoch vergleichsweise leichte, weil lösbare Aufgabe, wenn es nur darum ginge, daß sich Millionen DDRler aus jahrzehntealten Zwangsjacken befreien. Mit einer einfühlenden Rehabilitationspädagogik und geduldigen orthopädischen Übungen ließen sich die entsprechenden Bewegungsmuster eintrainieren, die notwendig sind, um sich die ungewohnten sozialen Felder-angefan-

gen von der sozialen Marktwirtschaft über die parlamentarische Demokratie und die verschiedenen Formen eines internationalisierten und pluralisierten Wettbewerbes bis hin zum multikulturellen Zusammenleben - schrittweise zu erschließen. Und es könnte dann auch darüber gestritten werden, was dafür oder dagegen spräche, auf jede Feinfühligkeit zu verzichten, sich schlicht einer schwarzen Pädagogik zu bedienen und alle in die Fluten zu stoßen. Zunächst würden zwar die meisten Wasser saufen gehen, doch in absehbarer Zeit gelänge es der Mehrzahl, sich freizustrampeln und zu schwimmen. Man hätte lediglich darauf zu achten, daß nicht allzu viele untergehen. Das Problem ist eben nur, ob es sich tatsächlich um ein simples Jacken-Problem handelt. Was nämlich, wenn die

Es heißt hinabsteigen in jene Katakomben, in denen sich die Gesellschaftsfestung DDR über vierzig Jahre lang verankerte.

Zwangsjacken die Menschen nicht einfach nur kunstvoll von außen einschnürten, sondern wenn sie sich über die Jahre unmerklich und unbemerkt in ihre Individualität und Persönlichkeit hineinfraßen, wenn das Blut des Kentauren in ihren Herzen und Hirnen pulst, auch wenn dieser nun verreckt ist, wenn sie schon eins wurden mit ihren Zwangsjacken, wenn ihnen das Nessosgewand des Habitus längst ins Fleisch gewachsen ist? Was nun, wenn dieser Prozeß, trotz aller entgegengesetzten Erwartungen, in den letzten zwölf Monaten nicht etwa zum Stehen gekommen ist, geschweige denn sich rückläufig entwickelt hat, sondern im Gegenteil sowohl durch die aus den allerorten angezündeten Scheiterhaufen inquisitorischer Vergangenheitsbewältigung aufsteigende innere Hitze als auch durch das immer greller hereinbrechende Licht der Zukunftsherausforderungen zunehmend eskaliert? Egal, wie man die Bedeutung des „real sozialistischen“ Habitus ein-

schätzen mag, man wird zumindest einräumen müssen, daß er existierte und eine Unbekannte in allen Zukunftsszenarios darstellt. Der Wert, den diese Unbekannte annehmen kann, schwankt zwischen zwei Extrempositionen. Die eine Position geht davon aus, daß der Habitus nicht bzw. fast nicht wirkt, daß sich das Nessosgewand mehr oder weniger zügig und problemlos auflösen läßt. Die andere Extremposition kann in zwei Versionen, einer strengen und einer schwachen, formuliert werden. Die strenge Version lautet: Der „real sozialistische“ Habitus ist durch nichts und niemanden zu brechen, das Nessosgewand hat sich so in die Menschen hineingefressen, daß es von ihnen prinzipiell nicht mehr getrennt werden kann, seine soziale Zerfallszeit ist unter allen Umständen größer als die individuelle Lebenszeit der Individuen. Die schwache Version lautet: Wenn überhaupt, dann läßt sich das Nessosgewand nicht kollektiv, sondern lediglich individuell vom DDRler trennen, das heißt, nur ein weitgehend aus allen traditionellen sozialen Netzwerken herausgelöstes und in neue stabile Netzwerke eingebundenes Individuum hat die Chance, sich aus dem Habitus herauszuarbeiten. Gegenwärtig dürfte es schwerfallen, exakt vorauszusagen, in welchem konkreten Intervall zwischen diesen beiden Extrempositionen sich die Unbekannte künftig bewegen wird. Ein wesentlicher Grund dafür besteht vielleicht auch darin, daß die Konturen des Nessosgewandes zwar irgendwie von allen gefühlt und geahnt werden, sich jedoch nur sehr schwer in diskursfähige Begriffe bündeln lassen. Es ist deshalb sicher nicht ganz unnützlich zu versuchen, einige dieser Konturen zu skizzieren.

Die Konturen des Habitus: Die „real sozialistische“ Verflechtung von sozialen Fremd- und psychischen Selbstzwängen

Unter funktionalem Gesichtspunkt ließe sich der Habitus als ein Mechanismus beschreiben, der zwei Umschlagspunkte auf spezifische Art und Weise miteinander verbindet: erstens den Umschlag von sozialen Fremd- in psychische Selbstzwänge, zweitens den Umschlag von psychischen Selbst- in soziale Fremdzwänge. Die Nessoseffekte des „real sozialistischen“ Habitus resultie-

ren nicht aus der bloßen Existenz dieser Zwänge oder ihrer Umschlagspunkte, sondern daraus, welche Umschlagsprozesse wie einerseits forciert und andererseits blockiert werden. Die Eigentümlichkeit dieses Habitus scheint nun darin zu bestehen, daß 1. eine doppelte Selbstabschottung und eine doppelte Selbstöffnung existieren, 2. beide so miteinander verflochten sind, daß soziale Fremdzwänge verstärkt und psychische Selbstzwänge geschwächt werden und 3. dadurch ein allgemeiner Dezivilisierungs- und Dekultivierungsdruck entsteht.

Diese, zugegebener Weise, sehr abstrakte These bedarf natürlich einer konkretisierenden Erläuterung. Durch die doppelte Selbstabschottung schützt sich das Individuum vor der Gesellschaft und die Gesellschaft vor dem Individuum. Hier geht es darum, bestimmte soziale Fremdzwänge nicht an sich heranzulassen und spezifische psychische Selbstzwänge nicht aus sich heraus in die Gesellschaft zu entlassen. Die beiden Umschlagsprozesse, sozialer Fremdzwang/psychischer Selbstzwang und psychischer Selbstzwang/sozialer Fremdzwang, werden blockiert. Hierzu gehörten unter anderem jene Verhaltensstandards, für die sich in der DDR der Begriff „freiwilliger Zwang“ einbürgerte. Über ein ebenso pyramidales wie kappillarisiertes System sozialer Fremdzwänge wurde von den Menschen penetrant die Teilnahme an Demonstrationen, Versammlungen und Schulungen, die Mitgliedschaft in Organisationen, die Beteiligung an Wettbewerbs- und Initiativbewegungen, die Abgabe persönlicher Stellungnahmen und Verpflichtungen usw. abgefordert. Die Individuen entsprachen diesen vielfältigen, permanent an sie herangetragenen Verhaltenszumutungen, indem sie die von ihnen erwarteten Verhaltensstandards formal praktizierten, ohne sich damit real zu identifizieren. Man ging zu Demonstrationen, ließ sich auf der Anwesenheitsliste abhaken und verschwand oder reihte sich in den Festumzug ein, um mit den Kollegen über die alltäglichen Misereen zu diskutieren, zog dann an der Tribüne vorbei, winkte kurz und machte sich auf den Heimweg, um „noch was Vernünftiges aus dem Tag zu machen“. Man nahm an Schulungen teil und stellte genau die „konstruktiven“ Fragen oder gab die „produktiven“ Antworten, die laut Studienmaterial er-

wartet wurden. Man verpflichtete sich öffentlich zu etwas, was man ohnehin vor hatte zu tun. Man sprach Probleme auf Versammlungen an und wußte zugleich, daß sich eh nichts ändern würde. Im Laufe der Jahre gewöhnte man sich in dieses formale Rollenspiel ein und es entstand eine merkwürdige Situation der Doppeldeutigkeit: Einerseits wußte jeder um die Fremdheit, den rein äußerlichen Charakter dieser Verhaltensstandards, wußte, von sich und anderen, daß man „eigentlich“ ganz anders war, als man es sich wechselseitig vorspielte, andererseits hatten diese Verhaltensroutinen auch etwas anheimelndes, bequemes und vertrautes, man fühlte sich geborgen in diesen Verhaltensgehäusen, kannte darin jede Ecke und jeden Winkel und war geschützt. Freilich liebte sich die Persönlich-

Durch die doppelte Selbstabschottung schützt sich das Individuum vor der Gesellschaft und die Gesellschaft vor dem Individuum.

keit der Menschen immer wieder an diesen Verhaltensgehäusen. Ingenieure waren verärgert, „Papier zu produzieren“, anstatt technologische Probleme zu lösen; Arbeiter waren sauer, wenn sie ihr Chef auf Brigadeversammlungen wegen schlampiger Arbeitsdisziplin und Pfusch ins Gebet nahm, anstatt sich um den technischen Zustand der Maschinen und die qualitäts- und termingerechte Bereitstellung des Vormaterials zu kümmern; Leiter waren verbittert, daß sie die verschiedensten Institutionen mit einem endlosen Strom von Meldungen, Berichten, Konzeptionen und Analysen zu versorgen hatten, anstatt sich auf ihre betrieblichen Probleme zu konzentrieren. Oft genug führten diese Reibungen zu Wut, Depression und Apathie, zu Unmuts- oder Verzweiflungsgefühlen und es bedurfte erheblicher psychischer Selbstzwänge, damit fertig zu werden. Diese Selbstzwänge wurden jedoch nicht in Handlungen umgesetzt, die zu wirksamen sozialen Fremdzwängen führ-

ten. Man meinte, daß es eh keinen Zweck hätte aufzubegehren, weil man ja allein stünde, wenn es hart auf hart käme. Man wußte, daß es keine Signalwirkung hätte, wenn man sich gegen die vielen offensichtlichen Unsinnigkeiten der formalen Verhaltensstandards auflehnen würde. Man sagte sich, daß man nichts, aber auch gar nichts mehr, positiv verändern kann, wenn man sich von seinen Gefühlen hinreißen ließ, um sich zu opfern. Es existierte ein stillschweigender Kompromiß: In dem Maße, wie es die Gesellschaft den Menschen gestattete, den sozialen Fremdzwängen nur formal zu entsprechen, in dem Maße, wie sie es tolerierte, daß sie die an sie gestellten Verhaltensanforderungen nicht verinnerlichten, sondern nur äußerlich bedienten, verschonten die Individuen die Gesellschaft mit ihren daraus resultierenden Konflikten und Problemen. Durch die doppelte Selbstöffnung bindet sich das Individuum in die Gesellschaft und die Gesellschaft im Individuum ein. Hier werden bestimmte soziale Fremdzwänge vehement aus der Gesellschaft aufgesogen und spezifische psychische Selbstzwänge massiv in die Gesellschaft herausgedrückt. Die beiden Umschlagsprozesse sozialer Fremdzwang/psychischer Selbstzwang und psychischer Selbstzwang/sozialer Fremdzwang werden forciert. Hierzu zählen insbesondere jene in den Persönlichkeitsstrukturen der Menschen verankerten Dispositionen und Gewohnheiten, die unter dem Begriff des autoritären Charakters zusammengefaßt werden⁴. Aufgrund vorhandener Unlust- oder gar Angstgefühle in Bezug auf die Veränderungen und Unsicherheiten in einer immer komplexer und unübersichtlicher werdenden Welt neigen die Menschen dazu, von der Gesellschaft die Bereitstellung einfacher Weltbilder, klarer Verhaltensvorgaben und eindeutiger Entscheidungsmuster abzufordern und verlangen nach persönlichen bzw. kollektiven Existenz und Laufbahngarantien. Diesem Bedürfnis entsprachen der sogenannte „Marxismus-Leninismus“ und die Sozialpolitik der SED in hervorragender Weise⁵. In der weitverbreiteten Vorstellung etwa, der „M/L“ sei den Menschen ausschließlich von außen, gegen ihren Willen und latenten Widerstand aufgezungen worden, verbleibt gerade jene massenhafte habituelle Sogwirkung, die ihn mitstrukturierte, im blinden Fleck der

Betrachtung. Wie sehr diese Ordnungswissenschaft tatsächlich angefordert wurde, wie sehr sie weit verbreitete Bedürfnisse bediente, wie sehr sie die Individuen in sich verankerten, wie sehr sie auch für jene, die ihr distanziert oder gar feindlich gegenüberstanden, längst zu einer Wissenschaft der Weltordnung geworden war, zeigt nicht zuletzt die Entwicklung der letzten zwölf Monate. Die exponierten Repräsentanten des politischen Systems erfreuten sich nie besonderer Hochachtung, über seine Lenker und Diener äußerte man sich eher geringschätzig. Wie groß jedoch waren die Wut und die Empörung, wie tief war die Enttäuschung, als im November/Dezember letzten Jahres eine Enthüllungswelle die andere jagte, als man erfuhr, was man eh schon zu wissen glaubte, wie sehr beklagte man sich über verratene Ideale und zerstörten Lebenssinn, wie sehr schrie man auf, hintergangen und betrogen worden zu sein. Die Differenz zwischen dem distanzierten, abgeklärten, ja zynischen Verhältnis zum „M/L“ einerseits und den dramatischen emotionalen Ausbrüchen, Anklagen und Geständnissen andererseits, ist schwerlich zu übersehen. Das, was sich in diesen beiden Monaten über die Medien in die Öffentlichkeit ergoß, füllt ein peinliches Archiv, das Bände spricht⁶. Und wenn man dann weiter verfolgt, wie schnell und nahezu bruchlos das Vokabular des alten „M/L“ in den Denk- und Argumentationsfiguren der Menschen durch die Terminologie des neuen „M/L“ - des „Markoliberalismus“ - ersetzt wurde, dann beginnt man zu ahnen, wie stabil der traditionelle Umschlagsprozeß von ideologischen Fremdzwängen in geistige Selbstzwänge im Kern tatsächlich ist. Wie in der doppelten Selbstöffnung des „real sozialistischen“ Habitus psychische Selbstzwänge massiv und permanent in die Gesellschaft hinausgedrückt wurden, zeigt unter anderem das Phänomen der „organisierten Verantwortungslosigkeit“. So unbestritten es ist, daß die Menschen ihnen zugeschriebene abstrakte oder aufgebürdete konkrete Verantwortlichkeiten - sei es die Verantwortung für die Menschheit oder für ihr Arbeitsprodukt - nicht alleine tragen konnten, weil dafür die notwendigen Voraussetzungen fehlten, so offensichtlich ist es, daß sie zunehmend dazu übergingen, auch jene (Teil-) Verantwortungen, zu deren Wahrnehmung die entsprechenden Bedingun-

gen vorhanden waren, von sich zu weisen und an andere, „das Kollektiv“ oder „die Gesellschaft“ abzudelegieren. Das Wissen darum, mit welchen psychischen Selbstzwängen die Übernahme von Verantwortung verbunden ist, der mangelnde Anreiz, dies zu wollen, der fehlende Zwang, dies zu müssen, und die Möglichkeit, dem ausweichen zu können, führten zu einer großen emotionalen Reserve gegenüber den verschiedensten Formen persönlicher Verantwortung - einschließlich der Verantwortung gegenüber sich selbst. Die Fremdzuschreibung von Verantwortung dominierte: Für gute Zensuren waren in erster Linie die Lehrer, für hervorragende Prüfungsergebnisse hauptsächlich die Professoren verantwortlich. Die soziale Sicherheit und die gesundheitliche Betreuung oblagen einzig und allein dem Staat. Eigene Schwächen und Fehler konzedierte man ebenso schnell wie gerne, denn die alleinige Schuld dafür trug die Gesellschaft, in der man halt aufgewachsen war. Doppelte Selbstabschottung und doppelte Selbstöffnung existieren nun nicht einfach isoliert voneinander, sondern sind miteinander verflochten und kompensatorisch ineinander verwoben. Was die Menschen den formalen Verhaltensstandards an individueller Identifikation und persönlichem Engagement vorenthalten, das investieren sie in die Verhaltensmuster des autoritären Charakters, was sich an psychischen Selbstzwängen durch die doppelte Selbstabschottung in ihnen aufbaut, das suchen sie durch die doppelte Selbstöffnung abzubauen. Dieses Geflecht wirkt als eine Art bipolarer Selektionsmechanismus, der einen bestimmten Typ von sozialen Fremdzwängen systematisch verstärkt und einen spezifischen Typ von psychischen Selbstzwängen systematisch schwächt. Versucht man nun, jene sozialen Fremd- und psychischen Selbstzwänge, die durch die Verflechtung von doppelter Selbstabschottung und doppelter Selbstöffnung selektiv verstärkt bzw. geschwächt werden, auf den Begriff zu bringen, so könnte man vielleicht sagen, daß es sich hier einerseits um einen Dezivilisierungs-, andererseits um einen Dekultivierungsdruck handelt. Folgt man den durch Elias initiierten zivilisationstheoretischen Forschungen, dann befinden wir uns am Anfang einer Etappe, die durch den Übergang von der fremdzwang- zur selbststeuerungsdomi-

nieren Verhaltenszivilisierung, durch die Zivilisierung und Kultivierung der zivilisatorischen Mechanismen und Instanzen gekennzeichnet ist⁷. Es ist dies der Übergang von der stets präsenten physischen Gewalt und den offen repressiven Disziplinarregimes zu vergleichsweise milderer sozialen Fremdzwängen, wie dem Zwang zur Kooperations- und Konfliktfähigkeit; dem Zwang zum Perspektivenwechsel und zur Selbstdistanzierung; dem Zwang zur Teilnahme an den unterschiedlichen Formen eines internationalisierten und pluralisierten Wettbewerbs; dem Zwang, ständig umzulernen und sich selbst aktiv - nicht reaktiv - zu verändern, um beruflich bestehen zu können; dem Zwang, eine eigene Identität und Originalität zu entwickeln und sich auf dieser Grundlage seine Freunde und Partner selbst auszusuchen, um anderen Wettbewerbern und Wettbewerbsbündnissen gewachsen zu sein usw. Diese Art sozialer Fremdzwänge ist weder als Gesellschaftsideal zu glorifizieren noch als Persönlichkeitsparadies zu idyllisieren, sondern lediglich als empirisch ausmachender Trend in modernen Gesellschaften zu konstatieren. Und es ist festzustellen, daß das Nessosgewand des „real sozialistischen“ Habitus soziale Fremd- und psychische Selbstzwänge erzeugt, die diesem Zivilisierungstrend nicht entsprechen, ihm vielmehr entgegenstehen. Die Frage, welche soziale Bedeutsamkeit dieser Nichtentsprechung künftig zukommt, wird bestimmt sehr unterschiedlich beantwortet werden, sie im Herbst 1990 zu stellen, ist sicher nicht völlig verfehlt.

1 Müller, H., Wolokolajewskaja Chaussee IV: Kantzenen, in: Theater der Zeit, Heft 2/1988, S. 28/29

2 Zu diesem Aspekt des Herakles-Motivs siehe Weiß, P., Die Aesthetik des Widerstands, Band I und II, (Ost)Berlin 1987

3 Zum Begriff der „sozialen Mangel- und Kommandowirtschaft“ vgl. auch Marz, L., Involuktion oder Implision. Falsche Feiern und mögliche Pyrrhuslegende, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/1990, S. 1076ff und Marz, L., Paralysis in Times of Upheaval. (Discussion paper, presented at the annual conference of the Academy of Management), San Francisco, August 1990

4 Vgl. hierzu Engler, W., Die träge Masse des Habitus, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 8/1990, S. 63, und Kor, I. S., Psychologie der sozialen Trägheit, in: ad libitum Nr. 13, (Ost) Berlin 1989, S. 334ff.

5 Vgl. dazu u.a. Marz, L., Illusionen und Visionen. Leitbilder von und in modernen Gesellschaften, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 6/1990, S. 55ff und Marz, L., Implision und Stagnation. Probleme, Phänomene und Pläne moderner Modernisierung ..., a.o.O. S. 135ff.

6 Vgl. Engler, W., Das peinliche Archiv oder die „Avantgarde“ wird geständig, in: kulturRevolution, Nr. 23 (Juni 1990), S. 52ff.

7 Hierzu sowie zu den folgenden Ausführungen siehe ausführlicher Engler, W., Die kleinen Erzählungen. Universalisten und Kontextualisten im Streit um die Grundlagen der Menschheitswissenschaften, in: Zeitschrift für Germanistik (Leipzig), Heft 5/1989, S. 537ff; Engler, W., Die Trägheit des Habitus, a.o.O. S. 61ff; Engler, W., Auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Individuen? Kollektive Handlungschancen jenseits und gegenüber von Vermachtung und Vermarktung, in: Weimarer Beiträge, Heft 7/1990, S. 1061ff

MATTHIAS MACHNIG

DIE DEMOKRATISCHE FRAGE

Zwölf Thesen zu Demokratie und Marxismus



1. Der Zusammenbruch des Realsozialismus stößt die marxistisch orientierte Linke, die sich immer gern den Anstrich von überlegener Wissenschaftlichkeit gegeben hat, mit aller Brutalität auf die Aporien und auf den Traditionalismus ihrer Theorie(n), deren Transformation in eine Theorie moderner kapitalistischer Gesellschaften noch bevorsteht. Sowohl philosophisch als auch programmatisch gilt es, den Marxismus als Theorie und Praxis gesellschaftlicher Emanzipation überhaupt erst wieder auszuweisen.

2. Dies setzt voraus, die analytischen und programmatischen Bestände marxistischer Theorie und Politik überhaupt erst einmal zu sichten und sie auf ihren Gebrauchswert zur Analyse und Transformation moderner Gesellschaften zu prüfen. Ohne ein solches Programm - mit der Perspektive einer „marxistischen Heuristik“ in der Krise des Marxismus -, wird der Prozeß, den John Stuart Hall als „Dislokation“ des Sozialismus und der Linken in der heutigen Gesellschaft bezeichnet, wohl unaufhaltsam weiter voranschreiten. Es geht deshalb um ein Programm zur „Rekonstruktion/Dekonstruktion“ marxistischer Theorie und Praxis.

3. Vor dem Hintergrund des ökonomischen, ökologischen und vor allem auch moralischen Zerfalls der sozialistischen Länder und der dortigen politischen Parteien, den neu entstandenen politischen Arenen, die von den Neokonservativen besetzt worden sind, geht es um eine philosophische, programmatische und intellektuelle Neuorientierung der sozialistischen Linken. Die programmatischen Eckpunkte und scheinbaren Gewißheiten der 70er Jahre bieten weder für die sozialistische Linke selbst noch für ein fortschrittliches politisches Projekt der 90er Jahre ausreichende gesellschaftspolitische und ökonomische Grundlinien.

Für eine Rekonstruktion des linken, politischen Denkens sind vor allem drei Felder der politischen Auseinandersetzung entscheidend:

1. Die Frage der Demokratie,
2. die Frage der sozialen und ökologischen Gestaltung technischer Innovationen und
3. die Frage einer fortschrittlichen ökonomischen Regulierung.

4. Utopisches Denken, und als solches verstehe ich in diesem Zusammenhang auch den Marxismus, hat sich vor allem vor dem Hintergrund der nicht zu leugnenden

Rationalitätsdefizite gesellschaftlicher Systeme etabliert. Utopisches Denken war insofern immer ein Versuch, die Rationalitätsdefizite gesellschaftlicher Formationen, auch moderner Gesellschaften, zu lösen. Richard Saage hat jüngst zu Recht auf ein Grundproblem dieses Denkens hingewiesen: „Ihr (der klassischen Tradition utopischen Denkens) war immanent, die Vernunft des Ganzen stets der des Individuums unterzuordnen.“ Für die Frage nach der Rationalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, und als ein solches Projekt hat sich der Marxismus immer verstanden, bedeutet dies, die Beziehung zwischen gesamtgesellschaftlicher Steuerung und Gestaltung einerseits und individueller Freiheit und Partizipation andererseits überhaupt erst wieder neu zu denken.

5. Am Ende des 20. Jahrhunderts sind die Leitmotive der Moderne brüchig und widersprüchlich geworden. Ihre uneingelösten Versprechungen sowie ein neues Verständnis der Moderne müssen daher im Zentrum eines neuen und veränderten Sozialismuskonzeptes stehen. Ein reformuliertes sozialistisches Projekt muß als „reflexiver Modernisierungsprozeß“ (Ulrich Beck) angelegt sein, also den Versuch einer „Rationalisierung der Rationalisierung“ in den Mittelpunkt rücken. Dabei geht es demokratietheoretisch und -praktisch um das „Dilemma der Modernität (Claus Offe/Bernd Guggenberger)“: Auf der einen Seite ist Modernität in gewissem Sinne gleichbedeutend mit struktureller und funktionaler Differenzierung, also mit einer Pluralität von koexistierenden Interessen, funktionalen Bezügen und Wertsystemen, auf der anderen Seite erfordert gerade diese Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Systeme, ihre Pluralität und Differenziertheit, einen Einigungs-, Regelungs- und Koordinierungsbedarf, der nicht mehr oder nur in reduziertem Umfang zentralstaatlich, ideokratisch gelöst werden kann.

6. Die marxistisch orientierte Linke besitzt bis heute keine Theorie der Demokratie und des Politischen. Dies ist jedoch eine existentielle Notwendigkeit für ein reformuliertes politisches Projekt. Die Linke hat bislang in ihrer Kritik an westlichen Demokratiemodellen den formalen Charakter dieses demokratischen Prin-

zips hervorgehoben, der sich in der ausschließlichen Betonung von Verfahren und deren Institutionalisierung niedergeschlagen hat, und damit durch die ideologische Koppelung von bürgerlichem Staat und bürgerlicher Demokratie faktisch zu einer Etatisierung des demokratischen Prinzips geführt hat.

Eigene demokratietheoretische und -praktische Überlegungen sind bislang in der marxistischen Diskussion völlig unterentwickelt. Ähnlich wie in der bürgerlichen Demokratietheorie sind Fragen nach Alltagsdemokratie etc. faktisch unbeantwortet geblieben. Die Beantwortung der Demokratischen Frage wurde in der marxistischen Diskussion quasi metaphysisch auf die Realisierung des Sozialismus vertagt.

7. Die Lösung der demokratischen Frage in der marxistischen Diskussion war de facto identisch mit der Eigentumsfrage. Die schlichte Vorstellung lautete: Mit der Lösung der Eigentumsfrage, mit der Auflösung des zentralen gesellschaftlichen Antagonismus, ist das Problem der Demokratie erledigt. In Umkehrung der Defizite bürgerlicher Demokratietheorie, so könnte man formulieren, wurde damit zwar ein fiktiver Inhalt betont, dessen institutionelle, individuelle, alltagsdemokratische und sonstige Realisierung wurde jedoch weder demokratietheoretisch noch -praktisch bislang angedacht.

8. Der Sozialismus war bislang vor allem ein etatistisches Projekt. John Stuart Hall, einer der Nestoren der britischen Linken, sieht daher auch im Etatismus, „in dem der Staat soweit expandiert, bis er mit der Gesellschaft zusammenfällt (...) - eine historische Tendenz (...), die beiden, den realexistierenden sozialistischen und den kapitalistischen Klassendemokratien gemeinsam ist“ und einen wesentlichen Hintergrund für die Deformierung der ursprünglich emanzipatorischen, sozialistischen Perspektive darstellt. In den 90iger Jahren wird jedoch die Frage dominant sein, wie erstens der gesamtgesellschaftliche Individualisierungsschub und zweitens die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme in ein konsistentes Projekt integriert werden können, das etwa lebensweltliche Impulse in den Funktionszusammenhang von Staat und Ökonomie

einbezieht und gleichzeitig an den gewachsenen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungs- und Regulierungsbedarf koppelt.

9. In der britischen Linken hat sich vor allem aufgrund der Erfahrungen in den realsozialistischen Gesellschaften ein Paradigmenwechsel durchgesetzt. In der dortigen Diskussion geht man inzwischen davon aus, daß ein Akkumulationsregime („Fordismus“) ein wesentlich dominanteres formatives Prinzip für die Arbeits- und Lebensgestaltung ist als die Eigentumsordnung. Insofern ist der Realsozialismus, als Hochphase des fordistischen Prinzips, ein Projekt gewesen, das wesentlich tiefgreifendere Einschnitte in die Lebensstruktur des einzelnen verursachte, als das auf Privateigentum basierende kapitalistische System. Offensichtlich gibt es im Rahmen von Produktionsverhältnissen, die im wesentlichen auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhen, eine wesentlich größere Bandbreite und Gestaltungsfähigkeit, als dies in der linken Mythologie lange unterstellt worden ist. Entscheidend ist daher auch innerhalb der ökonomischen Diskussion, einen Paradigmenwechsel, vom Eigentumsparadigma zum Demokratieparadigma, vorzunehmen.

10. In modernen Gesellschaften haben sich fundamentale Wandlungsprozesse vollzogen:

- Wir beobachten eine Auflösung traditioneller gesellschaftlicher Milieus und - damit verbunden - einen breiten gesellschaftlichen Individualisierungsschub, der mit gewachsenen Partizipationsansprüchen einhergeht;
- Es findet eine Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Subsysteme statt, deren Autonomisierung die Möglichkeiten gesamtgesellschaftlicher Steuerung über den Staat zunehmend weiter einschränkt. Detlev Claussen spricht deshalb sogar explizit von einer „Marginalisierung des Politischen“.
- Es gibt den Trend zur weiteren Supranationalisierung, ohne daß bislang entsprechende Konzeptionen zur demokratischen Gestaltung dieses Prozesses überhaupt angedacht worden sind.
- Die Etatisierung der Lebenswelt nimmt zu, bei gleichzeitiger Entkopplung des

politisch-ökonomischen Systemzusammenhangs vom lebensweltlichen Zusammenhang der Industriegesellschaft.

Die politische Aufgabe besteht nun darin, den gewachsenen gesamtgesellschaftlichen Regulierungsbedarf unter Einbeziehung lebensweltlicher Impulse mit den gestiegenen individuellen Partizipationsnotwendigkeiten zu verbinden.

11. In den 90er Jahren wird es entscheidend sein, ob es einer politischen Formation gelingt, Repräsentant und Katalysator für die gestiegenen Ansprüche an gesellschaftliche Mitbestimmung und Partizipation zu sein. Es geht dabei um die Aufgabe, die Gesellschaft gegenüber Ökonomie und Staat wieder in ihre legitimen politischen Rechte einzusetzen, neben der politischen Demokratie die gesellschaftliche Demokratie zu etablieren. Es gilt, innerhalb eines solchen Projektes Demokratie als Produktivkraft auszuweisen.

12. Politisch geht es um die Etablierung eines neuen Demokratietyps, eines neuen Typus der Vergesellschaftung. Die Linke wird nur dann politisch hegemonial werden können, wenn sie als Katalysator eines solchen Demokratieprojektes wahrgenommen wird, in dem eine umfassende Demokratisierung sowohl Weg als auch Ziel einer Reformalternative wird. Ein solches Projekt hat an folgenden Konfliktfeldern anzusetzen:

1. die Trennung von Politik und Ökonomie muß durchbrochen werden,
2. Demokratisierung darf sich nicht allein auf die politisch-staatlichen Überbaustrukturen beziehen, sondern muß den techno- und sozioökonomischen Raum einbeziehen,
3. der Ausbau staatlicher Eingriffs- und Regulierungsmöglichkeiten muß mit deren demokratischer Kontrolle verbunden werden,
4. ein linkes Projekt muß insbesondere mit den Fragen der biographischen Selbstbestimmung und der Realisierung von Alltagsdemokratie verbunden sein.

spw.

Mathias Machnig, Soziologe,
Redakteur der spw, Bonn

HARALD WERNER

GIBT ES EIN BEDÜRFNIS NACH DEMOKRATIE

Neue Bedürfnisse
und Demokratisierung
der Arbeit

Der Begriff neu findet heute eine fast ebenso inflationäre Verwendung wie die verschiedenen Post-ismen. Neue Technik, neuer Demokratietyp, neuer Akkumulationstyp und Reproduktionstyp - und nun auch noch neue Bedürfnisse? Bei so viel Neuem taucht Skepsis auf, die beginnt schon mit der Frage: Gibt es ein Bedürfnis nach Demokratie?

Gehen wir zunächst von den realen politischen Bewegungen aus. Wenn man die unterschiedlichsten Widerstands- und Alternativbewegungen unseres Landes nach einer gemeinsamen Grundstimmung abhört, dann fällt sehr schnell die große Übereinstimmung im Bedürfnis nach Mitgestaltung, Selbstbestimmung und Aufhebung jeder Form von Bevormundung auf. Es werden Mangelsituationen formuliert, die sich unabhängig von ihrem Gegenstandsbereich letztendlich nur durch die Wiedereinsetzung des Menschen als Sachwalter seiner individuellen Belange lösen lassen. Es geht nicht allein um die Beseitigung des Mangels oder, was noch häufiger ist, um die Beseitigung von Risiken, es geht auch um die Formen mit denen die Gegenwart gewendet und die Zukunft beherrscht werden soll. Wir beobachten ein eigenartiges Phänomen: Obwohl die zu wendenden Zustände bedrohlich genug sind, leisten sich die Menschen den scheinbaren Luxus, nicht nur materielle und lebenssichernde Alternativen zu fordern, sondern sie verbinden all das mit weitergehenden Forderungen, mit Forderungen nach Selbstbestimmung. Was treibt die Menschen

in einer Zeit so großer materieller Nöte und Gefahren dazu, sich nicht auf das Notwendige, also auf das zu konzentrieren, was die Not wendet, sondern vordergründig nichtmaterielle Bedürfnisse zu entwickeln?

Wer sich den Menschen und nicht das „menschliche Wesen“, wie es in der 6. Feuerbach-These heißt, als „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“¹ denkt, für den sind die psychischen Reflexe des Individuums scheinbar ohne Geheimnisse. Sie sind das mit den Instrumenten der Ökonomie und Soziologie erkennbare Spiegelbild der realen Außenwelt - nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. Und doch ist es gerade dieses Mehr-sein, das die Welt nicht nur erkennbar, sondern auch veränderbar macht, ist es die subjektive Seite der Geschichte, die den Sprung aus der objektiven Not ins objektiv Mögliche bewirkt. Es sind die subjektiven Sinngebungen, Bedürfnisse und Motive ganz realer Individuen, die Geschichte machen, und die MarxistInnen hätten in der Vergangenheit so manchen Fehler umgangen, so manch vertane Chance genutzt, wenn sie die objektive Realität des Subjektiven² beachtenswerter gefunden hätten.

Aber dennoch bleibt die Frage, wenn wir uns keine Antworten aus dem Reich der Mystik gönnen wollen, ob es so etwas wie ein Bedürfnis nach Demokratie gibt und, sofern wir uns nicht gänzlich vom materiellen Bezug der psychischen Reflexe verabschieden wollen, bleibt auch zu beantworten, wie dieses Bedürfnis entstehen kann.

Menschliche Bedürfnisse haben eine organische Grundlage und entstehen aus körperlich empfundenen Mangelsituationen, die beim Menschen, nicht anders als beim Tier, einen Zustand der Erregung verursachen. Diese animalische Nähe hat die Psychologie dazu verführt, immer wieder Bedürfnissysteme zu konstruieren, in denen sich über der Basis vitaler oder grundlegender Bedürfnisse ein kunstvoller Überbau sozialer, humanistischer oder gar selbstloser Bedürfnisse entfaltet. Gemäß dieser Tradition wäre es nun an der Zeit, diesem Überbau auch demokratische Bedürfnisse zuzuordnen.

Doch das menschliche Bedürfnissystem ist nicht nur komplizierter, es ist auch

anders. Das, was wir als soziale oder in diesem Fall meinetwegen auch als demokratische Bedürfnisse bezeichnen mögen, entwickelt sich nicht neben oder über den vitalen Bedürfnissen, sondern mit diesen zusammen, ist mit den vitalen Bedürfnissen unlösbar verbunden und stellt gewissermaßen nur eine Seite oder Sphäre des in sich einheitlichen menschlichen Bedürfnissystems dar. Dies zu betonen ist wichtig, weil wir nur so den Charakter und Inhalt menschlicher Bestrebungen erkennen, die sich auf die Politik oder ganz allgemein auf die sozialen Aktivitäten der Gesellschaft richten. Jede Konstruktion eines Bedürfnissystems mit eigenständigen Kategorien, wie den sogenannten sozialen Bedürfnissen, verliert früher oder später ihren Bezug zur vitalen Lebenspraxis. Genau um diese aber muß es uns gehen, wenn wir heute über neue Bedürfnisse, und dabei über solche nach Demokratie, diskutieren.

Demokratie ist soziale Umweltkontrolle

Der einzelne Mensch erfährt bereits im Kleinkindalter, daß die Befriedigung seiner vitalen Lebensbedürfnisse unlösbar an soziale Voraussetzungen gebunden ist, was dazu führt, daß er nicht nur ein Bedürfnis zur Erlangung befriedigender Gegenstände erwirbt, sondern im Zusammenhang damit auch das Bedürfnis zur Herstellung, Stabilisierung und Kontrolle der sozialen Rahmenbedingungen³. Je komplexer die Strukturen der materiellen Bedürfnisbefriedigung im Laufe der individuellen Entwicklung werden, desto mehr weitet sich das Bedürfnis auf soziale Umweltkontrolle aus. Ja, die Pflege von sozialen Kontakten, die Aufrechterhaltung einer berechenbaren sozialen Umwelt, wird zu einer scheinbar eigenständigen Tätigkeit - und sie begründet scheinbar eigenständige Bedürfnisse und Charakterzüge der Persönlichkeit.

Es kommt nun darauf an, sich daran zu erinnern, daß für den Marxismus Logisches und Historisches, phylogenetische und ontogenetische Entwicklung, aber eben auch Individuelles und Gesellschaftliches, eine widersprüchliche Einheit bilden. Ganz konkret gesehen heißt dies nichts anderes, als daß das Bedürfnis nach Ausweitung der sozialen Umweltkontrolle durch das Individuum in

Harald Werner, Marburg

dem Maße zunimmt, wie sich die gesellschaftlichen Strukturen ausweiten, die für die Befriedigung oder eben auch Bedrohung seiner vitalen Lebensbedürfnisse entscheidend sind.

Die krisenhafte Umbruchperiode unserer Tage, diese Periode, in der sich die Visionen vom Untergang der Zivilisation mit der alltäglichen Erfahrung verbinden, daß es der Menschheit nicht an Einsicht, wohl aber den Menschen an Eingriffsmöglichkeit mangelt, weil diese in den Händen weniger konzentriert ist, diese Periode muß zwangsläufig das Bedürfnis nach Selbstbestimmung, nach Demokratie hervortreiben⁴. Es handelt sich also nicht um ein Bedürfnis über oder neben den vitalen Lebensbedürfnissen, sondern um ihre historisch notwendige Form. Das Bedürfnis nach Demokratie entspringt aus dem erschreckenden Erwachen von Menschen, die sich unter Mißbrauch ihres Vertrauens an einen Abgrund geführt fühlen.

Nicht jede, sondern andere Arbeit

Aus der Zeit der Massenarbeitslosigkeit in der Weimarer Republik sind uns jene Fotos vertraut, auf denen Arbeitslose mit einem Schild durch die Straßen laufen: „Nehme jede Arbeit!“ Woran liegt es, daß sich die Geschichte nicht wiederholt, trotz jahrelanger Massenarbeitslosigkeit, Zwei-Drittel-Gesellschaft und unübersehbarer Verarmung? Anspruchsdenken, Hedonismus und Verfall der Arbeitsethik, so lauten die Antworten, die allesamt ihren ideologischen Resonanzboden nicht verleugnen können. Dennoch ist es wahr, daß sich Hunderttausende den Zentren der produktiven Arbeit entziehen, daß sie eben nicht bereit sind jede Arbeit zu nehmen, daß sie sich auch denen entziehen, die ihnen Arbeit geben wollen. Sie nehmen sich die Arbeit, die ihnen gefällt, die selbstausbeuterische Arbeit im alternativen Sektor, die unsichere Schattenar-

beit, den unverbindlichen Teilzeitjob und erkaufen sich diese Freiheit mit einer erheblichen Einschränkung ihrer materiellen Bedürfnisbefriedigung. Natürlich gibt es unter diesen Fluchtbürgen immer noch ein erstaunlich stabiles Gewölbe sozialer Absicherung, ohne das manche Fluchtbürg auf Treibsand stünde, aber dennoch ist dies alles mit Verzicht verbunden und es stellt sich die Frage, welche Bedürfnisse Menschen bewegen, auf die Befriedigung unmittelbarer materieller Bedürfnisse zu verzichten.

In den Frühschriften von Marx finden wir in unentwickelter Form die humanistischen Wurzeln des wissenschaftlichen Sozialismus und wenn wir diese an ihrem Wortsinn greifen, uns von den ökonomistischen Überformungen befreien, die die vordergründige Auseinandersetzung mit der Produktion und Verteilung des Mehrwerts nach sich gezogen hat, dann erkennen wir plötzlich in den philosophisch abstrakten

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die "Blätter" sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache. Sie analysieren wesentliche Fragen der deutschen und der internationalen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Zeitgeschichte und Kultur. Ihre monatliche Chronik und die ausführliche Dokumentation haben die "Blätter" zu einem viel genutzten Nachschlagewerk gemacht.

Zuletzt u. a.:

- Jens G. Reich Kronkolonie Ostelbien
- Claus Leggewie Vielvölkerrepublik Deutschland
- Christina Schenk Frauenrecht auf Selbstbestimmung
- Dorothee Sölle Es muß doch mehr als alles geben
- Noam Chomsky Barmherzigkeit ist nicht zu erwarten – der Süden in der neuen Weltwirtschaftsordnung
- Antje Vollmer Machtwechsel als kategorischer Imperativ
- Ingrid Hoven, Roger Peizer, Jürgen Zattler Umriss einer alternativen Dritte-Welt-Politik
- Katrin Reemtsma Roma in Südosteuropa
- Todd Gitlin Kopsprung in die Geschichte
- Hansgeorg Conert Perestroika unter Druck
- Christoph Hein Die Zeit, die nicht vergehen kann
- Ulrich Schneider Armut in der Bundesrepublik
- Alice Schwarzer/Gislinde Schwarz "Ihr trefft auf eine geschulte Männergesellschaft"
- Rudolf Hickel Viel Marktvertrauen, wenig Politik

Die Blätter werden herausgegeben von:

Rudolf Hickel, Jörg Huffschild, Walter Jens, Gerhard Kade, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit, Rosemarie Will

Einzelheft 9,00 DM Im Abonnement 5,90 DM

Für Studierende, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende 4,90 DM (jeweils zuzügl. Porto)

Kostenlose (ältere) Probehefte und ein Probeabonnement (die beiden nächsten Ausgaben für 10 DM – Scheck oder Briefmarken) können beim Verlag bestellt werden.

Blätter Verlagsgesellschaft
Bertha-von-Suttnerplatz 6 5300 Bonn 1
 Telefon 0228 – 65 01 33 Telefax 0228 – 65 02 51

GRAMSCI UND DIE THEORIE DER ZIVILGESELLSCHAFT

Begriffen des Klassikers die konkreten Sehnsüchte der Gegenwart. Da geht es um die „völlige Wiedergewinnung des Menschen“⁵ oder darum „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“⁶ Es sind dies alles keine unbekannteren Zitate, aber sie haben in den realen Bewegungen der vergangenen Arbeitergenerationen eine eher sinnstiftende, übertragene Bedeutung gehabt, die allzuleicht hinter den materiellen Tagesforderungen verschwand. Heute sind sie ins Konkrete aufgestiegen.

Heute verzichten Menschen auf einen Teil der materiell möglichen Bedürfnisbefriedigung, um sich in der Freizeit zu verwirklichen, andere arbeiten lange und schlecht bezahlt im alternativen Sektor, um Herr ihrer selbst zu sein, und nicht wenige ziehen die unsichere und riskante Mischung aus Sozialhilfe und Schwarzarbeit dem sicheren Job am Fließband vor, um sich die Illusion der Selbstbestimmung zu leisten.

Zugegeben, auch Hunderttausende sind noch nicht die Regel. Es sind noch Minderheiten, aber es muß uns nachdenklich machen, daß wir diese Minderheiten überdurchschnittlich häufig in den demokratischen Massenbewegungen antreffen. Und damit nicht genug. Diese Haltung zur Arbeit, die die Verringerung des materiellen Wohlstands bereitwillig für die Vermehrung der Selbstverwirklichung eintauscht, findet sich auch in den produktivistischen Kernen der Industrie, den Leistungsträgern der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Nur daraus gewinnt die Flexibilisierung ihren Januskopf, gewinnen Teilzeitarbeit und Sabbatjahr ihre Attraktivität, speist sich aber auch die Kraft für den Kampf um Arbeitszeitverkürzung und das trotzige Nein zur Sonntagsarbeit. Da die Menschen immer mehr bei der Arbeit außer sich und erst außer der Arbeit bei sich sind, wie Marx diese Tatsache beschrieb, macht es das erreichte Lebensniveau möglich, so weit es denn irgendwie geht, der Arbeit in den produktivistischen Zentren den Rücken zu kehren.

Daß die Menschen nicht der Arbeit, sondern der Form überdrüssig werden, in der sie zu haben ist, verraten viele Tatsachen, was zu beweisen hier nicht

möglich ist. Sicher ist nur eines: Wenn sich die wichtigste Produktivkraft, der Mensch, den real existierenden Produktionsverhältnissen entzieht, dann erweisen sich diese Produktionsverhältnisse auf eine ganz paradoxe Weise als Fesseln der Produktivkräfte. Es ist nicht das Eigentumsverhältnis an sich, sondern seine ganz konkrete Form im kapitalistischen Arbeitsalltag, die die menschliche Produktivkraft so unwillig macht. Es ist die Gängelung, Entfremdung, Vereinseitigung, die Machtlosigkeit gegenüber dem was produziert und wie es produziert wird, die den Ausgebeuteten sinnlich erfahrbarer ist, als die Aneignung ihrer Mehrarbeit.

Demokratisierung der Arbeit ist Wiedereinsetzung des Menschen in seine Rolle als wichtigste Produktivkraft. Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in der Unternehmerideologie auch Mitverantwortung genannt, wurde von den Linken lange Zeit mit Mißtrauen bedacht und in die zweite Reihe, hinter die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten gestellt.⁷ Dann ist es lange still geworden um die Mitbestimmungsdebatte und andere Kampffelder traten in den Mittelpunkt. Doch unversehens belebt sie sich heute von der Arbeit her. Das Stichwort heißt Gestalten⁸ und umfaßt einen auf breiter Front angelegten Kampf für die Umgestaltung von Technik, Produkt und Arbeitsform. Natürlich beißt sich das mit dem Profitprinzip, der konkreten Ausgestaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der Kampf um gebrauchswertorientierte Alternativen wird nicht nur nicht geringer ausfallen als der Kampf um Paritäten im Aufsichtsrat, er wird auch wie die alte Aktion Mitbestimmung an die Machfrage auf Unternehmensebene herankommen. Doch es wird ein anderer Kampf sein, ein Kampf um einen neuen Demokratisierungstyp⁹, der nicht nur an unmittelbaren Bedürfnissen der Beschäftigten ansetzt, sondern sie auch permanent zur Mittätigkeit zwingt. Der zunehmende Prozeßcharakter der Produktion versetzt immer mehr Menschen in die Rolle des Regulators technischer Systeme, so daß seine Mitbestimmung am Arbeitsplatz nicht mehr die Werkbank, den Schreibtisch oder eine einzelne Maschine betreffen kann, sondern sich auf den Betrieb als System beziehen muß.

Hier treffen nun zwei Faktoren aufeinander, die in ihrer gemeinsamen Wirkung

Internationale wissenschaftliche Konferenz am 23. und 24. März 1991, Humboldt-Universität, Berlin

Der Geburtstag Antonio Gramscis jährt sich im Januar 1991 zum hundertsten Mal. Über das übliche Gedenken hinaus gibt er für die theoretische Kultur der Linken Anlaß, sich aus der gegenwärtigen Umbruchsituation heraus in Beziehung auf Gramsci zu verständigen. Im zusammengebrochenen befehlsadministrativen Sozialismus gehörte

sein Werk zum Verdrängten. Gramsci, dessen Denken, besonders während seiner Gefängniszeit, um Konsensbildung als Bedingung politischer Handlungsfähigkeit kreiste, war mit dem poststalinistischen Sicherheitsstaat nicht vereinbar. Es ist kein Zufall, daß die Kategorie der Zivilgesellschaft, die in den Gefängnisheften Gramscis zentral ist, in den demokratischen Bewegungen und Umbruchprozessen in Osteuropa zu einem wesentlichen Bezugspunkt wurde. Der Begriff zeigt an, daß ein neuer Horizont geöffnet wurde. Die Dimension des Zivilen kann nicht länger als „bürgerliche Ideologie“ denunziert, Bürgerrechte nicht mit bürgerlichen Rechten verwechselt, der Citizen nicht mit dem Bourgeois gleichgesetzt werden.

Schwerpunkte der Konferenz:

1. Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Gramsci (Rekonstruktion von Begrifflichkeit und Problematik) mit angelagerten Konzepten wie Hegemonie, Konsens, Kultur usw.;
2. Aktualisierung Gramscis im Problemhorizont von „Postfordismus“, High-tech-Kapitalismus, Perestroika und Zusammenbruch des befehlsadministrativen Sozialismus;
3. Zivilgesellschaft und moderner Sozialismus. Frage nach Elementen eines zivilgesellschaftlichen Sozialismus-Projekts, seinen Trägern usw.;
4. Verwandte und konkurrierende Ansätze in der gegenwärtigen angelsächsischen Diskussion um civil society.

Getragen wird die Tagung von den Zeitschriften „Das Argument“, „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, „Initial“, „links“, „ProKla“, „Sozialismus“, „Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw)“, „Utopie kreativ“, „Widerspruch (München)“, „Widerspruch (Zürich)“, „Zeitschrift Marxistische Erneuerung [Z]“, sowie der Stiftung Gesellschaftsanalyse, dem Institut für vergleichende Zivilisationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin und der Volksuni Berlin.

Die Konferenz ist als Expertenseminar mit einer öffentlichen Abendveranstaltung geplant.

Am Rande der Konferenz wird es eine Vorstellung von Neuerscheinungen zu Gramsci geben, u.a. des ersten Bandes der deutschen Gesamtausgabe der Gefängnishefte, einer Gramsci-Anthologie des Dietz-Verlages Berlin sowie neuester italienischer Publikationen.

Kontakt:

Peter Jehle, Wiciefstr. 30
W-1000 Berlin 21, 030-3965173
Harald Neubert
Elsa-Brandström-Str. 18
O-1100 Berlin, 0372-4724807

den realen Ausgangspunkt der Demokratisierung bilden. Das ist zum einen die beschriebene Weiterentwicklung des menschlichen Bedürfnisses nach Umweltkontrolle und zum anderen die stoffliche Veränderung des Produktivkraftsystems. Nicht nur, daß die da unten nicht mehr so arbeiten wollen wie früher, die da oben können auch nicht mehr so arbeiten lassen. Alle Untersuchungen der jüngsten Zeit laufen auf die gemeinsame Einsicht hinaus, daß die menschenleere Fabrik eine Fiktion ist, daß der Mensch wichtiger wird, und zwar als mitdenkendes schöpferisches und verantwortungsbewußtes Individuum. Verantwortungsbewußtsein setzt aber Verantwortung voraus und so steht das Kapital - wieder einmal müßte man sagen - vor dem Widerspruch, sich eine Arbeiterklasse heranzubilden, die fähiger wird, in die Produktionsverhältnisse einzugreifen und sie umzugestalten. Der Physiker, Software-Ingenieur und Unternehmensberater Gerhard Wohland spricht deshalb vom demokratischen Potential der Computertechnik und kommt zu dem Schluß: „Dieser Widerspruch, daß produktivitäts- und damit profitsteigernde Technik einen demokratischen Prozeß voraussetzt, ist der zentrale Ansatzpunkt einer demokratischen Technologiepolitik im Bereich der Industrie.“¹⁰

Sicher, Illusionen sind wie immer unangebracht, wenn es um die Demokratiefähigkeit des Kapitals geht. Das Mögliche wird erst notwendig, wenn die Unternehmer in die Not der Zugeständnisse geraten. Doch das Neue an dieser alten Tatsache besteht darin, daß die neuen Technologien einen Wandel zu mehr Partizipation innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erzwingen, daß damit die Demokratisierung zu einem Hebel wird, mit dem diese Verhältnisse überwunden werden können, und schließlich haben wir es bei der neuen Technik mit einer Produktivkraft zu tun, die eine Demokratisierung der Arbeit erst wirklich möglich macht. Die Informationstechnologie kann nicht nur demokratisch beherrscht werden, sie ist eine neue materielle Grundlage für die Demokratie im Betrieb - vorausgesetzt, sie wird als solche genutzt.

1872 konnte Engels noch schreiben: „Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als

es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind ... Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergeistes sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist.“¹¹ Es hat den Anschein, daß dieses Zitat schon etwas länger überholt ist, aber heute stehen wir offensichtlich am Anfang einer gegensätzlichen Entwicklung: Das moderne Produktivkraftsystem wird immer abhängiger von seiner sozialen Organisation.

spw.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus „Korrespondenz Sozialistisches Forum“, Nr. 6/90

1 Karl Marx, Thesen über Feuerbach, MEW 3, S. 6

2 Lucien Séve schreibt dazu: „Denn die menschlichen Tätigkeitsweisen existieren im strengen Sinne des Wortes nur in zwei Formen: zum einen in ihrer objektiven Form ... und zum anderen in ihrer subjektiven Form, in den immer einmaligen Persönlichkeiten als Fähigkeiten, Tätigkeiten, Vorstellungen, Motivationen usw.“ In: Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit, Jahrbuch des IMF 10, S. 21

3 Vergl. Ute Holzkamp-Osterkamp, Motivationsforschung Band 2, Frankfurt/M. 1976, S. 18

4 Auf diese Dialektik weist Marx bereits in seiner „Rede auf der Jahresfeier des People's Paper am 14. April 1856 in London“ hin, MEW 12, S. 3. Der Unterschied zur damaligen Zeit besteht aber nicht nur in der Verschärfung dieses Widerspruchs, sondern auch darin, daß er heute, im Zeichen der Massenkommunikation, sinnlich erlebbarer geworden ist.

5 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 391

6 Ebenda, S. 385

7 Vergl. Frank Daphe u.a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, S. 237f.

8 Vergl. Felix Rauner (Hgl.), „Gestalten“ - Eine neue gesellschaftliche Praxis, Bonn 1988

9 Vergl. Jörg Hüftschmid/Heinz Jung, Reformalternative, Arbeitsmaterial des IMF 28, Frankfurt/M. 1988, S. 88ff.

10 Gerhard Wohland, Das demokratische Potential der Computertechnik, in: Forum Wissenschaft 4/87, S. 29

11 Engels, Von der Autorität, MEW 18, S. 306

REGINA KATERNDahl, DIETER SCHOLZ

CIM - DEMOKRATISIERUNG VON ARBEIT UND TECHNIK?

Die Rationalisierungsstrategien der 80er Jahre sind in den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie untrennbar mit dem Begriffskürzel „CIM“ verbunden. Mit den Vorstellungen vom computerintegrierten Fertigen (computer integrated manufacturing) bestand und besteht insbesondere in den exportabhängigen Industriezweigen die Hoffnung, dem steigenden Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten durch eine umfassende Fabrikmodernisierung begegnen zu können.

Das Erringen von Konkurrenzvorteilen auf gesättigten Märkten erfordert heute vom Verwertungsstandpunkt des Einzelkapitals verkürzte Innovationszyklen für ständig neue Produktgenerationen, zunehmende Typenvielfalt, steigende Produktqualität und ständige Lieferbereitschaft.

Die Leistungsanforderungen an den betrieblichen Produktionsprozeß, d. h. an seine Reaktionsfähigkeit und Flexibilität, erhöhen sich durch die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen erheblich:

- automatische Produktionssysteme sollen zur wirtschaftlichen Fertigung kleiner und kleinster Stückzahlen in der Lage sein;
- eine hohe Auslastung von Anlagen und Maschinen soll gewährleistet sein, obwohl ständige Produktwechsel zusätzliche Rüst- und Stillstandszeiten zur Folge haben;
- Materialfluß und Auftragssteuerung sind genau aufeinander abzustimmen, um Produktionsverzögerungen auszuschließen sowie unproduktive Kapitalbindungen in Materialbeständen zu minimieren. Das „magische Viereck“ der Rationalisierung heißt dann auch: hohe Auslastung, kurze Durchlaufzeiten, niedrige Bestände, hohe Termintreue.

Regina Katerndahl, Politologin, und Dieter Scholz, Politologe, beide tätig an der IBS/CIM-Beratung der IG Metall, Berlin

Die Realisierung dieser Ziele versprechen sich Management und Fabrikplaner durch den umfassenden Einsatz der Mikroelektronik zur Technisierung betrieblicher Informationsprozesse. Flexibilität, Geschwindigkeit und Steuerungsgenauigkeit des Produktionsprozesses sollen mittels vernetzter Computersysteme erhöht werden, um auf ständig neue Markterfordernisse reagieren zu können - so die herrschende CIM-Philosophie. Gegenstand der Rationalisierung mittels EDV ist dabei nicht mehr der einzelne Arbeitsplatz, eine Fertigungslinie oder eine Verwaltungsabteilung, sondern die ganze Fabrik.

Die rechnergeführte Fabrik

Die herrschende Zukunftsvision dieses „ganzheitlichen“ Rationalisierungsansatzes ist die rechnergeführte Fabrik, in der der gesamte innerbetriebliche Kommunikationsprozeß zwischen Planung, Disposition, Produktion und Verwaltung, über ein vernetztes Rechnersystem, das auf eine gemeinsame Datenbasis zugreift, erfolgt. Der Fabrikationszusammenhang ist so genau wie möglich EDV-technisch abgebildet. Entsprechend sind Betriebs- und Fertigungsziele sowie die daraus abgeleiteten Strategien, Regeln und Organisationen in Algorithmen gefaßt und in Programmen als feste Abläufe vergegenständlicht. Mit sehr leistungsfähigen CAD-Systemen in Verbindung mit Datenbanken werden Produkte entworfen, verändert, berechnet und gezeichnet. Gleichzeitig werden die EDV-Programme für die Steuerung von Werkzeugmaschinen und für die Arbeitsplanung generiert. Die technische Planung ist über ein einheitliches Datenbanksystem mit der Produktionsplanung und -steuerung vernetzt. Die programmgesteuerte Produktbearbeitung ermöglicht die Verlagerung der Prozeßgestaltung von der Werkstatt in

die Planungsbüros. Durch das Zusammenwachsen von Konstruktion, Arbeitsvorbereitung sowie der Programmierung von Werkzeugmaschinen ergibt sich eine Veränderung der betrieblichen Organisationsstruktur. Rechnergeführte Fertigungssysteme sollen den Menschen im direkten Produktionsprozeß ersetzen. Die Verbleibenden übernehmen die Funktion von Systemmanagern. Sie sind hochqualifizierte und trainierte Spezialisten - Astronauten ähnlich -, die als Team ein ganzheitliches Systemwissen repräsentieren und die Verantwortung für den planmäßigen Ablauf der komplexen technischen Systeme tragen. Sie unterliegen nur noch den betriebsstrategischen Entscheidungen des Managements.

Die rechnergeführte Fabrik ist im industriellen Alltag nicht verwirklicht. Die bisherigen Versuche, sie teilweise zu realisieren, zeigen viele technische, ökonomische und soziale Widersprüche, die die kaum begonnene Zukunft schon wieder in Frage stellen. Nach Schätzung von Industrieberatern verfehlen ca. 80 % aller CIM-Projekte ihre Ziele bzw. Teilziele. So verwundert es denn auch nicht, daß die produktionstechnische Botschaft für die neue Fabrik heißt: CIM ist tot! Die Versprechungen des „computer integrated manufacturing“ hätten in der Vergangenheit zu viele Illusionen geweckt. Es ist daher für die Zukunft realistischer, nur noch von „C-Techniken“ zu sprechen (FAZ, 08.04.1989).

Widersprüche der rechnergeführten Fabrik

Die Entwicklung der rechnergeführten Fabrik zielt auf die Synthese überkommener arbeitsteiliger Organisationsstrukturen und sozialer Hierarchien der alten Fabrik mit neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Die Kontrolle über den Arbeitsprozeß von oben nach unten wird durch den Einsatz zentraler Produktionsplanungs- und -steuerungssysteme verstärkt. Gleichzeitig findet eine Verschiebung von Qualifikationen und Kompetenzen aus der Werkstatt, z.B. über CAD/CAM-Vernetzungen, in übergeordnete technische Planungsbereiche statt. Die „computer-gestützte“ Zentralisierung von Kontroll-, Planungs- und Programmier-tätigkeiten spitze die bestehende Arbeitsteilung zwischen Planung und Ausführung der Produktion weiter zu. Management und

Fabrikplaner erhoffen sich dadurch einen von Zufällen und Störungen freien Produktionsprozeß, eine hohe Transparenz der Arbeitsabläufe sowie eine effiziente Kontrolle der abhängig Beschäftigten.

Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, ist aber eine zentrale Planung und Steuerung des Produktionsprozesses über Rechnersysteme und -netze unter Ausschaltung menschlicher Qualifikationen, Kompetenzen und Kreativität „vor Ort“ nur schwer möglich. Informationen in einer Fabrik laufen über verbale und nonverbale, formelle und informelle Kommunikation. Die Komplexität und Vielfalt dieser Kommunikationen sowie die Reaktionsfähigkeit von Menschen auf Störungen und Zufälligkeiten der Produktion erlauben keine 100 %ige Abbildung in Algorithmen. Je komplexer die EDV und ihre Integration, je geringer die Eingriffsmöglichkeiten des Menschen in Fertigungsprozesse, um so starrer der Produktionsablauf, um so höher die Störanfälligkeit der teureren Maschinensysteme. Die Wirtschaftlichkeit von hohen Investitionen wird damit letztlich in Frage gestellt. Die technischen und ökonomischen Hoffnungen der Rechnerintegration erfüllen sich nicht.

Der Mensch im Mittelpunkt der Produktion?

Automation und Arbeitsteilung im kapitalistischen Produktionsprozeß waren und sind nicht nur ein Mittel zur Prozeßoptimierung und zur Produktivitätssteigerung, sondern sie zielten auch immer auf die Eingrenzung und Rückdrängung des „Eigensinns lebendiger Arbeit“ (Brödner) durch die Vergegenständlichung von Produktionswissen in Technik. Vom Standpunkt des Kapitals schien mit der Verfügbarkeit einer Technik zur automatischen Informationsverarbeitung potentiell die Chance gegeben, sich weiter vom Produktionswissen der ArbeiterInnen, insbesondere in Fertigung und Montage zu lösen. Die Abbildung von Produktionsprozessen in Modellen und ihre Umsetzung in EDV-Programmen eröffnete für die betrieblichen Herrschaftsstrukturen potentiell die Möglichkeit, die betriebliche Arbeitsteilung zu verfestigen, Steuerung und Kontrolle der Produktion zu zentralisieren und den Weg in die menschenarme Produktion mit unbeschränkt verfügbarer Technik anzutreten.

Mit den unzureichenden Produktionserfolgen dieses zentralistischen Entwicklungspfad nahm die Diskussion um den dezentralen Einsatz von Rechnersystemen und die Stellung des Menschen im Produktionsprozeß wieder zu. Es hatte sich gezeigt, daß gerade „vor Ort“ gesteuerte und beherrschte Rechnersysteme mit qualifiziertem und nicht reduziertem Personal zu einem erheblichen Abbau von Stillstandszeiten und Störungen sowie einer effektiven Nutzung der Produktionssysteme führten. Folglich entstand die Forderung: „Alle Kompetenz dem computer aided design (CAD)“ umzukehren. Verfahren der werkstattorientierten Programmierung, der prozeßnahen Werkstattsteuerung sowie Qualitätskontrolle, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten sollen durch speziell dafür entwickelte Computertechniken in den primären Prozeßbereich rückverlagert werden.

Die informationstechnische Integration betrieblicher Teilfunktionen im Rahmen dezentraler Organisationsstrukturen erfordert einen stärkeren Personaleinsatz im unmittelbaren Produktionsbereich und den Abbau von Arbeitsteilung. Dezentralisierung und Abbau von Arbeitsteilung führen aber auch zu einem Bedarf an höheren Qualifikationen, die neben zusätzlichem technischem Wissen vor allem ein stärkeres Zusammenhangswissen der Beschäftigten über den Produktionsprozeß notwendig machen.

Angetreten, mit hoch integrierten Maschinen und Informationssystemen die „eigensinnigen und unberechenbaren Menschen“ in die Nischen der Fabrik- und nur wenige auf die Kommando- brücken - zu verweisen, sieht sich die Produktionstechnik heute gezwungen, den eben noch Gescholtenen zum Hoffnungsträger zu erklären. In Fachzeitschriften, auf Tagungen und Kongressen diskutiert man mit Intensität das Thema „Human capital“. Der gerade erst geborene Begriff „CIM“ wird in der Fachöffentlichkeit verworfen und durch „HIM“ (human integrated manufacturing) ersetzt.

Die Diskussion um die zentrale versus dezentrale Struktur von Rechnersystemen sowie über die Stellung des Menschen in der Produktion sind ein weiteres Indiz dafür, daß der Versuch einer rein informationstechnischen Optimierung des Produktionsprozesses durch Rechnerintegration auf Grenzen stößt. Hat damit die gewerkschaftspolitische Forderung

nach dem „Mensch im Mittelpunkt der Produktion“ auf dem Weg in die neue Fabrik eine Chance der Realisierung?

Die politische Dimension der rechnerintegrierten Fabrik

Nach über hundert Jahren Industriegeschichte steht mit der Mikroelektronik eine Technik zur Verfügung, die erstmalig die Automatisierung geistiger Arbeit erlaubt. Mit der Technisierung der Kopfarbeit greifen Rationalisierungsprozesse in viel stärkerem Maße als bisher in die formellen und informellen Informationsstrukturen der Arbeit ein. Es verändert sich die soziale Organisation der Arbeit, die immer über komplexe Informationsprozesse vermittelt wird. Ist diese Veränderung aber ein beiläufiges und ungeplantes Resultat der Innovationen, bricht sich die technische Optimierung der Fabrik an überkommenen organisatorischen und sozialen Strukturen der Arbeit. Diese Strukturen müssen als eigenständiger und qualitativer Bestandteil der Rechnereinführung begriffen werden. Diese Erkenntnis erfordert potentiell einen Umbau überkommener Fabrikstrukturen durch den gezielten Abbau von Arbeitsteilung, Einführung dezentraler Organisationsstrukturen und eine starke Abflachung von Hierarchien sowie eine hohe Qualifikation und Kompetenz aller Beschäftigten. Mehr noch: das aktive Einbeziehen von Produktionswissen und -erfahrungen ist notwendig. Der erfolgreiche Innovationsprozeß ist daher nur über qualifizierte Beteiligungsformen der abhängig Beschäftigten möglich. Solche, die Produktionseffektivität fördernden Beteiligungsprozesse, entsprechen durchaus den ökonomischen Interessen des Kapitals. Allerdings stehen neue Organisations- und Beteiligungsformen diametral dem Herrschaftsinteresse des Kapitals entgegen.

Dieser Widerspruch bietet einen wichtigen Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Arbeits- und Technologiepolitik sowohl im Betrieb als auch für die gesamte Gesellschaft. Hier liegt die politische Dimension der Rechnerintegration. Im Zentrum steht dabei letztlich die Frage nach der sozialen Beherrschung der Technologieentwicklung.

Arbeitsteilung, Automation und Dequalifizierung großer Teile der abhängig Beschäftigten kennzeichnen die Geschichte der Fabrik. Diese organisatorischen, technischen und qualifikatori-

schen Entwicklungsprozesse haben unmittelbaren Einfluß auf das betriebliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Gering qualifizierte Belegschaften, deren von hoher Arbeitsteilung geprägtes Produktionswissen leicht austauschbar ist, stellen insbesondere zu Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit keine Quelle betrieblicher oder gar sozialer Gegenmacht dar. Die Frage der fachlichen und sozialen Kompetenz über den Produktionsprozeß ist damit unmittelbarer Ausdruck des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit.

Wenn heute der Einsatz der Computertechnik in den Fabriken zunehmend in Widerspruch zu alten Organisations- und Sozialstrukturen gerät, die Ausdruck bestehender Herrschaftsstrukturen sind, dann bietet sich damit für die abhängig Beschäftigten die Chance, diesen Widerspruch in ihrem Interesse aufzugreifen. Die Organisations- und Sozialstrukturen der neuen Fabrik sind durch aktive betriebliche Gewerkschaftspolitik derart zu gestalten, daß der Einfluß der abhängig Beschäftigten durch steigende Qualifikation, Kompetenz und Mitbestimmung auf das „wie“ und „was“ der Produktion gestärkt wird.

Dabei ist allerdings nicht davon auszugehen, daß es einen automatischen Trend zu kompetenz- und qualifikationsorientierten Produktionskonzepten gibt, die durch zunehmendes Produktionswissen die soziale und politische Stellung des/der Lohnabhängigen im Herrschaftsgefüge eines Betriebes stärkt. Diese Entwicklung entscheidet sich weder durch historischen oder technologischen Determinismus, sondern ganz wesentlich durch die politische Praxis der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung selbst. Gefordert ist daher eine demokratische Technologiegestaltung durch gewerkschaftliche Betriebspolitik. Der politische Stellenwert, dem diese Politik grundsätzlich zukommen würde, ist in der gewerkschaftlichen Alltagspraxis bisher nicht erkannt. Hier haben Veränderungen gewerkschaftlicher Betriebspolitik stattzufinden, um demokratische Potentiale der Technikgestaltung im Rahmen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik freizusetzen. Nur dadurch könnten Voraussetzungen zur vielfach geforderten sozialen Beherrschung der Technikentwicklung geschaffen werden, um eine Demokratisierung der Wirtschaft auf breiter Ebene einzuleiten.

spw.

Wenn ich nun von der notwendigen Feminisierung der Gesellschaft spreche, so beziehe ich mich dabei auf den Gedanken der „Politisierung der Gesellschaft“, gepaart mit dem notwendigen Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht.

BIRGIT ZOERNER

FEMINISIERUNG UND DEMOKRATISIERUNG

DREI THESEN

THESE I

Die Begriffe Demokratisierung und Demokratie sind seit den Bewegungen in der DDR vor einem Jahr in aller Munde. Die Diskussion, wie sie zur Zeit von konservativer Seite geführt wird, betont nur die formale Seite der politischen Verfaßtheit und zielt ideologisch vor allem darauf, einen Sinnzusammenhang zwischen „Marktwirtschaft“ bzw. „Kapitalismus“ auf der einen und politischer Demokratie auf der anderen Seite zu vermitteln. Politik bezieht sich nach diesem Verständnis ausschließlich auf den staatlichen bzw. parlamentarischen Raum und hält somit durchaus folgerichtig an der „Allzuständigkeit“ der politischen Parteien und staatlichen Institutionen als Orte des politischen Handelns fest.

Die Beteiligung von immer mehr Individuen bei der Bestimmung der gesell-

schaftlichen Entwicklung ist diejenige Stoßrichtung, mit der wir die „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ in den Mittelpunkt eines linken Reformprojektes gerückt haben. Unter „Alltagsdemokratie“ verstehen wir die „Politisierung der Gesellschaft“. Diese Betrachtungsweise zeigt die beiden Seiten des Demokratisierungsprozesses auf: Kollektive Erhöhung der individuellen Handlungsspielräume im Wechselspiel mit ständig zu erweiternder Partizipation als Dreh- und Angelpunkt eines gemeinschaftlichen Projektes. In seinem Mittelpunkt stehen sich emanzipierende Individuen, die ihre Kompetenzen wechselseitig erweitern und einbringen können.

Fragt man nun nach dem Stand der Demokratisierung einer Gesellschaft, so ist dies zwangsläufig die Frage nach den Verteilungskriterien von und Zugängen zu Machtpositionen und zu erweiterten Lebenschancen. Es fällt nicht sehr

Birgit Zoerner, Sozialwissenschaftlerin, Redakteurin der spw, Dortmund



schwer, für dieses Land zu konstatieren, daß die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht entscheidenden Einfluß auf die Stellung im gesellschaftlichen Machtgefüge hat. Männer und Macht sind in unserem Land Zwillingbrüder, die Möglichkeiten für Frauen zu realer Partizipation und Einbringung ihrer Kompetenzen sind recht gering. Lebensrealitäten von Frauen bleiben ausgeblendet.

Zwischen Männern und Frauen verläuft in unserer Gesellschaft eine entscheidende Spaltungslinie. Auch wenn es in den letzten Jahren aufgrund des Drucks aus der Frauenbewegung und aus anderen Bereichen des außerparlamentarischen Raums erhebliche Fortschritte für die Entwicklung eigenständiger Lebensperspektiven für Frauen gegeben hat, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frauenunterdrückung - in einem sich gegenseitig stabilisierenden System verschiedener Unterdrückungsformen - eine zentrale Rolle für diverse

Spaltungslinien, Herrschaftssicherung und Elitenbildung spielt. Eine politische Bewegung, die sich umfassende Demokratisierung auf die Fahnen geschrieben hat, um den Kapitalismus zu transformieren und ihn letztlich zu überwinden, muß um die Ausweitung der Partizipation und die Erhöhung der Handlungsfähigkeit aller kämpfen - mit besonderem Augenmerk auf die ausgegrenzten und unterdrückten Gruppen.

Wenn ich nun von der notwendigen Feminisierung der Gesellschaft spreche, so beziehe ich mich dabei auf den Gedanken der „Politisierung der Gesellschaft“, gepaart mit dem notwendigen Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht. Dieses Projekt hat zum Ziel, die Partizipation der Frauen zu erhöhen, ihren Kompetenzen Raum zu geben und sie wirksam werden zu lassen. Dabei geht es gerade nicht darum, daß Frauen lediglich in existierende Strukturen kooptiert werden und bis auf eine bessere „Durchmischung“ der Geschlechter alles beim Alten bleibt. Soll die Teilnahme

von Frauen mehr als die Eingliederung in das Bestehende sein und als substantieller Demokratisierungsfaktor wirksam werden, muß dieses Projekt auf das vorhandene radikal-demokratische Potential im zivilgesellschaftlichen Bereich zielen. Nur durch die Erhöhung des Drucks von „außen“, durch die Rekonstruktion von Bewegungszusammenhängen und außerparlamentarischen Initiativen, kann die notwendige gesellschaftliche Gegenmacht aufgebaut werden. Darum geht es vordringlich in der gegenwärtigen Etappe .

THESE II

Das entscheidende Verbindungsglied zwischen der Feminisierung und Demokratisierung der Gesellschaft ist die „Selbstbestimmung“. Sie symbolisiert das politische Ziel sehr viel klarer und populärer als etwa der Terminus „Gleichstellung“. Dieser Terminus hat im Zeitalter der Individualität, in dem niemand so sein möchte wie der/die nächste, oft zu

Mißverständnissen geführt. Aussagen wie „Wir wollen aber nicht so werden wie die Männer“ oder „Ich will aber gar nicht so sein müssen wie xy“ waren und sind keine Seltenheit. Einerseits drücken sie den berechtigten weiblichen Wunsch nach Individualität aus, gleichzeitig stehen sie aber in der Gefahr, durch die

Auf Frauen bezogen wendet sich diese Betrachtungsweise vor allem gegen eine weitere Parlamentarisierung der Frauenstrukturen

...

traditionelle rechte Polemik gegen die „Gleichmacherei“ vernimmt zu werden. Daß diese Polemik durchaus Früchte trägt, läßt sich an einem Beispiel zeigen. Anders kann ich mir die positive Aneignung der Diskussion um die sexuelle Differenz (vor allem die der „affidament-Frauen“ aus Mailand) bei linken Frauen nicht erklären. Die Attraktion, daß sich diese Betrachtungsweise über das angeblich gleichmacherische Element linker Politik hinwegsetzt und endlich einmal die „subjektive Seite“ und die Unterschiedlichkeit der Frauen betont, ist so groß, daß der Blick dafür verlorengeht, daß es sich bei dieser „Theorie“ um nichts anderes als um eine hochindividualisierte Lösungsstrategie mit diversen mystischen Einsprengseln handelt, die die Frage nach der kollektiven Veränderung und Verbesserung der Lebensrealität für die Mehrzahl der Frauen komplett außer acht läßt. Dies leistet nicht selten Vorschub für unnütze und kräfteraubende Auseinandersetzungen, bei der die Begrifflichkeiten als Nebelwerfer fungieren.

Die Tatsache, daß Gleichstellungspolitik zum Ziel hat, zunächst einmal gleiche Voraussetzungen im Rechts- und Bildungswesen, am Arbeitsplatz und anderswo zu schaffen, geht bei dieser Betrachtungsweise unter. Kern der Ablehnung ist gerade bei jungen Frauen die verständliche Angst davor, schon wieder von außen auf eine bestimmte

Zukunft festgelegt zu werden, ohne eine individuelle Lebensplanung durchsetzen zu können. Deutlich wird allerdings einmal mehr unsere Schwäche, politische Ziele auch sprachlich angemessen und ausstrahlungsfähig zu inszenieren.

Wir müssen das berechtigte Interesse gerade junger Frauen nach einer selbstbestimmten, unterscheidbaren Lebensführung als gemeinschaftliches Projekt mit kollektiven Lösungen inhaltlich greifbar machen. Nur so werden wir diskursfähig.

Inhaltlich geht es um die Entwicklungsbedingungen und Fortschreibungsmöglichkeiten der „Pluralisierung der Lebensstile“. Diese Aufweichung vorgezeichneter Lebenswege durch den Ausbau verschiedener Sektoren des Sozialstaates hat in den letzten Jahren zu einem erheblichen Zuwachs an Selbstbestimmung gerade für junge Frauen geführt. Auf der anderen Seite hat vor allem in Zeiten ökonomischer und sozialer Unsicherheiten der Verlust dieser Bindungen zu enormen Verunsicherungen und Belastungen geführt, die zunehmend individuell verarbeitet werden müssen. Die Risiken und ihre Folgen sind zwischen den Geschlechtern extrem ungleich verteilt (siehe vor allem „alleinerziehende“ Frauen). Oftmals führt dies zu einem „selbstbestimmten“ Rückfall in alte Familienstrukturen. Hier tut sich eine Schere zwischen den neuen Herausforderungen an den Sozialstaat und der veränderten (Bedürfnis)Struktur vor allem der weiblichen Bevölkerung auf. Nur durch einen weiteren Ausbau des Sozialstaates, der in Zukunft verschiedene Lebensperspektiven absichern soll, wird das Ziel der „biographischen Selbstbestimmung“ greifbar. Der Unmut darüber, sich mit den unterschiedlichsten Einzelentscheidungen (Abschluß, Ausbildung, Kinder bekommen, ...) für den Rest des Lebens festgelegt zu haben, wächst. Für viele junge Frauen ist es heute gerade die Kinderfrage, die eine Weggabelung ohne Verbindungsstücke zum jeweils anderen Weg bedeutet, einen „point of no return“. Verbindungsstücke, wie zum Beispiel Kind und Karriere sind rar vertreten und fast immer Produkt einer privilegierten und/oder individualisierten Lösung, oftmals nur für Frauen mit genügend finanziellen Mitteln erreichbar.

Die Weiterentwicklung des Sozialstaates muß diese Probleme aufgreifen und auf die Erhöhung der individuellen

Handlungsspielräume und echte Wahlmöglichkeiten für möglichst viele Menschen zielen. Der Entwicklungsgrad einer Gesellschaft wird sich auch in Zukunft an dem Grad seiner Sozialstaatlichkeit messen lassen müssen. Allerdings muß der Sozialstaat in diesem Prozeß auch selber verändert werden. Aktuell ist er so strukturiert, daß er die sexistische und rassistische Überformung der Gesellschaft reproduziert. Zudem verwaltet er die Menschen, anstatt sie gestaltend eingreifen zu lassen. In der Zukunft müssen betroffene Gruppen, Personen und Verbände über die Richtung und Qualität seiner Weiterentwicklung mitbestimmen können. So würde der Sozialstaat im doppelten Sinne eine entscheidende Rolle im Demokratisierungsprozeß spielen; als Instanz zur Erhöhung individueller Handlungsspielräume und als der Ort, zu dem erweiterte Kompetenzen zurückfließen.

THESE III

Die Erhöhung der gesellschaftlichen Partizipation muß im zivilgesellschaftlichen Bereich entwickelt werden. Auf Frauen bezogen wendet sich diese Betrachtungsweise vor allem gegen eine weitere Parlamentarisierung der Frauenstrukturen, die häufig zu nichts anderem als zu einer Kooptierung von Frauen und Frauenthemen in vorhandene Strukturen führt. Feminisierung und Demokratisierung bedeutet auch eine Kampfansage gegen den Klüngel, der sich mangels Druck von außen an den verschiedensten Stellen etabliert. Er ist deutlichstes Indiz dafür, daß eine reine Institutionalisierung ohne Anspruch auf substantielle Veränderung bleiben muß, wenn sie sich nach außen abschotten kann. Ein gutes Beispiel dafür ist der Umgang mit der Quotierung. Auf den Wogen der Frauenbewegung in die Parteien getragen und zunächst ein radikaler Schlag gegen das gesamte Gefüge z.B. der SPD, droht die Quotierung aufgrund ihres zunehmend formalen Charakters und ihrer inhaltlichen Entkleidung immer mehr zu einer neuen Form von - diesmal eben weiblichen - Seilschaften zu verkommen. Von der geforderten größeren Transparenz der Strukturen ist nichts in Sicht.

Die Quotierung stellt natürlich insofern einen Fortschritt dar, als daß sie die numerische Teilhabe von Frauen sichert. Durch ihre faktische und gewollte Iso-

DER ANDERE
BLICK

Freitag

Die Wochenzeitung

Ab sofort am Kiosk
Jeden Freitag, für DM 2,50

Ja, ich möchte den
Freitag kennenlernen...

... und bestelle 6 Ausgaben für DM 10,-
(gegen Vorkasse: Geldschein, Briefmarken,
Scheck) als Probeabonnement.
Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Aus-
gabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo
in ein reguläres Abonnement um.
Obenstehende Bedingungen habe ich zur
Kenntnis genommen.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Wir ist bekannt, daß ich diese
Bestellung innerhalb einer Woche beim FREITAG-Verlag
widerrufen kann.

Datum/Unterschrift

Einsenden an: FREITAG Verlag GmbH,
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

Was ist Neo-Rassismus?



Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein

Rasse Klasse Nation

Ambivalente Identitäten

Übersetzt von Ilse Utz
und Michael Haupt

279 S., br., DM 28,-

Dies Buch ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus fast überall auf der Welt erneut auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um mehr handelt als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

lierung von den Kämpfen im außerparlamentarischen Raum und mit dem Auseinanderfallen der Frauenbewegung ist ihr für entscheidende Veränderungen die Spitze gebrochen. Erst durch ein Erstarren der außerparlamentarischen Bewegungen wird die ins Stocken geratene Quotierung Dynamik wiedererlangen können, wenn die häufig selbst auferlegte Isolierung durchbrochen werden kann.

Wenn ich in der ersten These die Erweiterung der Partizipation und der Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten als ein radikal-demokratisches Projekt bezeichnet habe, so sollte damit die Ausrichtung auf den außerparlamentarischen Raum charakterisiert werden. Das radikaldemokratische und zivilgesellschaftliche Potential ist bei jungen Frauen erheblich höher zu veranschlagen als bei jungen Männern. Dies drückt sich nicht zuletzt im Wahl- und Organisationsverhalten junger Frauen aus. Wir haben uns zwar mittlerweile daran gewöhnt, daß bei jeder Jugendstudie Frauen die größere Skepsis gegenüber Parteien und eine höhere Affinität gegenüber Initiativen äußern, daß sie bei den WählerInnen der Reps eine sehr kleine Gruppe darstellen und daß sie bei den LinkswählerInnen außerordentlich gut vertreten sind. Dies alles ist Ausdruck eines brachliegenden zivilgesellschaftlichen Potentials, was im Rahmen einer Alltagsdemokratie, die sich auf Fraueninitiativen und andere Formen selbstverwalteter Basismacht stützt, außerordentlich bedeutsam ist.

Die Öffnung des Staates gegenüber der Zivilgesellschaft könnte bedeuten, daß diese Basisstrukturen über Beiräte Einfluß auf staatliche Entscheidungen nehmen können, ohne ihre Autonomie an die Parteien abzugeben. Sie brauchen eigene Eingriffsmöglichkeiten, Finanzen und ein Vetorecht für bestimmte Fragen gegenüber den entsprechenden parlamentarischen Ebenen. Ansatzweise hat es solche Versuche einmal auf kommunaler Ebene mit den „Gleichstellungskommissionen“ gegeben. Das Problem bestand allerdings darin, daß die VertreterInnen für diese Gremien über die Parteien und die diversen „mächtigen Interessensgruppen“ festgelegt wurden und viele Initiativfrauen auf diesem Weg außen vor blieben. Es ist aber undenkbar, Frauenmacht zu stärken, ohne den Parteien Macht zu nehmen!

spw.

Andrea Hilgers, Bertram Sauer

TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER

Notizen zu Konservatismus
und Demokratie

„Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist nötig, daß alles sich verändert.“ (Giuseppe di Lampedusa)

„Die Geschichte zeigt, daß diejenigen Parteien die Wahlen gewonnen haben, die in ihren inhaltlichen Konzepten die jeweils vorhandenen politischen Grundströmungen aufgefangen und politisch artikuliert haben.“ (Heiner Geißler)

Der vielbeschworene Übergang in die 90er Jahre verlief anders, als es manche Prognosen der Linken erwarten ließen. Dies dürfte - vor dem Erscheinen dieses SPW-Hefes - auch die Bundestagswahl am 2. Dezember gezeigt haben. Zum Thema „Neokonservatismus“ war beispielsweise noch Anfang 1990 in der SPW zu lesen: „Als politisches Krisenlösungskonzept taugt er nicht, weil seine Fähigkeit, Tradition und Moderne ideologisch zu verschweißen, sich schneller als erwartet erschöpft hat, und er das notwendige Element gesellschaftlicher Integration und Konsensbildung systematisch vernachlässigt“ (Brosch u.a. in SPW 1/1990). Die Autoren suggerieren damit eine Stärke des Konservatismus, die er nicht hat und die er im übrigen zur Revitalisierung seiner Diskursfähigkeit auch gar nicht braucht, um denselben anschließend um so leichter für erledigt und den Sozialliberalismus à la Lafontaine zur einzig erfolgversprechenden Alternative (v)erklären zu können.

Deutscher Euro-Konservatismus

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: es geht an dieser Stelle nicht darum, reale Fragmentierungstendenzen und Abnutzungserscheinungen in-

Andrea Hilgers, Politologin, Hamburg,
Bertram Sauer, Blindenpädagoge,
Hamburg

nerhalb des politischen Projekts des Konservatismus zu bestreiten. Jedoch scheint das Scheitern des konservativen politischen Diskurses mit seinen Polen „Wir sind ein Volk“ und „Wir wollen das Europa freier Völker“ alles andere als ausgemacht zu sein. Bei allem Nationalismus, der für den deutschen Machtblock konstatiert werden kann, sollte nicht vergessen werden, daß sich Helmut Kohl gemeinsam mit dem französischen Staatschef durch eine Initiative zur politischen Union EG-Europas gewissermaßen als Super-Europäer zu profilieren sucht.

Die CDU verfügt nicht nur über einen europäisierten „Wiedervereinigungskanzler“, sondern auch über erfolgreiche PolitikerInnen, in deren politischem Konzept der Nationalismus bestenfalls eine antiquierte Rolle spielt. So diagnostizierte Lothar Späth in seinem Buch „Der Traum von Europa“ für die „Freiheit im anderen Teil unseres Vaterlandes“ einen Gärungsprozeß, um parallel zu formulieren: „Der Nationalstaat herkömmlicher Prägung hat langfristig keine Zukunft mehr.“ Der Konservatismus begnügt sich keineswegs mit der Fortschreibung vorhandener Regulierungsmechanismen. Während die Linke dem Konservatismus auf den Groß-Klein-Deutschen patriotischen Leim geht, versucht dieser scheinbar unbemerkt den Ausbruch nach Europa, denkt über den klassischen Nationalstaat hinaus: „Erst eine von den Bürgern durch Abstimmung bestätigte Verfassung würde wirklich Neues schaffen, konstitutiv wirken, ursprüngliches europäisches Recht setzen.“ (Lothar Späth 1989)

Da der „wahre Konservative“, nach Heiner Geißler (in: Zugluft - Im Sturm der Zeit) nicht an dem „klebt ... was gestern war, sondern lebt aus dem, was immer gilt“, muß das Nationale für ihn von den „Grundwerten eingegrenzt und überdacht werden“ (gleichwohl erklärt er es zum politischen „Ziel, das man anstreben kann“). In der ideologischen Sphäre des „Nationalen“ wie auch der „europäischen Freiheit“ und der „Marktwirtschaft“ geht es den Konservativen keineswegs um die Herstellung einer homogenen Weltanschauung, sondern im Gegenteil um die Konstruktion eines politischen Diskurses aus möglichst unterschiedlichen Elementen zur Anrufung von sehr verschiedenen Gruppen und Individuen. Auch auf anderen Feldern der ideologisch-politischen Auseinan-

dersetzung versucht sich die CDU weit über ihren traditionellen Diskurs hinaus zu profilieren. Wieder einmal ist es Rita Süßmuth, die mit ihrem Vorschlag eines „dritten Weges“ in der Abtreibungsfrage realen Problemdruck aufnimmt und dem Zeitgeist einen konservativen Weg weist.

„Beteiligung“ statt Demokratie

Und dies gilt auch und gerade für die Demokratiefrage, der sich die Konservativen in dem Maße bemächtigen konnten, wie in der früheren DDR „das Volk“ nicht mehr von links her artikuliert wurde, sondern als „ein Volk“ im schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer wieder auftauchte. Doch mit dieser nationalen Wendung der Demokratiefrage hat es für den modernen Konservativen eben keinesfalls sein Bewenden. Es scheint so, als ob gewissermaßen die zweite Runde eingeläutet werden soll. Als Kronzeuge kann erneut Heiner Geißler gelten, der mit seinem Plädoyer für „Grundentscheidungen des Wahlvolks“ nicht nur am Volksparteienprinzip festhält, sondern damit auch nichts anderes als eine bipolare Konkurrenz der politischen Diskurse zulassen will: „Anfang der 90er Jahre steht die Bundesrepublik in einem der schwierigsten Prozesse der Gestaltung des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandels ... Nur Volksparteien können die mit einem solchen Prozeß natürlicherweise verbundenen Spannungen aushalten und die damit verbundenen schweren Konflikte überwinden und auch aussöhnen.“ (Geißler 1990) In diesem Zusammenhang liest sich der Geißlersche Befund von den drei kardinalen Irrtümern des Demokratieverständnisses der Deutschen: der „autoritären“, nach dem das deutsche Volk angeblich jemanden brauche, der ihm sage, wo es langginge, dem der „privatistischen Politikabstinenz“ und der „rot-grünen“ Illusion von der „Basisdemokratie“.

Worauf Heiner Geißler im übrigen setzt, ist eine Übertragung moderner Managementphilosophien auf den politischen Raum: „Jede politische Führung ist, wenn Fehler vermieden werden sollen, auf Kommunikation, auf Aussprache und auf Kritikbereitschaft angewiesen.“ Solchen ethischen Maximen sollen sich die politischen Persönlichkeiten unterwerfen, ohne jedoch auf die Ausübung von

Herrschaft zu verzichten. Derartige Leitlinien entsprechen den Diskussionen der neueren Betriebswirtschaft zum Thema kooperatives Management ebenso wie dem Postulat der „Neuen Unternehmenskultur“ innerhalb von Großbetrieben. All diesen Konzepten ist eines gemeinsam: Das Subjekt soll durch „Vermenschlichungsstrategien“ direkter einbezogen werden, ohne die der Organisation der Arbeit zugrundeliegenden hierarchischen Strukturen grundsätzlich in Zweifel zu ziehen oder gar abzuschaffen. Anders ausgedrückt: Es geht um ein „neues Verhältnis“ des „Führers“ zu seinen MitarbeiterInnen, nicht jedoch um die reale Demokratisierung innerbetrieblicher Entscheidung. Ohne jeden Zweifel wächst im herrschenden Block die Auffassung heran, nach der die „ideologische Subjektion“, durch die die Individuen zu TrägerInnen der herrschenden Politik werden, modifiziert werden muß. Unter ideologischer Subjektion verstehen wir nach W.F. Haug die Formen, „in denen sich die Individu-

en zu untergebenen Subjekten der Herrschaftsordnung machen, sich in dieselbe einordnen - auch in Gestalt von Selbstbeherrschung - aufnehmen, hineinnehmen usw.“ Das dazu nötige Netzwerk ideologischer und sozialer Kontrolle in den Institutionen von Erziehung, Gesundheit, Sport, Kunst und Kultur, Medien sowie Justiz aber auch in den Sphären von Arbeit, Politik und Ideologie wird nach der Devise „Soviel Beteiligung wie nötig, soviel Herrschaft wie möglich“ geprägt und genutzt. Eine zentrale Rolle spielt dabei das private Glück der Individuen - oder besser eine aufgeklärte Selbstzufriedenheit - im Rahmen moderner Arbeitskonzepte, aber auch im Rahmen der modernen Kleinfamilie, die sich gewissermaßen komplementär zu den gewünschten Demokratievorstellungen verhält.

Zum Schluß: Der Diskurs der Konservativen ist also in ständiger Bewegung begriffen. Er verbindet dabei insbesondere ideologische Elemente aus dem

ökonomischen Raum mit Vorstellungen zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Politik, wobei dies wiederum mit einem Spektrum nationaler und europäischer Elemente verknüpft wird. „Beteiligung“ rückt dabei als bestimmendes Moment eines neokonservativen Demokratiediskurses in den Vordergrund. Ob der „moderne Sozialliberalismus“ auf diesem Gebiet konkurrenzfähig ist oder einmal mehr - mangels einer konsequent betriebenen Alternative - der konservativen Diskursfähigkeit unterliegt, bleibt wie üblich abzuwarten. Ändern kann sich die Situation freilich nur, wenn Lafontaine u.a. tatsächlich die Auseinandersetzung mit den bestehenden Machtstrukturen - einschließlich der Systeme der betrieblichen Beteiligung und der politischen Integration nach dem Muster der „Volksparteien“ - suchen. Anders als in dem oben erwähnten Aufsatz von Brosch u.a. ist dazu allerdings nicht weniger, sondern mehr „Populismus“ notwendig.

spw.

Andreas Fisahn

ZWISCHEN ZEITGEIST, JAKOBINERHERRSCHAFT UND PARTEIBÜROKRATIE

Anmerkungen zur Demokratiedebatte der SPW

Die jüngsten Ausgaben von spw überraschten ihre Leserinnen durch eine Demokratiedebatte. Die Beiträge reichten von grundlegenden demokratietheoretischen Erwägungen (Machnig; Jung: 2/90) über Vorschläge zur Parlamentsreform (Skirke: 1/90) bis zu sehr konkreten Überlegungen zur SPD-Parteireform in Richtung Öffnung und Demokratisierung (Krämer u.a.; Schulze: 2/90). Eine solche Debatte ist erstens bis zehntens ausgesprochen erfreulich, weil sie nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ dessen fundamentale Demokratiedefizite in den Mittelpunkt des Interesses stellt. Damit belebt sie die zeitweise sehr schwache Tradition der Verdinglichungs- und Entfremdungskritik in der Arbeiterbewegung

Andreas Fisahn, Göttingen, Redakteur des SOZIALIST

und der Linken wieder. Diese klagt die bürgerlichen Verheißungen von Freiheit, Gleichheit, - und heute sagt man besser - Solidarität statt Brüderlichkeit, nicht nur gegen die schlechte Wirklichkeit ein. Sie will vielmehr ihre formalen Beschränkungen überschreiten, sie mit der Kritik der Gesellschaft verbinden und so den Weg zu materialer Freiheit, Selbstregierung, autonomer Selbstbestimmung aufzeigen. Erfreulich ist diese Demokratiedebatte aber auch, weil sie dringend erforderliche Änderungen der Strukturen des Juso-Verbandes problematisiert.

Jakobinerherrschaft oder: „altes Denken“

Elftens sind aber einige kritische Bemerkungen zur angefangenen Diskussion anzubringen. Unterstellt man die im

Vorwort intendierte „demokratietheoretische Fundierung“ eines „modernen Sozialismus“ erweist sich der Beitrag von Heinz Jung, den die SPW-Redaktion aus der Zeitschrift marxistische Erneuerung übernahm, eigentlich als Anachronismus. Jung kann das „alte“ Denken trotz seiner offenkundig katastrophalen Konsequenzen nicht abschütteln. Demokratisierung erscheint bei ihm letzten Endes als taktisches Instrument, nützliches Mittel zum Zwecke des Klassenkampfes, der selbst inhaltlich leer bleibt. Moderner wird diese Einstellung auch nicht dadurch, daß der von der Soziologie konstatierte „Individualisierungsprozeß“ kurzerhand als „subjektive“ Bedingung einer neuen Form der Klassenauseinandersetzungen vereinbart wird. Jung schreibt: „Gleichzeitig wird das vielfach intensivere Demokratiebedürfnis, das mit dem neuen Indi-

vidualisierungsschub entsteht, zu einer schärferen Konfrontation von Individuum und Staat bzw. übergreifenden Organisationen und Institutionen auf der einen Seite und den durch Eigentumsprivilegien und Zwänge der Kapitalverwertung gesetzten Entwicklungsbarrieren auf der anderen Seite führen. Gerade in diesen Zusammenhängen und aus diesen Quellen kann auch der Gegensatz von Arbeit und Kapital erneut Brisanz erlangen." (spw 2/90, 50) Die instrumentelle Einstellung zur Demokratie tritt hier klar zu Tage, aber allein die Diktion macht mir die Haare zu Berge stehen. Wann wird endlich diese als Wissenschaft verbrämte Kaffeesatzleserei, die bis in kleinste Entscheidungen runterdeklinierte objektive Gesetzmäßigkeit der Geschichte ihr Ende haben? Wenn man Individualität, das Subjekt, ernst nimmt, ist man gezwungen auch von der anderen Seite in die Kristallkugel zu blicken. Oder mit Heines Wintermärchen: „Doch dieser deutsche Zukunftsduft/ Mocht alles überragen/ Was meine Nase je geahnt./ Ich konnt es nicht länger ertragen.“

Schließlich läßt Jung die Katze aus dem Sack: „Ganz im Gegenteil deutet alles auf die Notwendigkeit eines neuen Demokratisierungsschubs in die Tiefe der Gesellschaft. Darüber hinaus kann man die begründete Ansicht vertreten, ... daß sich in einem solchen Prozeß erneut die Notwendigkeit des Sozialismus stellen wird und sich dazu neue Zugänge erschließen werden. Dies könnte angesichts der heute vorhandenen Erfahrungen und theoretischen Einsichten nur ein demokratischer Weg zu einem demokratischen Sozialismus sein. Auch er könnte freilich nicht von der Möglichkeit des Gesetzesbruches durch Kräfte der Restauration und der dadurch hervorgerufenen Notwendigkeit eines Ausnahme- und Notstandsregimes - also faktisch Formen der Diktatur auf Zeit - absehen. Dies wäre im Kern die revolutionäre Übergangsdiktatur, wie sie Marx für notwendig erachtete, die allerdings nichts mit der Diktatur des Proletariats zu tun hätte, wie man sie aus der Geschichte der Sowjetunion kennt." (spw 2/90, 51)

Das hat nicht mit Dialektik zu tun, auch nichts mit Notwendigkeit, sondern das ist die ganze alte Kacke, deren Ausdünstungen Heine als Zukunftsduft schnupperte. Wenn die demokratische

Option im nächsten Atemzug wieder zur Rechtfertigung der Diktatur dient, und zwar wie Rosa Luxemburg es in ihrer Schrift zur russischen Revolution ausdrückte, der „Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft“ (Werke 4, 362), in der die „bürgerlichen“ Freiheiten, Rede-, Versammlungs-, und Pressefreiheit, ausgeschaltet sind und allgemeine Wahlen durch Akklamationen ersetzt werden, dann ist der Weg zur „demokratiethoretischen Fundierung“ eines sozialistischen Projekts verbaut. Dann kann man nur hoffen, daß die Exekutoren solcher „Theorie“ nicht in den Besitz von Panzern kommen. Der Schaden, der auf Grundlage solcher Ideologie angerichtet wurde, ist so groß, daß eine ernsthafte Diskussion unmöglich erscheint.

Zeitgeist und Zivilgesellschaft

Eine kleine Überraschung bereitet der Artikel von Matthias Machnig; nicht wegen seiner Schlußfolgerung, die wohl weitgehend Zustimmung finden kann: „Wir brauchen eine Neuauflage des 'Mehr Demokratie wagen', mit viel grundlegenden und grundsätzlicheren Möglichkeiten des gesellschaftlichen Eingriffs und der gesellschaftlichen Mitgestaltung. Hierüber muß die gesamte Linke in eine produktive Auseinandersetzung treten und dieses Thema als zentrales Feld der Zukunftsentwicklung begreifen“ (spw 2/90, 45). Eine Einschränkung der Zustimmung ist dennoch erforderlich, da doch die „alte“ Auflage des „Demokratie wagen“ mit Berufsverboten und einem ungeahnten Ausbau der „Sicherheitsapparate“ verbunden war. Überraschend ist, daß Machnig die kommunikationstheoretisch inspirierte, d.h. an Habermas orientierte, Demokratietheorie von Rödel, Frankenberg, Dubiel zur tragenden Säule seiner Argumentation macht. Diese wird im übrigen durch ihren Synkretismus, die Aufnahme von allem, was an Theorien für gut und modern gehalten wird, nicht unbedingt tragfähiger. Vom „Staat als Pionier“, wie er durch die „53 These“ geistert, wechselt Machnig zur Perspektive der civil society, die sich autonom in ihrer Pluralität konstituiert und gegen Verstaatlichung behaupten soll. Civil society wird von Rödel u.a. mit Zivilgesellschaft übersetzt, womit die nahe liegende Übersetzung „bürgerliche Gesellschaft“, ein Begriff der seit

Hegel belegt ist, vermieden wird. Rödel u.a. konstruieren die Zivilgesellschaft durchaus parallel zu Hegels bürgerlicher Gesellschaft - als Sphäre der pluralen Eigeninteressen, die letztlich staatlicher Macht beschränkend entgegen gesetzt wird. Den Schritt ihrer Aufhebung in einer wie immer gearteten kollektiven Identität wollen sie aber nicht mitgehen, bzw. gegen Hegel, der die Aufhebung metaphysisch im Willen des Fürsten konstruierte, neu entwickeln.

Rödel u.a. beginnen ihre Argumentation mit der Behauptung, daß die mit dem Kapitalismus einhergehende Rationalisierung und Säkularisierung von Weltbildern zur Erosion der Legitimationsgrundlage der religiös gerechtfertigten weltlich, hierarchischen Ordnung und der diese Ordnung repräsentierenden fürstlichen Macht führte. Als Konsequenz der demokratischen Revolution, die den Legitimitätsverlust absoluter Herrscher mit deren Enthauptung sinnfällig machten, behaupten sie: „Die Stelle der Macht wird buchstäblich leer.“ (Rödel u.a., Die demokratische Frage, 89) Dabei lassen sie essayistisch im Dunkeln, ob das nur für die Macht auf der Ebene symbolischer Repräsentation oder auch für die Ebene realer Macht gilt. Gemeint ist wohl beides, wenn auch die symbolische Ebene betont wird, da doch die Behauptung, die Stelle der Macht bleibt leer, so offenkundig der gesellschaftlichen Wirklichkeit ins Gesicht schlägt. Wo reale politische Herrschaftsverhältnisse unausweichlich in den Blick geraten, geht es nur noch darum, die Stelle der Macht nur temporär zu besetzen, es auszuschließen, daß sie auf Dauer okkupiert wird. „Zwar ist also auch in einer Demokratie immer noch der Bezug auf eine Macht wirksam, mit deren Hilfe die Gesellschaft über sich selbst verfügt. Und diese Macht scheint - als 'Staat', 'Politik' oder 'Regierung' - außerhalb der Gesellschaft zu liegen. Doch kann sie sich nicht wirklich draußen festsetzen.“ (aaO., 118) Auf der anderen Seite, der leeren Stelle der Macht gegenüber konstituieren Rödel u.a. die Zivilgesellschaft, die autonom und handlungsfähig wird, „soweit eine eigenständige öffentliche Sphäre des Politischen sich herausbildet und gesichert wird, in der jene ihre Macht über sich entfalten und ihre Geschichte ... selbst bestimmen kann.“ (aaO., 90) Das ganze nennen Rödel u.a. „symbolisches Dispositiv einer demokratischen Republik“, ohne

damit Licht in die Sache zu bringen. Die politische Öffentlichkeit als Voraussetzung der autonomen, selbstbestimmten Zivilgesellschaft werde gesichert durch den Rechtsstaat, die Herrschaft des allgemeinen Gesetzes, und die Menschenrechte. An dieser Stelle ahnt man schon, daß sich das „Projekt der Selbstregierung“ der Zivilgesellschaft auf die öffentliche Kontrolle politischer Macht reduziert. Durch die Freiheitsrechte, meinen Rödel u.a., werde ein Raum geschaffen, in dem die Zivilgesellschaft als konfliktreiche Pluralität diskursiv und in „vielfältigen Formen symbolischer Praxis“ die Geltungsgrundlagen legitimer Macht bestimmen könne, die somit nicht nur durch Recht, sondern auch durch die Praxis der Zivilgesellschaft gebunden ist. „Die öffentlichen Debatten und die symbolische Praxis der Bürger und ihrer Assoziationen erweisen sich so in einer Demokratie als die unhintergehbaren und unverfügbaren Legitimationsgrundlagen der Macht.“ (aaO., 106) Die Begrenzung politischer Macht wird so bei Rödel u.a. zur Sache der diskursiven und symbolischen Praxis der Zivilgesellschaft. Dem nahe liegenden Einwand, daß die Bedeutung der institutionellen Realität unterschätzt und gegen eine symbolische Perspektive ausgespielt wird, beantworten Rödel u.a. so: „Das einmal freigesetzte Handlungspotential der Zivilgesellschaft begehrt immer wieder gegen seine institutionelle Domestizierung und Entmündigung auf und verändert oder zerstört die Institutionen.“ Suffragetten und neue Frauenbewegung, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Friedensfreunde und schließlich auch die Bürgerrechtler im „realen Sozialismus“ zeugten davon, „daß institutionell verhärtete Formen der Machtausübung auf die Dauer keinen Bestand haben gegenüber der reaktivierten Handlungsfähigkeit der assoziierten Bürger.“ (aaO., 92) Nur, fragt man sich, was nützt es der Generation von DDR-Bürgern, die ihr Leben lang von politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren, daß im Herbst 1989 das Projekt der Selbstregierung kurze Zeit zu neuem Leben erwachte, um schließlich vor der westlichen Übermacht zu kapitulieren und in einen Unterwerfungsvertrag einzumünden? Auch für Millionen von Friedensbewegten in einer westlichen Demokratie dürfte es 1983 ein schwacher Trost gewesen sein, daß die Bundeswehr sich zur

größten Friedensbewegung erklärte und der Nato-Beschluß umgesetzt wurde. Weil Rödel u.a. die institutionelle Wirklichkeit realer Machtausübung bewußt außen vor lassen (vgl. Links 3/90, 33), wird ihre Theorie affirmativ. Sie rechtfertigt tatsächlich ungleiche Machtverteilung, indem sie die Geschichte der sozialen Bewegungen, die zugleich größtenteils die Geschichte ihres Scheiterns ist, zur Geschichte der ständig neu formulierten Legitimationsgrundlage politischer Macht hochstilisiert und letztlich die Frage der institutionellen Erweiterung demokratischer Entscheidungsprozesse verdrängt.

Die handlungsfähige, autonome Zivilgesellschaft, der gegenüber die Stelle der Macht leer bleibt, als Idee der vernünftigen Selbstregierung, die zu Beginn vollmundig verkündet wird, reduziert sich schließlich auf den „Fluchtpunkt“ (111) des Kampfes der unterschiedlichsten sozialen Bewegungen. Damit wird das Projekt der Selbstregierung aber von einer normativen Idee, an der die schlechte Wirklichkeit gemessen werden könnte, mehr zu einer regulativen Idee der Vernunft, ein nie erreichbares Ziel, das zu denken man aber nicht aufgeben kann. Die Vorstellung einer permanenten Selbstorganisation der Gesellschaft, meinen Rödel u.a., verweist auf eine „Veränderung der real existierenden politischen Verhältnisse“, die Idee der tatsächlich gleichen Partizipation aller an der Macht „verbannt Demokratie einmal mehr ins Reich utopischer Hoffnungen.“ (aaO., 124) Aber ihre Hoffnungslosigkeit bedeutet im Ergebnis die Resignation in der Praxis, das Hineinfinden in die realen sozialen Machtverhältnisse und institutionellen Verkrustungen mit dem schwachen Trost, daß die Macht in einer Gesellschaft mit funktionierender Öffentlichkeit an die Praxis eben dieser Gesellschaft rückgekoppelt bleibt. Diese eigentlich banale Aussage interpretieren Rödel u.a. als „Offenheit der Verfassung“, ein Postulat, das Rödel u.a. aus Hannah Arendts Überlegungen zur amerikanischen Revolution und Demokratie beziehen. Arendt zeigt das Dilemma der demokratischen Revolution: „Wenn mit der Gründung die Revolution ihr Ziel erreicht hat und an ihr Ende gekommen ist, dann ist der Geist der Revolution nicht nur nicht das Neubeginnen, sondern das Beginnen von etwas, was weiteres Neubeginnen erübrigen soll; eine dem Geist des Neu-

Sozialist

- Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen
- erscheint 6 mal jährlich
- für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- Einzelheft 3,50 DM,
- Jahresabo 21,00 DM

Thema DDR Angebot zum Kennenlernen

Berichte, Meinungen und Hintergrundinformationen zur Situation in der DDR und zu den Problemen der Wirtschafts- und Währungsunion im Viererpack: Die ersten vier Hefte des Jahrgangs '90 mit dem Themenschwerpunkt DDR bieten wir Interessierten zum Sonderpreis von DM 10,00 (incl. Porto) an.

Bestellzettel ausfüllen, 10-Mark-Schein (oder Briefmarken) beilegen und ab die Post an

SOVEC
Im Körbchen 10
3400 Göttingen

Schickt mir die 4 Hefte für 10,- DM.

| | |
|--------|-------|
| Name | _____ |
| Straße | _____ |
| Ort | _____ |

Geld / Briefmarken beiliegend.

Sozialist

beginns entsprechende Institution würde gerade die revolutionären Errungenschaften wieder in Frage stellen. Woraus leider zu folgen scheint, daß nichts die revolutionären Errungenschaften mehr gefährdet als eben der Geist, der sie hervorbrachte." (Arendt, Über die Revolution, 289f) Mit den aus demokratischen Ansprüchen hervorgegangenen aber zur Stabilisierung des Erreichten geschaffenen Institutionen wurden eben die demokratischen Ansprüche, selbst die Grundlagen eigenen Handelns zu bestimmen, die Offenheit der Verfassung untergraben. Das verbindet Arendt mit einem Gedanken, der auch aller Parlamentarismuskritik in irgendeiner Form zugrunde liegt, demzufolge „zwar alle Macht vom Volke stammt, das Volk aber diese Macht nur am Wahltag besitzt, wonach sie Eigentum der Regierenden wird.“ (aaO., 303) Unter Rückgriff auf Jefferson meint Arendt darum, daß die Offenheit der gesellschaftlichen Verfassung nur zu erreichen sei, wenn jeder Staatsbürger so an politischen Entscheidungen zu beteiligen sei, daß „er sich eher das Herz aus dem Leib reißen (wird), als sich seine Macht entwinden lassen durch irgendeinen Cäsar oder Bonaparte. Schließlich kommt er (Jefferson) auch noch darauf zu sprechen, wie man diese kleinsten politischen Körper, die für jedermann bestimmt sind in den Staatsapparat der Bundesrepublik, die alle vertritt, einordnen könne und zwar wie folgt: 'Die Elementarrepubliken der Räte, die Kreisrepubliken, die Länderrepubliken und die Republik der Union sollten sich in eine Stufenfolge von Machtbefugnissen gliedern, deren jede im Gesetz verankert, die ihr zufallenden Vollmachten besitzt und die alle zusammen ein System von wirklich ausgewogenen Hemmungen und Kontrollen für die Regierung integriert sind.'" (aaO., 325f) In den verschiedenen im Verlaufe der Geschichte entstandenen Räteorganisationen, den „kommunalen Räten“ von 1789, der Pariser Kommune von 1871, den russischen Sowjets und den Arbeiter- und Soldatenräten von 1918/19, heute ist zu überlegen, ob die „runden Tische“ nicht in diese Tradition gehören, sieht Hannah Arendt Beispiele für die Möglichkeit der Selbstorganisation der Gesellschaft. Da die Räte als Gleiche von Gleichen gewählt und ihresgleichen verbunden und verantwortlich bleiben und so den schöpferischen Geist der Revolution perpetuieren. Diese Perspek-

tive wollen Rödel u.a. nicht teilen, sie reduzieren die Offenheit der Verfassung auf das Recht Protest zu artikulieren, Rechte einzufordern. Ihre Perspektive der Partizipation an öffentlichen Angelegenheiten wird zur liberalen Selbstheilung, die immerhin konsequent liberal den zivilen Ungehorsam, symbolischen Widerstand als legitime Bestandteile des politischen Lebens rechtfertigt.

Gegen Arendt argumentieren Rödel u.a.: „Die von ihr gezogene Konsequenz, daß nach dem Gründungsakt der 'Privatmensch' den Bürger unterwirft, daß schöpferisches Handeln gleichsam 'wegrepräsentiert' und Macht von den Repräsentanten angeeignet wird, sich also statt der demokratischen nur noch die Wahl-Frage stellt, ist zwar empirisch nicht unplausibel, aber theoretisch alles andere als zwingend.“ (Rödel u.a., 70f) An dieser Stelle müßten Rödel u.a. über ihren empirischen Verweis auf soziale Bewegungen hinaus zeigen, daß die Zivilgesellschaft notwendig zur immer neuen Revision der Legitimation von Macht tendiert. Hier kommt man wieder auf den Beginn der Argumentation. Ihr zwingender Grund liegt in der Zerstörung einer religiös abgesicherten Legitimation weltlicher Herrschaft. Konstruiert wird dann eine kommunikative Lebenswelt, die autonome Zivilgesellschaft, in der unabhängig und gegen vom ökonomischen und politischen System selbst entwickelten normativen Vorgaben, ständig diskursiv neue Legitimationsansprüche entwickelt werden. Eine Konstruktion, die theoretisch auch alles andere als zwingend erscheint, darüber hinaus aber empirisch auch noch unplausibel ist, wurde doch schon darauf hingewiesen, daß sie selbst eine funktionierende Öffentlichkeit voraussetzen, deren Existenz aber empirisch höchst zweifelhaft erscheint.

Machnig bezieht sich positiv auf dieses demokratietheoretische Konzept, ohne davor zurück zu schrecken, es mit den gerade erst kritisierten Positionen zu verbinden. So meint Machnig unter klarer Aufnahme systemtheoretischer Positionen auch, daß „die sozialstaatliche Massendemokratie immer stärker die Züge eines administrativ gesteuerten Legitimationsprozesses annimmt“, und stellt die Frage, ob die Demokratie überhaupt noch zu retten ist, „ohne den Kapitalismus zu verlassen.“ (spw 2/

90,43) Das alles wird dann auch noch modern mit den Gefahren der Risikogesellschaft aufpoliert, so daß ein Sammelsurium von Gedanken herauskommt, die teilweise zur theoretischen Grundlegung in klarem Widerspruch stehen. Eine „demokratietheoretische Fundierung“ gelingt Machnig damit auch nicht.

Parteireform

„Die Politik in Parteien, Parlamenten und Regierungen hat den Boden unter den Füßen verloren. Das Mißtrauen in die derzeitigen demokratischen Institutionen und Parteien nimmt zu. ... Die Spitzenpolitik hat längst eine Art Kaste herausgebildet, die für sich die eigene Lebenssituation ... optimal zu regeln versucht, aber andererseits weit entfernt vom 'normalen' Lebensalltag der Menschen arbeiten und handeln.“ (Skirke, spw 1/90, 19) Die Institutionen der Macht, Parlamente und Parteien, rücken bei Skirke, Schulze und dem Juso-Autorenkollektiv wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Sie stellen eine wachsende Distanz zwischen den parlamentarischen Institutionen und dem institutionalisierten und ritualisierten Parteileben einerseits und den „neuen und differenzierten Ansprüchen an die Qualität der Politik“ andererseits fest. Mal abgesehen von der Frage, ob die „neuen Ansprüche“ tatsächlich als differenzierter und als qualitativ höher bewertet werden können, ob sich nicht vielmehr das kommerzialisierte, professionalisierte und an seichtem Konsum orientierte Showbiss in der Politik durchsetzt, trifft die Diagnose weitgehend zu, wenn sie manchmal auch eher naive Züge annimmt: Statt 'lebendiger Ortsverein' herrscht 'tote Hose'.“ (Krämer u.a. 2/90, 28) Festgestellt wird die Bürokratisierung und Verkrustung der Parteien und staatlichen Institutionen. Es mag sein, daß sich mit dem Klarsichtfolienakrobaten an der Spitze der SPD das Problem in neuer, schärferer und nunmehr offenkundiger Weise stellt. Man erinnere sich nur an die Auftritte des obersten Parteiverwalters in der sog. Bonner Elefantenrunde. In denen scheint sich die inhaltsleere, gähnende Langeweile der SPD wie in einem Kristallisationspunkt zu verdichten.

Erinnert sei daran, daß diese Diagnose in ihren Grundzügen nicht neu ist, also nicht auf zufällige aktuelle Entwicklungen

zurück geführt werden kann. Otto Kirchheimer - um ein Beispiel herauszugreifen - schrieb 1965 zur Analyse der Allerweltparteien; wie er die „Volksparteien“ der westlichen Demokratien nannte: „Aus diesem Grund bevorzugt die Allerweltpartei Aktionen, die sich aus Gegebenheiten und Chancen einer konkreten historischen Situation ergeben; allgemeine gesellschaftliche Ziele sind ihr weniger wichtig ... Als wichtigste Funktion der Allerweltpartei ergibt sich somit die Nominierung von Kandidaten, die die Öffentlichkeit als Amtsinhaber legitimieren soll.“ (PVS 1965, 39) Kirchheimer stellt fest, daß der Staatsbürger „in der Allerweltpartei, eine ihm verhältnismäßig fernstehende zuweilen halbhohe und fremde Organisation“ vorfindet. (aaO., 40) Schließlich stellt er die hochaktuelle Frage, „ob diese begrenzte Teilhabe, die die Allerweltpartei der breiten Bevölkerung bietet, ob dieser Aufruf, über die wenigen sanktionierten Kanäle rational und leidenschaftslos am politischen Leben teilzunehmen, seine Aufgabe erfüllen wird. ... Seit die Wähler nicht mehr der Disziplin der Integrationspartei unterworfen sind ... können sie durch ihre schnell wechselnden Stimmungen und ihre Apathie das empfindliche In-

strument der Allerweltpartei in etwas umwandeln, das zu stumpf ist, um als Verbindungsglied zu den funktionalen Machträgern der Gesellschaft zu dienen.“ (aaO., 41) In der verhallenden Integrationskraft der Allerweltpartei sieht Kirchheimer nicht eine Chance, sondern vor allem eine Gefahr, nämlich die des Verlustes der Restbestände westlicher Zivilisation. Insofern ist das Bemühen der genannten Autoren, das empfindliche Instrument der SPD zu schärfen, ehrenvoll. Es bleiben Zweifel, ob durch ihre berechtigten Vorschläge - Stärkung der Arbeitsgemeinschaften, themenbezogene statt ortsbezogene Arbeit, Öffnung für Nichtmitglieder, Verbot der Ämterhäufung - grundlegende Demokratiedefizite behoben werden können. Post Skriptum: Inzwischen hat SPW mit Bodo Hombach über die Thesen zur Parteireform diskutiert und damit Ihren Leserinnen eine doppelte Lehre erteilt, erstens darüber, was mit den Vorschlägen zur Parteireform geschehen wird und zweitens wie es um Demokratie und Veränderungsmöglichkeiten in der SPD bestellt ist. Die zentrale Aussage von Bodo Hombach ist diese: „Ich bin natürlich bereit, mit Jusos und anderen Gruppen in der Partei zu überlegen, wie die Arbeit in der Partei sein muß, damit sie

Spaß macht, damit sie zeitgemäß und mehrheitsfähig ist. Was ich aber überhaupt nicht teile, ist, wenn am Anfang einer solchen Überlegung die These steht: Parteien verlieren immer mehr an Zustimmung.“ (spw 3/90, 23) Das läßt sich auch so formulieren: Es ist ja wunderbar, wenn junge Leute mal sagen, wie die SPD ein 90'er Jahre Image erhalten kann, was Up to date ist und auch in deren Politik so richtig Fun bringt - darüber läßt sich sogar wieder mit Jusos diskutieren - aber bitte keine Diskussionen über reale Änderungen der Machtverteilung, demokratische Kontrolle. Wenn also etwas der Vorschläge „umgesetzt“ wird, dann um dem psychischen Haushalt der Mitglieder oder dem neuen Konsumentenverhalten Rechnung zu tragen. Im Höchstenfall noch, um den aufgeblähten Selbstbeschäftigungsapparat zu reduzieren bzw. wahlstrategisch zu effektivieren. Verallgemeinern läßt sich diese Diskussion mit Bodo Hombach zum Lehrstück darüber, wie progressive Kritik in der SPD aufgenommen, umgeformt und entschärft wird. Wobei das schlimmste ist, daß den Kritikern das Ergebnis subjektiv als Erfolg ihrer Bemühungen erscheint.

spw.

Zeitungsmacher!

Bei uns gibt's Vereins- & Verbandszeitungen in TOP-QUALITÄT; wir drucken ausschließlich über Film + Metalplatte.

Außerdem: Negativ- und Mehrfarbdruck sind für uns ebenso Standard, wie beste, professionelle Weltverarbeitung !!

Unsere Preise ?
SENSATIONELL !

0 23 04 / 2 17 55

DRUCKEREI Uwe Nolte • Karl-Gerharts-Str. 35 • 5840 Schwerte 1

SPW Verlag-Redaktion GmbH
Kieler Str. 13
5000 Köln 80 (Tel. 0221/623271)

Ich abonniere SPW ab sofort/ab Heft **SPW** erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandpreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsmächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben) Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

Ich habe spw bereits abonniert oder diese/n Abonnenten/in geworben. Ich möchte gerne die Buchprämie Nr. Die Prämie steht mir zu, sobald die Abo-Gebühren beim Verlag eingegangen sind.

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

1. 2.

3.



spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

- Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Heft Nr.

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

spw 39 bis spw 50 zum Sonderpreis von 60,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Josef Hindels
MARXISMUS UND
GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten,
Ladenpreis 9,- DM,
für AbonnentInnen 6,- DM,
bei Abnahme von min. 10 Expl.
5,- DM je Stück.

Prof. Josef Hindels, einer der
engagiertesten Vertreter der
Weiterentwicklung austromarxi-
stischer Vorstellungen in der Gegen-
wart, befaßt sich in dieser Broschü-
re aus der Sicht des unorthodoxen
Marxismus mit jenen Fragen, die
in der Gesellschaft von heute
große ideologische Auseinander-
setzungen auslösen: Die atomare
Bedrohung und der Hunger in der
Welt sowie das Verhältnis von
Ökonomie und Ökologie unter
spätkapitalistischen Produktionsver-
hältnissen. Damit verbunden ist
auch eine leicht verständliche
Einführung in marxistische Denk-
weisen.

Für die Schulungsarbeit erprobt
und bestens geeignet!

FRAUBILDER:
Die weibliche Wirklichkeit
ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen
Berlin), 80 Seiten mit Fotos,
Ergebnisse des Fotowettbewerbs
der Berliner JUSOS,
Ladenpreis 19,80 DM,
für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE
KRISE UND STRATEGIEN
DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen
Politik in Westeuropa, hrsg.
von Detlev Albers, Josef Cap,
Jean-Pierre Chevènement und
Pietro Ingrao, mit Beiträgen von
AutorInnen aus der gesamten
westeuropäischen Linken,
160 S., Ladenpreis 21,50 DM,
für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN.
Zur Arbeit von Marxisten
in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981,
hrsg. vom Vorstand der
JUSOS Ostwestfalen-Lippe,
Ladenpreis 8,- DM,
für AbonnentInnen 5,- DM.
Die Herforder Thesen waren
Anfang der achtziger Jahre die
grundlegende Positionsbestim-
mung marxistischer Kräfte inner-
halb der Sozialdemokratie, die
dabei an die marxistischen
Traditionen in der hiesigen wie
der internationalen Sozialdemo-
kratie anknüpfen.

LINKE
SOZIALDEMOKRATEN &
BUNDESREPUBLIKANISCHE
LINKE.
Diskussion am Beispiel der
Herforder Thesen

Hrsg. von Detlev Albers u.a.,
mit Beiträgen von
Wolfgang Abendroth,
Rudolf Bahro, Joachim Bischoff
u.a., Ladenpreis 10,80 DM,
für AbonnentInnen 8,- DM.
"... alle diese kritischen Bemerkun-
gen mindern in meinen Augen das
außerordentliche Verdienst der
Herforder Thesen nicht - und ich
sage das ausdrücklich, obwohl ich
in einer Reihe von ganz entschei-
denden Punkten inhaltlich nicht mit
ihnen übereinstimme -, weil nach
langer, langer Zeit ... der Versuch
gemacht wurde, ein umfassendes
Konzept sozialistischer Politik auf
marxistischer Grundlage für
Sozialisten in der SPD zu entwick-
eln." (Peter von Oertzen)

SOZIALISMUS DER
ZUKUNFT.
Grundlagen für das neue
Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich,
H. Lienker u. Kurt Neumann,
mit Beiträgen von Dieter Dehm,

WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGS- PROGRAMM

Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a.,
185 S., Ladenpreis 17,50 DM,
für AbonnentInnen 15,- DM.
WissenschaftlerInnen und Politike-
rInnen, Ökonomen und Politolo-
gen, Abgeordnete aus Bundestag
und Europäischem Parlament,
skizzieren Ziele und Wege sozial-
demokratischer Politik auf lange
Frist. Grundelemente der SPD-
Programmatik, die auf der Höhe
der Probleme der Zeit steht und die
antikapitalistische Perspektive nicht
preisgibt.

PROJEKT
MODERNER SOZIALISMUS.
53 Thesen

Hrsg. von Susi Möbbeck,
Fiete Saß und Birgit Zoerner,
Ladenpreis 8,- DM,
für AbonnentInnen 7,- DM.
Marxistische Jusos in der SPD
haben Bausteine für eine Analyse
unserer Zeit und eine moderne
sozialistische Strategie formuliert.
Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch;
Ökonomische Regulierung;
Veränderung von Arbeits- und
Lebensweise; Entwicklung des
politischen Systems; Reform und
Revolution heute; Bündnis von
Arbeit, Wissenschaft und Kultur;
Perspektiven des modernen
Sozialismus.

Im nächsten Heft

Sabine Kebir und Klaus Dörre:

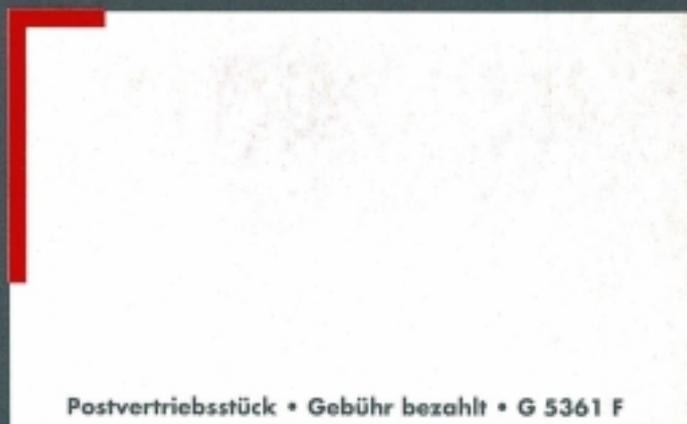
Gramsci und die Zivilgesellschaft

Karl Hermann Tjaden:

Politische Ökonomie der Energie- und Stoffkreisläufe

Detlev Albers:

Neue Strukturen internationaler Politik



Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

ADRESSENÄNDERUNG **COUPON**

Ich bin umgezogen. Bitte ändert meine Adresse in Eurer Datei.

Mein Name

Meine alte Adresse

Meine neue Adresse

Unterschrift

Schicken an: spw Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

**spw
abonnieren!
AbonnentInnen
werben!**

Wer jetzt spw abonniert
oder ein neues ABO wirbt,
erhält als Dankeschön
"Sozialismus der Zukunft",
herausgegeben von: D. Albers,
Frank Heidenreich, Heinrich
Lienker, Kurt Neumann

- 185 Seiten
- Buchhandelspreis
17,50 DM

SPW

- das Magazin
der sozialdemokratischen Linken,
- das Magazin
für einen sozialistischen Dialog.

SPW wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**, der Juso-Vorsitzenden **Susi Möbbeck**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

SPW erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

6 Ausgaben im Jahr (Jahresumfang 360 Seiten) • Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)